

## Emanzipatorische Bildung jenseits von Milieus?

Zeynep Isertas und Uwe H. Bittlingmayer  
Gesundheitsbildung und Literacy

Micha Brumlik  
Warum emanzipatorische Erziehung  
eine Kritik des Autoritarismus voraussetzt

Ernst Dieter Rossmann  
Von den Fakten zu den Perspektiven  
– weshalb die SPD aus der Nationalen  
Bildungsberichterstattung mehr machen  
kann und muss

Interview mit Andrea Lange-Vester  
Insgesamt also der Vorschlag: Weniger klassifizieren,  
mehr nachfragen und zuhören!



<b>Uwe Kremer</b>	
Kurzum .....	4

## MEINUNG

<b>Elisabeth Humbert-Dorf Müller</b>	
Die politische Konstellation in Frankreich und die Zukunft der französischen Linken .....	5

## SCHWERPUNKT: EMANZIPATORISCHE BILDUNG JENSEITS VON MILIEUS?

<b>Max Reinhardt und Stefan Stache</b>	
Einleitung zum Heftschwerpunkt .....	8

<b>Zeynep Islertas und Uwe H. Bittlingmayer</b>	
Gesundheitsbildung und Literacy .....	10

<b>Micha Brumlik</b>	
Warum emanzipatorische Erziehung eine Kritik des Autoritarismus voraussetzt.....	16

<b>Ernst Dieter Rossmann</b>	
Von den Fakten zu den Perspektiven – weshalb die SPD aus der Nationalen Bildungsberichterstattung mehr machen kann und muss .....	21

<b>Interview mit Andrea Lange-Vester</b>	
Insgesamt also der Vorschlag: Weniger klassifizieren, mehr nachfragen und zuhören! .....	24

## ANALYSE & STRATEGIE

<b>Michael Reschke</b>	
Die aktuelle Zahl: 2.839 Menschen starben im Juli 2022 infolge einer Covid-19-Erkrankung.....	29

<b>Arne Heise</b>	
Die Gasumlage .....	30

<b>Mark Haarfeldt und Tim Ackermann</b>	
Die extreme Rechte bei den Betriebsratswahlen 2022.....	33

**Robert von Olberg**

Rezension: Wenn rechter Republik-Hass mordet –  
100. Jahrestag des Rathenau-Mordes ..... 41

**Werner Kindsmüller**

Eine neue Etappe im Klassenkampf ist eröffnet –  
Christian Lindner und die neoliberale Zeitenwende ..... 44

**Thilo Scholle**

Rezension: Sozialdemokratische Positionen zu Revolution, Demokratie und Diktatur..... 52

**Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft****Herausgeber\*innen:**

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Michael Guggemos (Düsseldorf), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Uwe Meinhardt (Stuttgart), Matthias Miersch (Laatzen), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Alexandra Scheele (Berlin), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrücke (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

**Heftschwerpunkt:** Max Reinhardt, Stefan Stache

**Redaktion:**

Ursula Bitzegeio, Kai Burmeister, Jan Dieren, Cordula Drautz, Ole Erdmann, Björn Hacker, Sebastian Jobelius, Katharina Oerder, Anna-Katharina Meßmer, Max Reinhardt, Michael Reschke, Christina Schildmann, Thilo Scholle

**Chefredaktion und V.i.S.d.P.:**

Sascha Howind • Tel.: +49 511-122 795 41 • redaktion@spw.de

**Abo-/Verlagsadresse:**

spw-Verlag / Redaktion GmbH • Westfälische Str. 173 • 44 309 Dortmund • Tel.: 0231-2 02 00 11 • Fax 0231-2 02 00 24 • spw-verlag@spw.de • www.spw.de

**Geschäftsführung:**

Andreas Bach, Christoph Ittner, Eckhart Seidel, Stefan Stache

**Konto des Verlages:**

Postbank Dortmund: IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468 • BIC: PBNKDEFF • USt.-ID-Nr.: DE 122946515.

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr. Jahresabonnement Euro 39,- (bei Bankeinzug, Euro 37,-). Auslandsabonnement Europa Euro 49,-. Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende. Postvertriebsstück, keine Nachsendung. Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen. ISSN 0170-4613, K 5361. ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2022. Alle Rechte vorbehalten.

**Titelfoto:** © New Africa – Adobe Stock

**Satz und Druck:** Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, 1.-3. Tausend, September 2022

## Kurzum | von Uwe Kremer<sup>1</sup>



☞ Dr. Uwe Kremer ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw.

Foto: © Larssen

Die „Fortschrittskoalition“ mit einer „gemeinsamen Fortschrittserzählung“ (Olaf Scholz) und als Einstieg in ein „sozialdemokratisches Jahrzehnt“ (Lars Klingbeil) – von diesen im vergangenen Herbst und Winter gepflegten und miteinander verschränkten Narrativen ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Die politischen Eskapaden vom Tempo-Limit bis zum Tank-Rabatt, im Kern aber das Strategiepapier des Bundesfinanzministers zur „Finanzpolitik in der Zeitenwende“ zeigen das unverdrossene Festhalten der FDP an ihrer Mischung aus Klientelismus und wirtschaftsliberaler Dogmatik. Und mehr noch als die GRÜNEN muss die Sozialdemokratie aufpassen, dass sie angesichts der Beliebigkeit, mit der z. Zt. zwischen Übergewinnsteuer und Gasumlage, Neun-Euro-Tickets und Pendlerpauschalen, Preisdeckelungen und Sozialtransfers changiert wird, nicht erneut politischen Schaden nimmt. Sie ist vielmehr dringend beraten, sich jenseits des Koalitionshorizonts einen neuen Reim auf das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ zu machen.

Denn die „Zeitenwende“ – um das nächste Narrativ aufzugreifen – geht ja weit über die Fragen der militärischen Sicherheit hinaus. Seit mindestens anderthalb Jahrzehnten türmen sich schon globale Strukturprobleme auf. Gleiches gilt in Deutschland für die sich immer weiter auswachsende Krise nationaler Infrastrukturen. Schon in Corona- und nun in Zeiten der Ukraine-Krise sind zwei weitere Herausforderungen sichtbar geworden, die das Stammterrain des Wirtschaftsliberalismus betreffen. Ich meine zum einen die

Verletzlichkeit von Wertschöpfungs- und Versorgungsketten und zum anderen die Krise der Preissysteme, die noch weniger als zuvor in der Lage sind, den alltäglichen Zugang zu Gütern für einen wachsenden Teil der Bevölkerung nach sozialen und ökologischen Kriterien zu gewährleisten.

Und selbst wenn die Ukraine-Krise im engeren Sinne einmal ausgestanden sein sollte, werden diese Fragen im Raume bleiben. Die Gesamtherausforderung ist riesig und keiner – auch nicht auf der Linken – möge behaupten, sie schon hinreichend durchdacht und die Lösungen bereit zu haben. Sicher ist aber zweierlei:

- Nichts, aber auch gar nichts in dieser Gemengelage kann in irgendeiner Art und Weise mit neo- und ordoliberalen Konzepten beherrschbar gemacht werden. Derartige Konzepte können daher auch nicht Teil einer „fortschrittlichen Erzählung“ sein.

- Denn „Zeitenwende“ bedeutet: Wir sind in eine Zeit eingetreten, in der es um die umfassende (Wieder)Erlangung öffentlicher Souveränität über die Bedingungen der Stoff- und Energieflüsse, des Wirtschaftens und des sozialen Lebens geht.

Es wird – kurzum – notwendig sein, die Infra- und Transferstruktur der Daseinsvorsorge noch radikaler um- und auszubauen, als wir es vielleicht auch in dieser Zeitschrift bislang meinten – nicht nur mit Blick auf das, was der Staat (einschließlich der Kommunen) unmittelbar bereit stellt, sondern auch in der Gewährleistung und Gestaltung lokaler Wirtschaftskreisläufe und Versorgungsketten und der Verfügbarmachung alltäglicher Güter und Dienstleistungen.

Dies ist das umfassende Thema eines „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ bzw. einer progressiven Agenda. Richtig geführt, kann das sich abzeichnende Ringen um eine sozial gerechte Verteilung der inflationsbedingten Lasten wie auch um eine Investitionspolitik jenseits der „Schuldenbremse“ als Einstieg angesehen werden. Aber schon jetzt ist klar, dass es um deutlich mehr geht – und auch, kurzum, um eine „Fortschrittskoalition“, die die Namen verdient!

<sup>1</sup> Dr. Uwe Kremer ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw.

# Die politische Konstellation in Frankreich und die Zukunft der französischen Linken

von Elisabeth Humbert-Dorf Müller<sup>1</sup>

Die Parlamentswahlen vom 12. und 19. Juni 2022 haben eine Konstellation hervorgebracht, die es in Frankreich seit Einführung der V. Republik (1958) noch nie gegeben hatte: ein Staatspräsident, der über keine klare Mehrheit verfügt. Bislang gab es entweder Staatspräsidenten mit einer klaren eigenen Mehrheit oder solche mit einer Mehrheit im Parlament, die die Opposition zum Präsidenten darstellte, eine sogenannte „cohabitation“. Nun ist der Fall eingetreten, dass die Fraktion, die den Präsidenten Macron unterstützt („Ensemble“) zwar die größte ist, aber trotzdem über keine absolute Mehrheit verfügt: 250 von 577 Sitzen. Die Oppositionsparteien sind also in der Mehrheit, aber extrem heterogen: 151 Sitze für die linke Allianz („NUPES“), 89 für die Rechtsextremen („Rassemblement National“) und 62 für die konservativen Bürgerlichen („Les Républicains“), sowie 25 Sitze für weitere Parteien und Fraktionslose. Anders ausgedrückt, für eine Mehrheit bräuchte der Präsident 39 Abgeordnete, die nicht seiner Fraktion angehören.

Die seit der Wiederwahl vom Präsidenten Macron im April 2022 nominierte Premierministerin Elisabeth Borne ist die Repräsentantin der Fraktion „Ensemble“, die, grob umschrieben, das politische Zentrum ist. Emmanuel Macron war, bei seiner ersten Wahl zum Präsidenten 2017, als liberaler Zentrist aufgetreten, allerdings mit dem Anspruch, weder die „traditionelle Linke“ noch die „traditionelle Rechte“ zu verkörpern – ein vermeintlicher Weg der Mitte. Sein erstes Mandat (2017-2022) war allerdings wirtschaftsliberal und eher in der klassischen bürgerlichen Politik unterwegs, mit einigen gesellschaftlichen Reformen, die aus dem linken Spektrum stammen, wie z. B.

die Möglichkeit der medizinisch unterstützten Fortpflanzung für lesbische Paare („la PMA pour toutes“).

Nach seiner erfolgreichen Wiederwahl am 24. April 2022 gegen Marine Le Pen, der Vertreterin des rechtsextremen „Rassemblement National“, hat Macron nicht mehr wirklich das „Weder links noch rechts“ - Narrativ bemüht. Seine Partei „En Marche“, Teil der „Ensemble“-Fraktion, ist im Europa-Parlament mit der deutschen FDP zusammen in der liberalen Fraktion „Renew Europe“ vertreten - wobei es natürlich auch Unterschiede zwischen dem deutschen und dem französischen Liberalismus gibt. Der französische Liberalismus wurde mit Valéry Giscard d'Estaing und seiner Partei UDF prominent, die, anders als die gaullistische UDR, stark proeuropäisch orientiert war. Unter Emmanuel Macron bleibt die europäische Orientierung, die durchaus wirtschaftsliberale Positionierung, sowie die gesellschaftsliberalen Reformen (unter Giscard d'Estaing wurde z. B. das Recht auf Abtreibung gegen den Willen der Gaullisten eingeführt).

Die aktuelle Premierministerin Elisabeth Borne war in der Vergangenheit Mitarbeiterin verschiedener sozialistischer Minister (Lionel Jospin und Ségolène Royal unter anderem) und verkörpert somit für Emmanuel Macron die linke Strömung der Regierung. Problematisch ist für die Regierung Borne, dass das Parlament, auf das sie zur Gesetzgebung angewiesen ist, sehr polarisiert ist.

Da wäre zum einen das „Rassemblement National“. Die Partei hat mit ihren 89 Abgeordneten wieder zum ersten Mal seit mehreren Jahrzehnten Fraktions-Status sowie eine prominente Vorsitzende. Marine Le Pen gab die Lösung aus, dass ihre Abgeordneten konstruktive Arbeit leisten würden, und alle Gesetze, die gut für das Volk sind, unterstützen würden. Außerdem wies sie alle männlichen Abgeordneten an,

<sup>1</sup> Elisabeth Humbert-Dorf Müller ist Schatzmeisterin und Koordinatorin der Beobachtungsstelle der Europäischen Linken (eurocite.eu), sie ist Mitglied der SPD (Ko-Sprecherin der SPD International: spdinternational.de) und der PS (vormals Mitglied des Internationalen Sekretariats). Außerdem ist sie Unternehmensberaterin (Geschäftsführende Gesellschafterin bei SEE Conseil).

ausschließlich mit Krawatte in die Sitzungen zu kommen, um die Seriosität ihres Handelns zu unterstreichen. Diese Strategie hat ganz klar zum Ziel, sich als Alternative bei der nächsten Präsidentschaftswahl zu qualifizieren<sup>2</sup>.

Als Mehrheitsbeschaffer für die Regierung Borne bieten sich wiederum hauptsächlich „Les Républicains“ an. Die bürgerliche Partei hat ein katastrophales Präsidentschafts-Wahlergebnis hingelegt, und war dabei, sich zwischen Macron-affinen Kandidaten und mit dem „Rassemblement National“ liebäugelnden Politikern zu zerreiben. Mit ihren 62 Sitzen haben sie dann ein historisch schlechtes Ergebnis eingefahren, sind aber immerhin in der Lage, als Zünglein an der Waage der Regierung alle möglichen Konditionen aufzudrücken. Mit dem wertkonservativen Olivier Marleix als Fraktionsvorsitzenden haben sich die Abgeordneten als Opposition zu Macron und Borne positioniert, was nicht bedeutet, dass sie nicht einigen Reformen zustimmen werden, wie z. B. der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf voraussichtlich 65 Jahre<sup>3</sup>.

Die dritte Opposition zu Macron ist die NUPES: die „Nouvelle Union Populaire Ecologique et Sociale“ ist eine Wahlallianz zwischen der „France Insoumise“ (LFI) unter der Führung von Jean-Luc Mélenchon (ein ehemaliger Sozialist), den Grünen (EELV) unter der Führung von Julien Bayou, den Kommunisten (PC) unter Führung von Fabien Roussel, sowie der Sozialistischen Partei (PS) unter Führung von Olivier Faure (die ehemals rechte Hand von François Hollande als Parteichef). Das Schmieden dieser Allianz entstammt der Impulsion von Jean-Luc Mélenchon : sein gutes Ergebnis bei der Präsidentschaftswahl (er positionierte sich auf Platz drei, nur 1,2 Prozentpunkte hinter Marine Le Pen) hat ihn zum natürlichen Führer der französischen Linken gemacht. Dass die „France Insoumise“ (Unbeugsames Frankreich) mit ihren eindeutig linken, kapitalismuskritischen, souverainistisch

angehauchten, Anti-NATO-Thesen die französische Linke dominieren würde, ist eine Überraschung der letzten Monate. Ganz eindeutig war Mélenchon der beste linke Kandidat, weil er erfahrener, rhetorisch überlegener sowie eindeutiger als Opponent von Emmanuel Macron war als die anderen linken Präsidentschaftskandidaten : die Grünen waren mit Yannick Jadot eher auf einer für Frankreich ungewöhnlichen Realo-Linie, der Kommunist Fabien Roussel zwar kämpferisch, aber mit einer Ideologie im Parteianamen, die der Vergangenheit angehört, und die sozialistische Kandidatin Anne Hidalgo eine klare Vertreterin der gentrifizierten Pariser Wohlstands-Fahrradfraktion.

Dieser Sieg der „France Insoumise“ über die anderen linken Parteien hat sich in der Allianz wiedergespiegelt, die als Ergebnis 75 LFI-Abgeordnete (dazu im Vergleich 2017 : 17) 31 PS-Abgeordnete (2017 : 31), 23 PC-Abgeordnete (2017 : 16) und 22 EELV-Abgeordnete (2017 : 1) hervorbrachte. Oder, anders ausgedrückt: Klare Gewinner dieser Allianz sind LFI, aber auch die Grünen und die Kommunisten, während die Allianz für die traditionsreiche Parti Socialiste neutral ausgefallen ist. Alles in allem also ein Erfolg, da die linken Parteien von 65 auf 151 angewachsen sind. Der Vorsitz des Finanzausschusses, der von der Opposition besetzt wird, wurde von einem LFI-Abgeordneten, Eric Coquerel, gewonnen, da er sich gegen den Kandidaten des Rassemblement National, dank einer einheitlichen Abstimmung links, durchsetzen konnte.

Alle vier linken Parteien haben einen eigenen Fraktionsstatus im Parlament - die „NUPES“ existiert in der „Assemblée Nationale“ also nicht. Trotzdem ist das Ziel, eine einheitliche Opposition darzustellen und sich als Alternative für 2027 zu positionieren. Emmanuel Macron wird nach zwei Mandaten nicht wieder antreten können, die politischen Karten werden also neu gemischt werden. Jean-Luc Mélenchon, wird 2027, mit 75 Jahren, voraussichtlich nicht die ideale Besetzung für eine gemeinschaftliche Kandidatur sein. Mehrere junge Abgeordnete (die Fraktionsvorsitzende Mathilde Panot, die Abgeordneten Adrien Quatennens und Manuel

2 Online unter: <https://www.france24.com/fr/france/20220701-apres-la-de-diabolisation-le-rassemblement-national-ouvre-la-page-de-la-normalisation> [letzter Abruf: 8.8.2022].

3 Online unter: [https://www.lepoint.fr/politique/les-deputes-lr-choisissent-l-experience-d-olivier-marleix-pour-la-tete-du-groupe-22-06-2022-2480659\\_20.php](https://www.lepoint.fr/politique/les-deputes-lr-choisissent-l-experience-d-olivier-marleix-pour-la-tete-du-groupe-22-06-2022-2480659_20.php) [letzter Abruf: 8.8.2022].

Bompard) wären sicher in der Lage, die Nachfolge Mélenchons anzutreten.

Für die Parti Socialiste, traditionell auf einer sozialdemokratischen Linie (und zusammen mit der SPD im Europaparlament in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten und in der Sozialistischen Partei Europas identifiziert) ist die Zukunft innerhalb der NUPES problematisch. Der Kampf zwischen Radikalität und Reformismus wurde 1905 von Jean Jaurès gewonnen, der sich gegen Jules Guesde durchsetzen konnte<sup>4</sup>. Letzterer scheiterte mit seiner Theorie vom revolutionären Sozialismus, was aber der Anfang einer ideologischen Spaltung war, die letztlich zur Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF), einige Jahre nach der Oktoberrevolution, führte.

Der Graben zwischen den beiden Richtungen ist also historisch, trotz immer wiederkehrender Zusammenarbeit. Das Mandat von François Hollande (2012 - 2017), in einer Wahlkoalition mit den Grünen, hat allerdings diesen historischen Graben weiter vertieft und sogar in die eigene Partei getragen: als Repräsentant der sozialdemokratischen Linie der Parti Socialiste hat Hollande während seiner Präsidentschaft kostspielige wirtschaftliche Maßnahmen getroffen, um den Unternehmen bessere Margen zu verschaffen und ihnen damit zu ermöglichen, mehr Arbeitskräfte einzustellen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit war seine Priorität, die er mit den klassischen Mitteln der Angebotsökonomie zu regeln versucht hat. Das ist ihm zum einen nicht gelungen (die Arbeitslosigkeit war zum Ende seines Mandates nicht gesunken), und hat zum anderen die linke Fraktion seiner Partei dazu gebracht, offen Opposition gegen den Präsidenten zu betreiben.

Folglich sind ein Teil der sozialistischen Wähler 2017 zum Kandidaten Macron übergelaufen, und zwar die, die in Macron einen besseren Vertreter der wirtschaftsnahen Sozialdemokratie sahen. Und ein Teil der Wähler hat Jean-Luc Mélenchon gewählt, der für eine eindeutig linke Linie plädierte. Das Gleiche

hat sich 2022 wiederholt, wobei Mélenchon 2022 noch mehr ehemals sozialistische Wähler für sich gewinnen konnte<sup>5</sup>. Die sozialistischen Kandidaten haben 2017 und 2022 kaum eine Rolle gespielt: Benoît Hamon, ein Vertreter der linken Linie innerhalb der PS, ist mit seinen etwas über 6 Prozent nach der Wahl in die Bedeutungslosigkeit versunken, und Anne Hidalgo existiert politisch heute nur, weil sie Bürgermeisterin von Paris ist.

Dass die reformistische Linke von der Radikalität der „France Insoumise“ dominiert wird, ist eine bislang nie dagewesene Konstellation. Olivier Faure, der Parteichef der PS, ist für diesen Zusammenschluss ausgiebig kritisiert worden, und eine Abspaltung der Abtrünnigen unter Stéphane Le Foll (Bürgermeister von Le Mans) und Hélène Geoffroy (Bürgermeisterin von Vaulx-en-Velin), ist nicht auszuschließen. Der europafreundliche Reform-Sozialismus der Parti Socialiste, wie er unter den Präsidenten François Mitterrand und François Hollande, sowie dem Premierminister (in einer „cohabitation“ mit Jacques Chirac) Lionel Jospin praktiziert wurde, scheint zur Zeit aber nicht mehr mehrheitsfähig zu sein. Mehr Radikalität, mehr Umverteilung sowie mehr „Frankreich zuerst“ scheinen die Gebote der Stunde.

Die Parti socialiste täte gut daran, ihre eigene Identität wiederzufinden, und sie an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anzupassen. Das ist natürlich leichter gesagt als getan: auch Jean Jaurès trug legendäre Kämpfe aus, die er allerdings am Ende mit seinem Leben bezahlt hat – er wurde aufgrund seines Widerstands gegen einen Eintritt Frankreichs in den Ersten Weltkrieg am 31. Juli 1914 von einem Nationalisten erschossen. ■

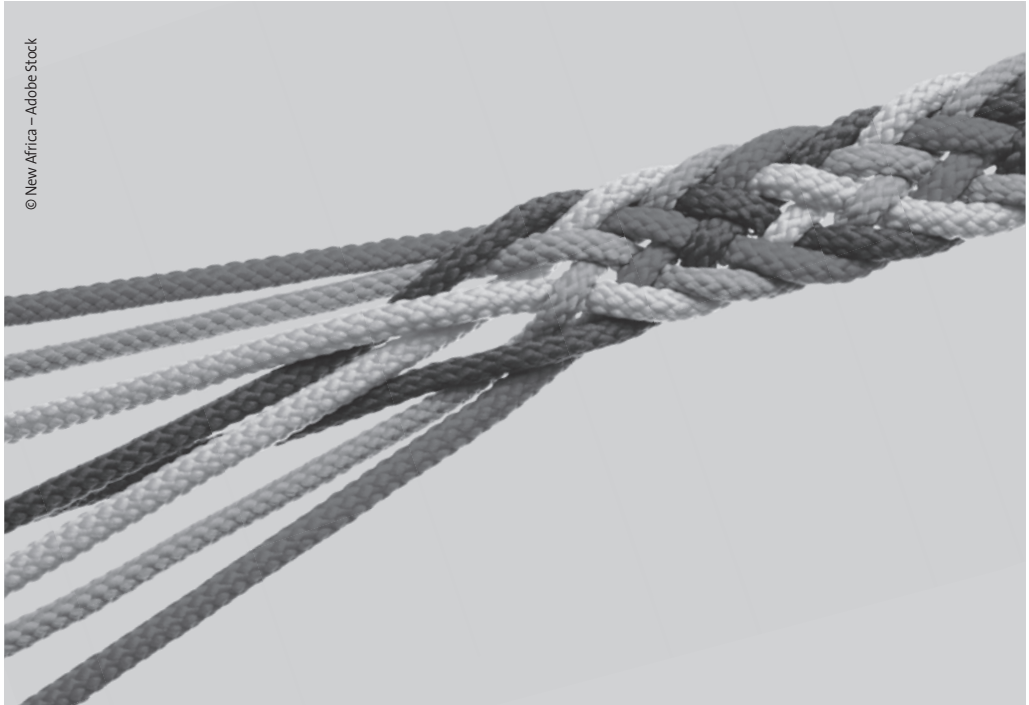
4 Online unter: <https://www.jean-jaures.org/videos-podcasts/jaures-et-guesde-les-deux-methodes/> [letzter Abruf: 8.8.2022].

5 Online unter: <https://theconversation.com/un-effondrement-socialiste-qui-vient-de-loin-181122> [letzter Abruf: 8.8.2022].

# Emanzipatorische Bildung jenseits von Milieus?

## Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Max Reinhardt und Stefan Stache<sup>1</sup>



Das Bildungssystem in Deutschland steht unter massivem Handlungsdruck - nicht erst seit Corona. Bildung soll Teilhabe ermöglichen und zwar Teilhabe als Orientierung im Alltag, als berufliche Teilhabe, als kulturelle Teilhabe (Museen, Theater usw.) und auch politische Teilhabe. Andere verstehen Bildung als Emanzipation aus herrschaftlichen Verhältnissen. Damit ist Bildung kein Selbstzweck, sondern Bildungsinstitutionen haben einen gesellschaftlichen Auftrag. Konträr dazu ist Bildung lediglich ein Gut, das am Markt denen angeboten wird, die es sich leisten können.

Die entscheidende Frage aber ist, wie Bildungsinstitutionen diesen gesellschaftlichen Auftrag erfüllen. In wie weit und in welcher

Weise sind die Teilhabemöglichkeiten noch immer entlang von sozialen Klassen und Migration verteilt oder unabhängig von der Herkunft und gesundheitlichen Beeinträchtigungen? Welches Gerechtigkeitsverständnis ist institutionalisiert?

Das Bildungssystem ist noch immer ungleich und kann Ungleichheiten zu keinem Zeitpunkt trotz des Ausbaus von KiTa- und Ganztagsplätzen kompensieren. Dies belegt der aktuelle Bildungsbericht (2022) erneut eindrücklich. Der Zusammenhang von Risikolagen und geringerem Kompetenzerwerb ist weiterhin nicht überwunden<sup>2</sup>. Gestiegene

<sup>2</sup> Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) 2022: wbv Media, Bielefeld, online: <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2022/pdf-dateien-2022/bildungsbericht-2022.pdf> (22.08.2022), S. 46-51.

<sup>1</sup> Dr. Max Reinhardt und Stefan Stache sind Mitglieder der spw-Redaktion.



Anteile von Abiturienten und Studierenden an den jüngeren und mittleren Altersjahrgängen überdecken die nach wie vor wirkmächtigen sozialen und teils subtilen Machtmechanismen, mit denen Bildungschancen verteilt werden. In spw 238 „Bildung und soziale Ungleichheit“ wurden vor allem die Mechanismen herausgearbeitet, die ungleiche Bildungsbeteiligungen durch im Sinne Pierre Bourdieus habituelle Praktiken im Alltag (hoch)schulicher Bildung erzeugen und reproduzieren. Darüber hinaus wurden die Möglichkeiten habitussensibler Lehre und Beratung diskutiert. Wir schließen mit der vorliegenden Ausgabe daran an und erweitern die Perspektive um weitere strukturelle Dimensionen der Lebenswelt bzw. der Alltagspraxis u. a. der Gesundheit sowie auf weitere Bildungsbereiche. Welche Gründe lassen sich für die Reproduktion von Bildungsungleichheit finden und in welcher Weise werden emanzipatorische Bildungsansprüche durch autoritäres Denken und Handeln gebremst? Welche Vorschläge für den Abbau von Bildungsungleichheit und inklusiver Bildung versprechen einen Wandel und ein Aufbrechen der Herrschaftsstrukturen?

Micha Brumlik erkennt im tief verwurzelten Autoritarismus ein entscheidendes Hindernis für gelingende emanzipatorische Bildung und stellt die unbedingte Notwendigkeit kritischer Reflexion autoritär geprägter Vorstellungen für ein demokratisches Gemeinwesen heraus, denn es sei falsch daran zu glauben, dass es einen demokratischen Charakter als Pendant zum autoritären Charakter geben könne. Vielmehr müssten Demokraten immer in der Lage sein zu hinterfragen, wie Brumlik mit Verweis auf Jaques Rancier und Jean Joseph Jacotot sinngemäß fordert.

Zeynep Isertas und Uwe H. Bittlingmayer untersuchen mit dem Konzept Health Literacy die analoge und digitale Gesundheitskompetenz Jugendlicher im Schnittfeld struktureller Mechanismen und subjektiven Handelns. Sie beschreiben dabei Möglichkeiten des Empowerments ebenso wie Gefahren, beispielsweise den Drogenkonsum. Die Gesundheitskompetenz müsse quer durch alle Milieus erworben werden. Die Vorstellung einer milieugebunde-

nen Gesundheitskompetenz sei intellektueller Rassismus.

Im Interview erläutert Andrea Lange-Vester den Begriff Habitussensibilisierung und verdeutlicht damit verbundene Potentiale, verborgene und verstetigte Mechanismen sozialer Selektion im Bildungswesen aufzudecken und zu reflektieren, sowohl seitens der Lehrenden als auch der Lernenden. Es gäbe auch einige, die den sozialen Sinn für verschiedene Habitus hätten, ohne dass sie dies Habitussensibilisierung nennen würden. Andrea Lange-Vester zeigt auch ganz praktisch auf, wie Habitussensibilisierung umgesetzt werden kann.

Ernst Dieter Rossmann befasst sich mit den seit 2006 im Auftrag von Bund und Ländern herausgegebenen Nationalen Bildungsberichten und den zahlreichen Ansätzen für und Herausforderungen sozialdemokratischer Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die sich insbesondere aus dem aktuellen Bericht 2022 ergeben. ■

# Gesundheitsbildung und Literacy

von Zeynep Isertas und Uwe H. Bittlingmayer<sup>1</sup>

## Einleitung

Seit nunmehr über zwanzig Jahren hat mit dem Konzept und Begriff Health Literacy die Debatte um den Zusammenhang zwischen Bildung und Gesundheit systematisch Einzug gehalten (Nutbeam 2000; St. Leger 2001; Kickbusch 2001). Don Nutbeam übertrug in einem bis heute relevanten Artikel Einsichten aus der Adult Literacy-Forschung auf die Gesundheitswissenschaften und fragte danach, was es etwa für das medizinische Versorgungshandeln der Menschen heißen würde, wenn sie nicht richtig lesen und schreiben können. Die Zusammenstellung wichtiger Hinweise auf einer Packungsbeilage ist dann offensichtlich nicht sehr zielführend. Nutbeam entwickelte ein Modell von Health Literacy (in der deutschen Übersetzung „Gesundheitsbildung“), das drei aufeinander aufbauende Stufen vorsah. Die Grundannahme des Modells besteht darin, dass sie die Schriftsprachkompetenzen (und auch die mathematischen Kompetenzen) und die Gesundheitsbildung analogisieren und unmittelbar miteinander in Verbindung bringen lassen. Die erste Stufe besteht aus der so genannten funktionalen Gesundheitsbildung (functional health literacy), in der ausreichende Lese- und Schreibkompetenzen vorausgesetzt sind und die der gesundheitsbezogenen Orientierung und der klugen Entscheidungsfindung im Alltag dienen. Die zweite Stufe ist voraussetzungsreicher und bezieht sich auf Interaktion und Kommunikation (interactive health literacy). Hier ist die Nutzung unterschiedlicher Informationswege und Austausch integriert und an erweiterte kognitive, Lese-/Schreib- wie auch soziale Kompetenzen gebunden. Erst auf der dritten Ebene, in der kritische Gesund-

heitskompetenzen (critical health literacy) angesiedelt sind, gewinnt Gesundheitsbildung emanzipativen Charakter. Vorausgesetzt sind elaborierte kognitive und soziale Kompetenzen, die zur kritischen Analyse von Informationen befähigen, mit der dann Kontrolle über die eigene Lebenswelt erlangt werden soll. Erst auf dieser Ebene lassen sich Nutbeam zufolge die sozialen Determinanten von Gesundheit angemessen adressieren und gesundheitliche Ungleichheit reduzieren (Nutbeam 2000, S. 263 – 265).

Nutbeam kann neben Ilona Kickbusch als der wichtigste Pionier der Gesundheitsbildungsforschung gelten. Sein Drei-Stufen-Modell hat einige Plausibilität und wird bis heute genutzt (Okan 2019). Mit Blick auf eine Perspektive, die die Analyse sozialer Ungleichheiten im Verhältnis von Bildung und Gesundheit in den Mittelpunkt stellt, treten allerdings einige Schwierigkeiten zutage, die darauf hindeuten, dass der gegenseitige Verweisungszusammenhang von Bildung und Gesundheit deutlich komplexer ist. Wir werden uns bei der Betrachtung dessen auf Jugendliche als Zielgruppe aktueller Health Literacy-Forschung konzentrieren, weil sie erst in den Jahren in der Debatte um Gesundheitsbildung stärker in den Mittelpunkt gerückt sind (Zamora et al. 2015; Bollweg et al. 2020). Das kann im Rahmen eines solchen kurzen Beitrags nur cursorisch geschehen. Deutlich werden sollte aber erstens, dass ein Begriff kritisch-emanzipativer Bildung in der Health Literacy-Forschung eine kaum spürbare Rolle spielt, obwohl im frühen Modell von Nutbeam explizit erwähnt. Zweitens behaupten wir, dass in vielen Texten und Beiträgen über den Zusammenhang von Bildung und Gesundheit eine Dimension erkennbar ist, die sich mit Pierre Bourdieu (1993) als intellektueller Rassistismus bezeichnen lässt (vgl. z. B. die Beiträge in Erler et al. 2015).

<sup>1</sup> Dr. Zeynep Isertas ist Akademische Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg mit den Forschungsschwerpunkten soziale und gesundheitliche Ungleichheit, Health Literacy und eHealth Literacy und Gesundheit und Gesundheitskompetenzförderung im formalen Bildungsetting.

Prof. Dr. phil. Uwe H. Bittlingmayer ist Professor für Allgemeine Soziologie mit Schwerpunkt Bildungssoziologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, Direktor des Wissenschaftlichen Instituts des Jugendhilfswerks (WI-JHW) und Mitglied des Hochschulrates.

Um diese beiden Punkte zu verdeutlichen, werden wir in einem ersten Schritt die Bedeutung von Gesundheitskompetenz für Kinder und Jugendliche herausstellen (2.) und im Anschluss kurz über digitale Gesundheitskompetenzen berichten, die für die Lebenswelten heranwachsender Generationen eine zentrale Bedeutung haben (3.). Schließlich werden wir einige problematische Annahmen in der Konzeptionalisierung des Verhältnisses von Bildung und Gesundheit herausstellen (4.).

## 1. Gesundheitskompetenz Jugendlicher

Bereits in der Einleitung wurde deutlich, dass unter Health Literacy verschiedene Kompetenzen zusammengefasst werden, die ein Individuum dazu befähigen sollen, gute gesundheitsbezogene Entscheidungen - basiert auf sowohl schriftlichen als auch verbalen Informationen - treffen zu können. Die prominente Platzierung von Nutbeam (2000) in der Einleitung soll aber keinesfalls den Anschein erwecken, dass in der Literatur ein allgemeingültiges Verständnis von Gesundheitskompetenz existent ist. Malloy-Weir et al. (2016) stellen in ihrer systematischen Literaturrecherche fest, dass 250 differente Definitionen vorhanden sind. Bei der vertieften Sichtung der verschiedenen Verständnisse wird ersichtlich, dass die Bedeutung der literalen Kompetenzen für die Gesundheit, die bereits Nutbeam (2000) betont, sich auch in weiteren Definitionen finden lässt, das Anwendungsfeld sowie die Beschreibung der gesundheitsbezogenen Ziele aber differieren. Aus Platzgründen soll das nachfolgend an drei Definitionen veranschaulicht werden (einen weitergehenden Überblick über die bestehenden Definitionen gibt Liu et al (2020)): Parker et al. (1995), subsumieren unter Gesundheitskompetenz literale Kompetenzen, um medizinische Informationen lesen und verstehen zu können. Nach den Autor\*innen soll Gesundheitskompetenz dazu führen, dass die Patient\*innen den Anweisungen des medizinischen Personals folgen können. Im Vergleich zu Parker et al. (1995) führen Zarcadoolas et al. (2005), die auch die Bedeutung der literalen Kompetenzen für die Gesundheit betonen, ein erweitertes Anwendungsfeld auf, in dem sie als Ziel von Gesundheitskompetenz die Erhöhung der Lebensquali-

tät formulieren. Auch in dem Verständnis von Brown et al. (2007), die die Gesundheitskompetenz Heranwachsender zu beschreiben versuchen, nehmen - wie nachfolgend ersichtlich wird - die Lese- und Schreibkompetenzen einen bedeutsamen Stellenwert ein: „(...) health literacy was defined simply as the ability to understand health information and to understand that actions taken in youth affect health later in life, combined with the ability to access valid health information“ (Brown et al. 2007, S. 13). Brown et al. betonen demnach, dass unter Gesundheitskompetenz Heranwachsender nicht ausschließlich das Verstehen von Gesundheitsinformationen zu subsumieren ist, sondern auch das Wissen darüber, dass die Gesundheit und das Gesundheitshandeln im Jugendalter die Gesundheit im Erwachsenenalter beeinflusst. Somit greifen die Autoren in ihrer Definition das auf, was in den Gesundheitswissenschaften wiederholt betont wird: Die Bedeutung der Gesundheit in der Jugendphase für die Gesundheit im Erwachsenenalter (Lampert et al. 2017; Richter 2005).

Die empirische Studienlage zeigt auf, dass Gesundheitskompetenz innerhalb der Jugendlichen ungleich verteilt ist. Als Ursache hierfür werden die unterschiedlichen formellen Bildungsniveaus, ökonomische Ressourcen und die Wohnorte der Jugendlichen sowie die Bedeutung des Migrationshintergrundes genannt: So stellen Wallmann et al. (2012) signifikante Differenzen zwischen der Gesundheitskompetenz der Schüler\*innen auf dem Gymnasium und auf der Hauptschule fest. Den Schüler\*innen auf dem Gymnasium wird von den Autor\*innen - im Vergleich - eine höhere Gesundheitskompetenz attestiert als den Schüler\*innen, die auf der Hauptschule beschult werden.

Röthlin et al. (2013) halten in ihrer Studie aus Österreich die Bedeutung der ökonomischen Ressourcen fest und betonen die Relevanz des Wohnortes für die Gesundheitskompetenz Jugendlicher. Jugendlichen aus dem Süden Österreichs, die zudem niedrige ökonomische Ressourcen aufweisen, wird innerhalb dieser Studie eine niedrige Health Literacy attestiert. Quenzel et al. (2015), die in ihrer Studie ausschließlich die Gesundheitskompetenz Ju-

gendlicher mit niedrigem formellen Bildungsstatus zu beschreiben versuchen, stellen fest, dass die Differenz zwischen der Gesundheitskompetenz einheimischer Jugendlicher und Jugendlicher mit Migrationshintergrund mit den ökonomischen Ressourcen sowie den bestehenden Bildungsunterschieden zu erklären ist. Nicht nur Studien aus der Bundesrepublik, sondern auch aus Kanada versuchen die Rolle des Migrationshintergrundes für die Gesundheitskompetenz Jugendlicher zu explizieren. So weisen Caldwell und Melton (2020) bei der Erklärung der Differenz zwischen der Gesundheitskompetenz einheimischer Jugendlicher und Jugendlicher mit Migrationshintergrund zusätzlich zu der Bedeutung der ökonomischen Ressourcen auf die Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit („race“) hin. Im Gegensatz zu der Studie von Quenzel et al. (2015) und Caldwell und Melton (2020) in der den Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu den einheimischen Jugendlichen eine niedrigere Gesundheitskompetenz attestiert wird, deuten die Ergebnisse von Isleras und Bittlingmayer (2019) darauf hin, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund sowohl literale als auch verbale Kompetenzen aufweisen, um basiert auf differente Gesundheitsinformationen protektive Entscheidungen treffen zu können. Sie weisen in ihrer Studie auf die Bedeutung sozialer Netzwerke und auf die Relevanz der kulturellen Bedingungen für das Gesundheitshandeln der Jugendlichen hin. Jugendliche mit Migrationsgeschichte oder Migrationshintergrund sind nach dieser Studie also nicht pauschal als vulnerable Gruppe in Hinblick auf Gesundheitskompetenz zu kennzeichnen.

## 2. Digitale Gesundheitskompetenz Jugendlicher

Wiederholt werden Jugendliche in der Literatur als digital natives beschrieben. Diese Darstellung verdeutlicht die Bedeutung des Internets im Alltag der Jugendlichen. In der jüngsten Ausgabe der JIM-Studie (JIM= Jugend, Information, Multimedia) wird davon berichtet, dass Jugendliche mit einem breiten Medienrepertoire aufwachsen. Nach dieser Studie, in der 1.200 Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 19 Jahren involviert waren, wurde

festgestellt, dass 93 Prozent ein Smartphone, 60 Prozent ein Laptop und 34 Prozent einen Computer besitzen und sie durchschnittlich 241 Minuten täglich online sind. WhatsApp, Instagram und Youtube wurden von den Teilnehmer\*innen dieser Studie als die beliebteste Anwendungssoftware bezeichnet. Zusätzlich zur Aufrechterhaltung der sozialen Kontakte und Unterhaltungszwecke werden die internetfähigen Endgeräte von den Jugendlichen als ein Zugang zu medialen Informationen betrachtet. Unter den aktuellen Themengebieten Jugendlicher lassen sich Informationen zum Klimawandel, die Black Lives Matter-Bewegung, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Informationen zur Corona-Pandemie subsumieren. Informationen zur Corona-Pandemie stellen das einzige Thema dar, für das sich die Jugendlichen unabhängig von Geschlecht, Alter und Bildungshintergrund gleichermaßen interessieren (Feierabend et al. 2021). Um einen vollumfänglichen inhaltlichen Zugang zu den digitalen Gesundheitsinformationen aufweisen zu können, werden differente Kompetenzen von den Jugendlichen vorausgesetzt. Eine der ersten Darstellungen dieser Kompetenzen zeigen Norman und Skinner (2006) auf, indem sie unter digitale Gesundheitskompetenz: „the ability to seek, find, understand, and appraise health information from electronic sources and apply the knowledge gained to addressing or solving a health problem“ (Norman und Skinner 2006, S. 1) subsumieren. Nach den Autoren setzt ein adäquater Umgang mit digitalen Gesundheitsinformationen sechs differente Kompetenzen voraus, die sich von traditionellen Lese- und Schreibkompetenzen bis hin zur Medien-, Wissenschafts-, Informations- und Gesundheitskompetenz erstrecken und zudem Computerkenntnisse beinhalten (Norman und Skinner 2006).

Empirische Studien zur digitalen Gesundheitskompetenz Jugendlicher legen dar, – und das obwohl die Jugendlichen wiederholt als digital natives beschrieben werden – dass es nicht allen Jugendlichen gelingt, einen adäquaten Umgang mit elektronischen Gesundheitsinformationen herzustellen. So weisen Dadacynski et al. (2020) darauf hin, dass Jugendliche beim Suchen, Finden und Bewerten von digitalen

Gesundheitsinformationen Schwierigkeiten aufweisen.

Park (2019) betont bei der Erklärung der ungleichen Verteilung der digitalen Gesundheitskompetenz die Bedeutung der Klassenstufe und des Gesundheitsstatus der Jugendlichen. Gesunde und Jugendliche höherer Klassenstufen weisen nach Park (2019) eine hohe digitale Gesundheitskompetenz auf. Camiling (2019) stellt fest, dass die Jugendlichen zwar in der Lage sind, digitale Gesundheitsinformationen zu suchen und zu finden, aber unzureichende Kompetenzen bei der kritischen Bewertung der Informationen aufweisen. Mc Kinnon et al. (2020) untermauern die Ergebnisse von Camiling (2019) und bemerken, dass es den meisten Jugendlichen gelingt, einen Zugriff auf gesundheitsbezogene Inhalte zu erhalten, sie jedoch Defizite bei der Bewertung der Inhalte aufweisen. Die Studienergebnisse von Isleras (2020) deuten darauf hin, dass ein Migrationshintergrund keine negativen Auswirkungen auf die digitale Gesundheitskompetenz zur Folge haben muss. In ihrer Studie zeigt sie auf, dass weibliche Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund parallel zu ihrem sozialen Netzwerk die digitale Plattform als eine Informationsquelle für Gesundheitsfragen betrachten. Die Teilnehmerinnen dieser Studie weisen Kompetenzen auf, die es ihnen ermöglichen, digitale Gesundheitsinformationen zu suchen, zu finden und basierend auf die neu erworbenen Informationen Gesundheitsentscheidungen zu treffen. Präferiert wird von den weiblichen Studienteilnehmerinnen mit türkischem Migrationshintergrund bei der Suche von digitalen Gesundheitsinformationen die Suchplattform Google. Die Homepages Wikipedia und gutefrage.com sowie die Videoplattform YouTube sind den Jugendlichen zudem bekannt und werden als hilfreiche Plattformen bei Gesundheitsfragen betrachtet.

### 3. Bildung, Gesundheit, Gesundheitskompetenz?

Aus den empirischen Studien zu Health Literacy und Digital Health Literacy wissen wir, dass es analoge soziale Determinanten zur ungleichen Verteilung von Gesundheitsbildung

gibt, wie sie auch in der gesundheitlichen Ungleichheitsforschung zu finden sind. Ökonomische Ressourcen, soziale Netzwerke bzw. soziales Kapital, die ethnische Zugehörigkeit (allerdings nicht pauschal) und Bildung sind die wesentlichen Faktoren, die bei der gemessenen Health Literacy Jugendlicher eine wichtige Rolle spielen. Dennoch wäre das Bild, dass alle ressourcenstarken und bildungsnahen Jugendlichen über hohe Gesundheitskompetenzen verfügen, während schulbildungsferne, migrantische und Jugendliche, die in ressourcenschwachen Familien aufwachsen nur geringe Gesundheitskompetenzen besitzen, zu unterkomplex.

Erstens, weil es sich bei den angeführten ungleichen Gesundheitskompetenzen um Relationen handelt. Das heißt, dass es auch unter ressourcenschwachen und schulbildungsfernen Jugendlichen solche mit hohen Gesundheitskompetenzen gibt und umgekehrt auch privilegierte Jugendliche wenig Gesundheitskompetenzen haben und zum Beispiel einen riskanten Konsum psychoaktiver Substanzen pflegen können. Aus statistischen Relationen können keine Gruppeneigenschaften festgeschrieben werden. Die Vorstellung, dass schulbildungsferne Jugendliche (oder Erwachsene) über geringe Health Literacy verfügen, würden wir als intellektuellen Rassismus beschreiben. Zweitens sind die vorliegenden Messinstrumente häufig Selbsteinschätzungen, die hoch korrelieren mit dem Selbstvertrauen der Jugendlichen, und die über das tatsächliche Gesundheitsverhalten nichts aussagen. Drittens lässt sich aus ethnografischen Studien erkennen, dass auch migrantische Jugendliche, die nicht auf das Gymnasium gehen, über hohe alltagspraktische Gesundheitskompetenzen verfügen (Bittlingmayer et al. 2020). Andere ethnografische Studien zeigen, dass Gesundheitskompetenzen weniger eine individuell verfügbare Handlungsressource darstellen, sondern eingebettet sind in soziale Situationen und Health Literacy, wie Literacy insgesamt, als soziale Praxis verstanden werden müssen (Papen 2009; Samerski 2019).

Die gesamte Argumentationsstruktur, die Gesundheitskompetenzen als wichtigste Ziel-

größe der Prävention und Gesundheitsförderung ausweist, ist ideologieanfällig, weil sie strukturelle Mechanismen individualisiert (Bauer 2019). Für den individuellen Gesundheitszustand zentrale Determinanten wie Arbeitsverhältnisse, die Beschaffenheit von Räumen, das Lohngefüge, geschlechterdifferente Arbeitsteilungen, die Lebensmittelproduktion usw. liegen aber außerhalb der Reichweite subjektiven Handelns. In den letzten Jahren hat sich in der Gesundheitskompetenzforschung der Fokus dahingehend erweitert, dass stärker danach gefragt wird, wie Organisationen beschaffen sein müssen, um gesundheitskompetenzförderlich zu wirken (und um Individuen hier zu entlasten) (Bitzer und Schaefer 2022; Münch und Dierks 2017). Das bedeutet nicht, dass es nicht erstrebenswert wäre, individuelle Gesundheitskompetenzen zu fördern, aber den Mechanismen der Produktion gesundheitlicher Ungleichheiten lässt sich nicht mit konventioneller individueller Gesundheitskompetenzförderung beikommen.

Auf der anderen Seite verfügt ein Begriff individueller Gesundheitskompetenz über ein kritisches Potenzial, das aber in den wenigsten Studien zur Geltung kommt. Wenn individuelle Gesundheitskompetenz mit dem WHO-Verständnis von Gesundheit zusammengebracht wird, dann bedeutet Gesundheitskompetenz auch, Kontrolle über die eigene Lebenswelt zu erlangen. Das verweist auf Empowerment-Prozesse, die mit einer kritischen Analyse aktueller gesellschaftlicher Verhältnisse in Verbindung stehen. Der recht harmlose Begriff der Gesundheitskompetenz hat also, in dieser Lesart, durchaus radikal-kritische Implikationen. Ob man allerdings für eine radikale Kritik der bestehenden Gesellschaft den Begriff der Gesundheitskompetenz braucht, ist eine andere Frage. ■

#### Literaturverzeichnis

- Bauer, Ullrich (2019): The social embeddedness of health literacy. In: Orkan Okan, Ullrich Bauer, Diane Levin-Zamir, Paulo Pinheiro und Kristine Sørensen (Hg.): International Handbook of Health Literacy. Research, practice and policy across the lifespan. Bristol: POLICY Press, S. 573–586.

- Bittlingmayer, Uwe H.; Islertas, Zeynep; Sahrai, Elias; Harsch, Stefanie, Bertschi, Isabella; Sahrai, Diana (2020): Health Literacy aus gesundheitsethnologischer Perspektive. Eine Analyse alltäglicher Gesundheitspraktiken von migrantischen Jugendlichen und Familien. Wiesbaden: Springer VS.
- Bitzer, Eva Maria; Schaefer, Corinna (2022): Gesundheitskompetenz: Systeme, Organisationen und Individuen. In: Public Health Forum 30 (2), S. 145–148.
- Bollweg, Torsten M.; Bröder, Janine; Pinheiro, Paulo (Hg.) (2020): Health Literacy im Kindes- und Jugendalter. Ein- und Ausblicke. Springer Fachmedien Wiesbaden. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.
- Bourdieu, Pierre (1993): Der Rassismus der Intelligenz. In: Pierre Bourdieu (Hg.): Soziologische Fragen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 252–256.
- Brown, Stephen L.; Teufel, James A.; Birch, David A. (2007): Early adolescents perceptions of health and health literacy. In: Journal of School Health 77 (1).
- Caldwell, Elizabeth Perry; Melton, Karen (2020): Health Literacy of Adolescents. In: Journal of pediatric nursing 55, S. 116–119.
- Camiling, Mark Kenneth S. (2019): eHealth Literacy of High School Students in the Philippines. In: IA-FOR Journal of Education 7 (2), S. 69–87.
- Dadaczynski, Kevin; Rathmann, Katharina; Schrieker, Julia; May, Michael; Kruse, Stefanie; Janiczek, Oliver; Quilling, Eike (2020): Digitale Gesundheitskompetenz von Jugendlichen. Eine mehrperspektivische Betrachtung aus Sicht von Schüler\*innen, Lehrkräften und Schulleitungen weiterführender Schulen in Hessen. Online verfügbar unter <https://hage.de/aktuelles/digitale-gesundheitskompetenzen-von-jugendlichen/>, zuletzt geprüft am 02.08.2022.
- Erler, Ingolf; Krenn, Manfred; Rittberger, Michael (Hg.) (2015): Bildungsdünkel. Bildung als Distinktion und soziale Beschämung. Schulheft 157. Innsbruck: Studienverlag.
- Feierabend, Sabine; Rathgeb, Thomas; Kheredmand, Hediye; Glöckler, Stephan (2021): JIM-Studie 2021. Jugend, Information, Medien. Online verfügbar unter [https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2021/JIM-Studie\\_2021\\_barrierefrei.pdf](https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2021/JIM-Studie_2021_barrierefrei.pdf), zuletzt geprüft am 02.08.2022.
- Islertas, Zeynep (2020): Neue Medien und digitale Gesundheitsinformationen im Alltag von weiblichen Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland. In: Torsten M. Bollweg, Janine Bröder und Paulo Pinheiro (Hg.): Health Literacy im Kindes- und Jugendalter. Ein- und Ausblicke. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 239–252.

- Islertas, Zeynep; Bittlingmayer, Uwe H. (2019): Weibliche Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund in Deutschland. Eine vulnerable Gruppe im Bereich Health Literacy? In: Zeitschrift für Sozialmanagement 17 (2), S. 111–122.
- Kickbusch, Ilona S. (2001): Health literacy: addressing the health and education divide. In: Health Promot Int 16 (3), S. 289–297.
- Lampert, Thomas; Hoebel, Jens; Kuntz, Benjamin; Müters, Stephan; Kroll, Lars E. (2017): Gesundheitliche Ungleichheit in verschiedenen Lebensphasen. Online verfügbar unter [https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/gesundheitsliche\\_ungleichheit\\_lebensphasen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/gesundheitsliche_ungleichheit_lebensphasen.pdf?__blob=publicationFile), zuletzt geprüft am 02.08.2022.
- Liu, Chenxi; Wang, Dan; Liu, Chaojie; Jiang, Junnan; Wang, Xuemei; Chen, Haihong et al. (2020): What is the meaning of health literacy? A systematic review and qualitative synthesis. In: Family medicine and community health 8 (2).
- Malloy-Weir, Leslie J.; Charles, Cathy; Gafni, Amiram; Entwistle, Vikki (2016): A review of health literacy: Definitions, interpretations, and implications for policy initiatives. In: Journal of public health policy 37 (3), S. 334–352.
- McKinnon, Kelsey A.; H Y Caldwell, Patrina; Scott, Karen M. (2020): How adolescent patients search for and appraise online health information: A pilot study. In: J Paediatr Child Health 56 (8), S. 1270–1276.
- Münch, Inga; Dierks, Marie-Luise (2017): Health Literate Organizations – ein Konzept für den deutschen stationären Sektor? In: Public Health Forum 25 (1), S. 71–73.
- Norman, Cameron D.; Skinner, Harvey A. (2006): eHealth Literacy: Essential Skills for Consumer Health in a Networked World. In: Journal of medical Internet research 8 (2), e9.
- Nutbeam, Don (2000): Health literacy as a public health goal: a challenge for contemporary health education and communication strategies into the 21st century. In: Health Promot Int 15 (3), S. 259–267.
- Okan, Orkan (2019): From Saranac Lake to Shanghai: A brief history of health literacy. In: Orkan Okan, Ullrich Bauer, Diane Levin-Zamir, Paulo Pinheiro und Kristine Sørensen (Hg.): International Handbook of Health Literacy. Research, practice and policy across the lifespan. Bristol: POLICY Press, S. 21–37.
- Papen, Uta (2009): Literacy, Learning and Health -- A social practices view of health literacy. In: Literacy & Numeracy Studies 16/17 (2/1), S. 19–34.
- Park, Bu Kyung (2019): Factors Influencing eHealth Literacy of Middle School Students in Korea: A Descriptive Cross-Sectional Study. In: Healthcare informatics research 25 (3), S. 221–229.
- Parker, Ruth M.; Baker, David W.; Williams, Mark V.; Nurss, Joanne R. (1995): The test of functional health literacy in adults. In: J GEN INTERN MED 10 (10), S. 537–541.
- Quenzel, Gudrun; Schaeffer, Doris; Messer, Melanie; Vogt, Dominique (2015): Gesundheitskompetenz bildungsferner Jugendlicher. Einflussfaktoren und Folgen. In: Bundesgesundheitsblatt, S. 951–957.
- Richter, Matthias (2005): Gesundheit und Gesundheitsverhalten im Jugendalter. Der Einfluss sozialer Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Röthlin, Florian; Pelikan, Jürgen M.; Ganahl, Kristin (2013): Die Gesundheitskompetenz der 15-jährigen Jugendlichen in Österreich. Abschlussbericht der österreichischen Gesundheitskompetenz Jugendstudie im Auftrag des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger (HVSV). Ludwig Boltzmann Institut Health Promotion Research (LBIHPR). Wien.
- Samerski, Silja (2019): Health Literacy as a social practice: Social and empirical dimensions of knowledge on health and healthcare. in press. In: Social Science & Medicine 81, S. 1–26.
- St. Leger, Lawrence (2001): Schools, health literacy and public health: possibilities and challenges. In: Health Promot Int 16 (2), S. 197–205.
- Wallmann, Birgit; Gierschner, Susann; Froböse, Ingo (2012): Gesundheitskompetenz: was wissen unsere Schüler über Gesundheit? Eine empirische Erhebung. In: Präz Gesundheitsf 7 (1), S. 5–10.
- Zamora, Pablo; Pinheiro, Paulo; Okan, Orkan; Bitzer, Eva-Maria; Jordan, Susanne; Bittlingmayer, Uwe H. et al. (2015): „Health Literacy“ im Kindes- und Jugendalter. In: Präz Gesundheitsf 10 (2), S. 167–172.
- Zarcadoolas, Christina; Pleasant, Andrew; Greer, David S. (2005): Understanding health literacy: an expanded model. In: Health promotion international 20 (2), S. 195–203.

# Warum emanzipatorische Erziehung eine Kritik des Autoritarismus voraussetzt

von Micha Brumlik<sup>1</sup>

Die Frage von Autorität und Antiautoritarismus ist in der deutschen Sozialwissenschaft und – auf ihr aufbauend – in der deutschen Erziehungswissenschaft seit den 1960er Jahren, seit der Wiederentdeckung der Arbeiten der sog. „Frankfurter Schule“ zum Verhältnis von familialer Sozialisation und autoritärem Charakter intensiv diskutiert worden. Es war diese Frage, die sich die Autoren der sog. „Frankfurter Schule“, also Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse und Erich Fromm in ihren Studien zu „Autorität und Familie“ und nachfolgenden Überlegungen zur „autoritären Persönlichkeit“ bzw. zum „demokratischen Charakter“ gestellt haben. Allerdings hatten die Autoren von „Autorität und Familie“ gute Gründe für ihre Untersuchungen, Gründe, die jedenfalls in westlichen Gesellschaften derzeit, siebzig Jahre nach dem Ende von Faschismus, Stalinismus und Nationalsozialismus offenbar vergessen worden sind. Sind die Gründe, die Horkheimer und Adorno zu einer Kritik an der „autoritären Persönlichkeit“ geführt haben, tatsächlich hinfällig? Worum ging es überhaupt damals bei der Kritik am Autoritarismus? Herbert Marcuse hat sich in einer ausführlichen Sammelbesprechung im Jahr 1934<sup>2</sup> mit sich selbst so bezeichnenden totalitären und autoritären Theorien des Staates auseinandergesetzt und dort unter anderem Arbeiten der nationalsozialistischen Rechtstheoretiker Otto Koellreutter<sup>3</sup> und Ernst Forsthoff<sup>4</sup> analysiert und dazu folgende typische Aussage Koellreutters zitiert:

*„Die politische und staatsrechtliche Prägung des nationalen Rechtsstaats ist im bewußten Gegensatz zu der des liberalen bürgerlichen Rechtsstaates die des autoritären Führerstaates. Der autoritäre Führerstaat sieht in der Staatsautorität das wesentlichste Merkmal des Staates“<sup>5</sup>*

Darüber hinaus hatte der andere von Marcuse kritisierte Autor, Heinrich Forsthoff, bereits im Jahr 1933 all jene Argumente aufgeboten, die auch später, bis in die Geschichte der Bundesrepublik und des neuwiedervereinigten Deutschland die Debatte um den Begriff der (notwendigen) Autorität in Erziehung und Politik munitonieren sollten:

*„Eine autoritäre Regierung braucht eine über alles Persönliche hinausgehende Rechtfertigung [...] die Rechtfertigung muß eine metaphysische sein. Die Unterscheidung von Führern und Geführten als staatliches Ordnungsprinzip ist nur metaphysisch vollziehbar [...] eine Regierung, die nur darum regiert, weil sie einen Auftrag des Volkes hat, ist keine autoritäre Regierung. Autorität ist nur aus der Transzendenz möglich.“<sup>6</sup>*

Diese und andere, den Begriff „autoritär“ positiv bewertende Schriften der Weimarer Republik gehen auf ein gegenrevolutionäres, antiliberales Denken zurück, das vor allem in den Schriften des faschistischen Rechtstheoretikers Carl Schmitt früh seinen Ausdruck gefunden hat. Schon 1914, im Alter von nur sechsundzwanzig Jahren, publizierte Schmitt eine Schrift unter dem Titel „Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen“<sup>7</sup>, in der er auf der Basis einer strikt zwischen Normen und Fakten unterscheidenden Rechtsphilosophie einen Begriff des Staates rekonstruiert, der ganz und gar im Dienst des Rechts steht und dem somit die Aufgabe zukommt,

1 Prof. Dr. Micha Brumlik ist emeritierter Professor am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und Senior Advisor am Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg.

2 H. Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: M. Horkheimer (Hrsg.) Zeitschrift für Sozialforschung, Jg.3 1934, Reprint München 1980, S. 161 - 195.

3 O. Koellreutter, Vom Sinn und Wesen der nationalsozialistischen Revolution, Tübingen 1933.

4 H. Forsthoff, Das Ende der humanistischen Illusion, Berlin 1933.

5 O. Koellreutter, zitiert nach Marcuse a. a. O., S. 190.

6 zitiert nach Marcuse a. a. O.

7 jetzt Berlin 2004.



den reinen Normen des Rechts faktische Geltung zu verschaffen. Diesem Denken entspricht die vermeintliche Einsicht,

*„in den Staat als eine überindividuelle Instanz, die ihre Würde keiner Schilderhebung der Einzelnen verdankt, sondern mit originärer Autorität entgegentritt. Durch die Anerkennung einer überpersönlichen Dignität des Staates, demnach für jede philosophische Auffassung, für die der Staat weder eine Sekuritätsanstalt noch eine Wohlfahrtseinrichtung bedeutet, verschwindet aber das einzelne, konkrete Individuum“<sup>8</sup>*

Dass die Bereitschaft, derartigen politischen Vorstellungen zu folgen, aus rationalen Gründen kaum nachvollziehbar war, führte bei den Vertretern der Frankfurter Schule folgerichtig zum Versuch einer nun sozialpsychologischen Erklärung der entsprechenden, den eigenen Interessen zuwiderlaufenden Folgebereitschaft breiter Massen im Deutschland der 1930er Jahre, eine Erklärung, bei der sich die Autoren des Frankfurter Instituts für Sozialforschung vor allem auf die von ihnen selbst entwickelte Synthese von Marxismus und Psychoanalyse stützen konnten. Es war schließlich vor allem Max Horkheimer, der noch in der Emigration, 1936, im Rahmen dieses Programms einen sozialwissenschaftlichen Begriff der „Autorität“ entwickelte. Dabei war Horkheimer, was in späteren Jahren durchaus gerne übersehen wurde, schon damals von der (funktionalen) Notwendigkeit von „Autorität“ überzeugt: Autorität sei

*„die bewusste und unbewusste, jeden Schritt des Einzelnen mitbestimmende Fähigkeit, sich ein- und unterzuordnen, die Eigenschaft, bestehende Verhältnisse als solche im Denken und Handeln zu bejahen, in Abhängigkeit von gegebenen Ordnungen und fremdem Willen zu leben, kurz die Autorität als ein Kennzeichen der gesamten Existenz. Die notwendige Herrschaft von Menschen über Menschen, welche die Gestalt der bisherigen Geschichte bestimmt, im Herzen der Beherrschten selbst zu befestigen, ist eine der Funktionen des gesamten kulturellen Apparats der einzelnen Epochen gewesen; als*

*Ergebnis wie als stets erneuerte Bedingung dieses Apparats bildet der Glaube an Autorität eine teils produktive, teils hemmende Triebkraft in der Geschichte.“<sup>9</sup>*

Somit bestimmt Horkheimer als „autoritär“ jene inneren und äußeren Handlungsbereitschaften und Handlungsweisen, mit denen sich Menschen einer fremden Instanz unterwerfen und kommt dabei zu dem Schluss, dass die Kategorie der Autorität widersprüchlich sei – könne doch autoritäres Handeln durchaus auch im wirklichen und bewussten Interesse von Individuen und Gruppen, ja von Klassen liegen:

*„Autorität als bejahte Abhängigkeit kann daher sowohl fortschrittliche, den Interessen der Beteiligten entsprechende, der Entfaltung menschlicher Kräfte günstige Verhältnisse bedeuten als einen Inbegriff künstlich aufrecht erhaltener, längst unwahr gewordener gesellschaftlicher Beziehungen und Vorstellungen, die den wirklichen Interessen der Allgemeinheit zuwiderlaufen. Sowohl blinde und sklavische Ergebung, die subjektiv von seelischer Trägheit und Unfähigkeit zum eigenen Entschluß herrührt und objektiv zur Fortdauer beengender und unwürdiger Zustände beiträgt, als auch die bewußte Arbeitsdisziplin in einer aufblühenden Gesellschaft beruht auf Autorität.“<sup>10</sup>*

Horkheimer beharrt also auf dem ambivalenten, dem widersprüchlichen Charakter des Begriffs und der Sache der „Autorität“ und will diese innere Widersprüchlichkeit durch die Antagonismen bzw. deren ideologische Verdeckungen in der Epoche des liberalen Kapitalismus aufdecken, das Thema also nicht moralisch und dogmatisch, sondern streng marxistisch aus einer Analyse der damaligen Klassenverhältnisse heraus entwickeln. Sei es doch endlich die Form der bürgerlichen Familie, die durch eine systematische Unterordnung des im Berufs- und Arbeitsleben stehenden Vaters in den blinden Produktions- und Zirkulationsprozess auf der einen sowie durch die Unterwerfung der Frau, der Mutter unter

9 M.Horkheimer, Studien zu Autorität und Familie, Paris 1936, S. 22.

10 a. a. O., S. 24/25.

8 a. a. O., S. 86.

das patriarchalische System geprägt sei. Auf dieser Basis – und das ist für eine Theorie des die Verhältnisse stützenden Sozialcharakters ebenso von Belang wie für eine Theorie gesellschaftlicher Aufklärung und Emanzipation – lässt sich das Entstehen autoritärer Charaktere, die die herrschenden Verhältnisse aus einer inneren Neigung heraus stützen, erklären:

*„Für die Herausbildung des autoritären Charakters ist besonders entscheidend, daß die Kinder unter dem Druck des Vaters lernen, jeden Misserfolg nicht bis zu seinen gesellschaftlichen Ursachen zurückzuführen, sondern bei den individuellen stehen zu bleiben und diese entweder religiös als Schuld oder naturalistisch als mangelnde Begabung zu hypostasieren [...] Das Ergebnis der väterlichen Erziehung sind Menschen, welche von vorneherein den Fehler bei sich selbst suchen.“<sup>11</sup>*

Diese theoretisch gewonnenen Überzeugungen gewannen durch die Übersiedlung des „Instituts für Sozialforschung“ in die USA,<sup>12</sup> in denen damals die empirische Soziologie und Psychologie einen schwunghaften Fortschritt erlebten, neue Brisanz. Nun schien es möglich, durch die Übernahme von Methoden und Kategorien der empirischen Sozialforschung mitsamt ihrem Anspruch, Begriffe wie „Charakter“ operationalisieren und in seinen Ausprägungen quantitativ bewerten zu können, so dass am Ende zwar nicht das Idealbild eines demokratischen Charakters entworfen wurde, wohl aber dessen Gegenteil, das Konstrukt der „autoritären Persönlichkeit“, die sich durch folgende Eigenschaften auszeichnet: starrer Konventionalismus, dichotomes Denken, kontraphobische, projektiv-aggressive Abwehr eigener Schwächen, Denken in Stereotypen, opportunistische Ausrichtung

an vorfindlichen Mehrheitsmeinungen, einseitige Erfolgsorientierung, Normopathie, mangelnde Empathie und Mitgefühl, ein Hang zur Personalisierung gesellschaftlicher Probleme, realitätsunangemessene Idealisierung der eigenen Eltern, stark pekuniäre Orientierung bei gleichzeitiger Kritik am allgemeinen Materialismus sowie eine ständige Besorgtheit um denen eigenen sowie den sozialen Status der Familie.<sup>13</sup> Erhoben wurden diese Eigenschaften und Einstellungen durch Messungen mit vier Skalen, der AS-Skala, die das Konstrukt des „Autoritarismus“ erhob, der E-Skala, die Ethnozentrismus erhob, der PEC-Skala, die politisch ökonomischen Konservatismus zu messen versuchte, sowie schließlich und vor allem der F-Skala, die faschistische Dispositionen zu erheben versuchte. Die zwar auf den ersten Blick plausiblen, aber nach Jahrzehnten intensiver Debatte heute im strengen Sinne nicht mehr haltbaren empirischen Annahmen zur autoritären Persönlichkeit haben folgerichtig die empirische Untersuchungsperspektive in Richtung positiv demokratischer Persönlichkeitsmerkmale bzw. der ihnen zugrundeliegenden kognitiven Kompetenzen und emotionalen Dispositionen geführt. Neuere Anschlussdebatten<sup>14</sup> nicht nur in den USA drehten sich vor allem um die Frage, ob hohe Werte auf den Skalen der „Authoritarian Personality“ vor allem im „rechten“ und konservativen politischen Spektrum zu finden seien, bzw. ob überhaupt – und wenn ja wie – die entsprechenden Messinstrumente tatsächlich zuverlässig, d. h. valide und reliabel waren. Tatsächlich wird die Frage nach dem „Wesen“ von „Autorität“ als auch nach ihrer Beziehung zu einer demokratischen politischen Ordnung auch in der Gegenwart nicht nur debattiert, sondern auch erforscht. So wird etwa einerseits aufgrund theoretischer Erwägungen „politische“ und damit auch „pädagogische“ Autorität<sup>15</sup> als darstellungsabhängig erläutert: mit anderen Worten als eine gelingende sozia-

<sup>11</sup> Horkheimer a. a. O., S. 59

<sup>12</sup> Zur Geschichte des „Instituts für Sozialforschung“: M. Jay, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung, 1923-1950, Frankfurt am Main 1976; H. Dubiel, Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie, Frankfurt am Main 1978; R. Wiggershaus, Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung, München/Wien 1986; C. Albrecht u. a., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1999; A. Demirovic, Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Frankfurt am Main 1999.

<sup>13</sup> M. Horkheimer, Autorität und Familie in der Gegenwart, in: Marxismus Kollektiv (Hrsg.) Kritische Theorie und Gesellschaft, Bd. 3 Frankfurt am Main 1968, S. 336/7.

<sup>14</sup> vgl. M. Freyhold, Autoritarismus und politische Apathie, Frankfurt am Main 1971; D. Oesterreich, Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung, Weinheim/München 2001.

<sup>15</sup> A. Schäfer/C. Thompson (Hg.), Autorität, Paderborn 2009.

le Inszenierung, als eine „Fiktion [...] welche für die Instituierung des Sozialen konstitutiv ist.“<sup>16</sup> Andererseits bestätigen neueste empirische Forschungen, die den klassischen Studien zur autoritären Persönlichkeit durchaus mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehen, deren Befunde. So ergab eine repräsentative Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach aus dem Jahr 2011 auf der Basis von beinahe zweitausend Interviewten einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach mehr „Respekt für Autorität“ mit eher „rechten“ Einstellungen:

*„Der Wunsch nach mehr Respekt vor Autorität hängt deutlich zusammen mit der politischen Grundhaltung der Befragten: Je weiter rechts auf der politischen Rechts-Links-Skala jemand steht, umso eher wird er Achtung vor Autorität einfordern. Unabhängig davon spielt auch das Alter eine deutliche Rolle.“ Darüber hinaus zeigt sich, „daß die Wertschätzung gesellschaftlicher Autorität und eine autoritäre politische Haltung [...] strukturell durchaus miteinander zusammenhängen: Wer Autorität im Sinne von „auctoritas“ befürwortet, wird auch geneigt sein, den „starken Mann“ in der Politik zu befürworten.“<sup>17</sup>*

Aber sogar wenn es – und dazu liegen durchaus ermutigende Ansätze und Arbeiten wie die eben zitierte Studie vor – möglich wäre, das Konstrukt des „autoritären Charakters“ auf der Basis des heutigen Standes der empirischen Sozialforschung zu rekonstruieren, so wäre vor dem Hintergrund der neueren politologischen Debatte, hier am Beispiel der Arbeiten Jacques Rancieres gezeigt, nur wenig für eine Idee demokratischer Bildung erreicht. Wenn überhaupt, so weisen die Studien die hervorstechenden Eigenschaften undemokratischer Charaktere aus, offen bleibt bis jetzt, ob es nach dem Einspruch Rancieres und anderer überhaupt sinnvoll ist, nach Eigenschaften demokratischer Charaktere zu suchen. Denn wenn – um es noch einmal zu wiederholen –

„Demokratie“ im vollen und ursprünglichen Sinn des Wortes nichts anderes ist und auch gar nicht sein kann, als die zeitlich begrenzte Interpellation, das Aufbegehren jener, die zur Ausübung von Herrschaft weder besonders geeignet sind noch einen besonderen Anspruch dafür haben, dann erübrigt sich die Frage nach einem demokratischen Charakter ebenso wie die ihr vorausgehende Frage nach seinen Entstehungs- und ggf. Förderungsbedingungen.

M. a. W.: Das Konzept und das Interesse an einer Theorie demokratischer Bildung ist überhaupt erst dann sinnvoll, wenn sich systematisch zeigen lässt, dass sich die Skepsis der neueren politischen Philosophie gegenüber dem Begriff der Demokratie und ihres herrschaftskritischen Soupcons gegen die repräsentativen, parlamentarischen Demokratien sog. „westlicher Gesellschaften“ nicht halten lässt. Das aber – und die Entfaltung dieses Gedankens ist später aufzunehmen – läuft auf nichts anderes hinaus als zu zeigen, dass das System gewaltenteiliger, repräsentativer parlamentarischer Demokratien mit starken partizipatorischen und plebiszitären Elementen einem starken Begriff politischer Vernunft genügen. Freilich sind die Einwände gegen derartige Herrschafts- und Regierungssysteme durchaus ernst zu nehmen, weshalb es fragwürdig ist, das, was man als „demokratische Bildung“ bezeichnen möchte und was doch mehr sein soll als nur Staatsbürgerkunde und funktionale Zurichtung auf die Prozeduren parlamentarischer Demokratie, einzig und alleine vom bestehenden Institutionensystem abzuleiten. Freilich war es der dem Gedanken der Demokratie selbst eher skeptisch gegenüberstehende Jacques Ranciere, der – wie oben gezeigt – eine Theorie intellektueller Emanzipation entworfen hat, die in allen, jedenfalls deutschsprachigen bildungstheoretischen Überlegungen so gut wie gar nicht rezipiert wurde. Unter Bezug auf einen in Frankreich, ganz zu schweigen von anderen Ländern und Kulturen Europas, völlig vergessenen Pädagogen des französischen Revolutionszeitalters, nämlich Jean Joseph Jacotot (1770-1840) hat Jacques Ranciere Grundsätze intellektueller Emanzipation bestimmt:

<sup>16</sup> a. a. O., S. 33.

<sup>17</sup> Herbert Quandt Stiftung (Hrsg.), *Autorität in Deutschland. Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach*. Thomas Petersen. Bad Homburg 2011, S. 87.

„Wir wissen, daß das die verdummende Sicht der Dinge definiert: an die Wirklichkeit der Ungleichheit glauben, sich vorstellen, daß die Höheren in der Gesellschaft tatsächlich höher sind und daß die Gesellschaft in Gefahr wäre, wenn die Vorstellung sich vor allem in den unteren Klassen verbreitet, daß die Überlegenheit nur eine ausgemachte Fiktion ist. Tatsächlich kann nur ein Emanzipierter ohne Beunruhigung hören, daß die gesellschaftliche Ordnung gänzlich Konvention ist, und gewissenhaft den Überge-

ordneten gehorchen, von denen er weiß, daß sie ihm gleich sind. Er weiß, was er von der gesellschaftlichen Ordnung erwarten kann und wird davon kein Aufhebens machen. Die Verdummen haben nichts zu befürchten, aber sie werden es nie wissen.“<sup>18</sup> ■

18 J. Ranciere, Der unwissende Lehrmeister. Fünf Lektionen über die intellektuelle Emanzipation, Wien 2009.

PROKLA

# PROKLA. Seit 1971

## ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT

**Schwerpunktthemen**

- Nr. 204: Vergessenes Land? Perspektiven auf rurale Entwicklung (3/2021)
- Nr. 205: Gesundheit mit System (4/2021)
- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)
- Nr. 208: StaatsKapitalismus (3/2022)

**Probeheft anfordern!**

PROKLA | [redaktion@prokla.de](mailto:redaktion@prokla.de) | [www.prokla.de](http://www.prokla.de)  
 Bertz + Fischer | [prokla@bertz-fischer.de](mailto:prokla@bertz-fischer.de) | [www.bertz-fischer.de](http://www.bertz-fischer.de)

Jetzt auch im  
**Digital- und  
 Sozial-Abo\***  
 ab 29,- Euro im Jahr  
 \* und im Förder-Abo!

**BERTZ + FISCHER**

■ ■ ■

# Von den Fakten zu den Perspektiven – weshalb die SPD aus der Nationalen Bildungsberichterstattung mehr machen kann und muss

von Ernst Dieter Rossmann<sup>1</sup>

Zugegeben, der Nationale Bildungsbericht, der jetzt zum neunten Mal von der Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag des Bundesbildungsministeriums und der Kultusministerkonferenz vorgelegt wird, ist mit seinen 390 Seiten eine „dicke Schwarte“ und zugleich eine unerschöpfliche Fundgrube von empirischen Daten zur Bildungssituation in Deutschland. Er ist klar gegliedert und nutzungsfreundlich vom Design, mit äußerst informativen Verweisen auf internationale Forschung und Vergleichsstudien und zugleich mit zahlreichen Rückbezügen im Längsschnitt auf die übrigen seit 2006 vorgelegten Berichte. Für jeden dieser Berichte werden besondere gut begründete Schwerpunkte gesetzt. Im aktuellen Bericht sind es zum einen die Wirkungen von Covid im allen Stationen der Bildungsbiographie und zum anderen das Bildungspersonal in seiner Struktur, Entwicklung, Qualität und Professionalisierung. In jedem der acht Kapitel werden nach einer detaillierten faktenbasierten Analyse auf der Grundlage von seit 16 Jahren weitgehend gleichen Indikatoren zum Abschluss in komprimierter Form zielgenau Perspektiven und Empfehlungen für das politische Handeln entwickelt.

Das Besondere hieran ist: Die Nationalen Bildungsberichte werden von einem großen Kreis an wissenschaftlichen Autoritäten aus zentralen Forschungseinrichtungen der deutschen Bildungsforschung methodisch wie inhaltlich „unter Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit“ erarbeitet. Dies geschieht in Abstimmung mit einer Steuerungs-

gruppe aus Bund und Ländern, wobei diese Steuerungsgruppe wiederum von einem wissenschaftlichen Beirat beraten wird. Bei so viel Absicherung nach allen Seiten nimmt es dann schon fast wie ein bildungspolitisches Wunder an, dass es in den 16 Jahren dieser Bildungsberichterstattung auch immer wieder mutige und nachhaltige weit in die Zukunft reichende Empfehlungen gegeben hat.

Das war nicht zu erwarten gewesen, als die damalige Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, die letzte sozialdemokratische Ressortchefin seit 17 Jahren, dieses Instrument der Berichterstattung zum Bildungswesen im Zuge der Verfassungsreform 2005/2006 als Anker gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern im Grundgesetz Art. 91 b mit durchsetzen konnte. Denn die Zeiten waren damals ganz anders gepolt – Bildungskonkurrenz statt Kooperation von Bund und Ländern und auch der Länder untereinander war das neoliberale wie konservative Mantra, dem sich auch Teile der SPD nicht entziehen konnten. Der jetzige Bundespräsident Frank Walter Steinmeier sollte dieses Kooperationsverbot speziell für den Schulbereich Jahre später als „schweren politischen Fehler“ brandmarken. Seitdem waren vier Verfassungsänderungen notwendig, um diesen Irrweg schrittweise zu korrigieren und dem Bund die Übernahme von Mitverantwortung auch für die Förderung der kommunalen Bildungsinfrastruktur zu ermöglichen, immer noch in engen Grenzen und im Einvernehmen mit allen Ländern. Auch die Erzföderalisten von Bündnis 90/Die Grünen und CDU in Baden-Württemberg und der CSU und Freien Wähler in Bayern konnten und wollten am Ende dann nicht mehr dagegen stehen.

<sup>1</sup> Dr. Ernst Dieter Rossmann war von 1987 bis 1998 MdL und von 1998 bis 2021 SPD - MdB, zuletzt als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Immerhin: Es gibt mittlerweile zwei mehrjährige Programme des Bundes zur Sanierung von Schulen in finanzschwachen Kreisen, Städten und Gemeinden und zur digitalen Erhöhung der Schulen; der Rechtsanspruch für feste Betreuungs- und Bildungszeiten an den Ganztagsgrundschulen steht im Gesetzblatt und ist bis 2026 und darüber hinaus auch durch den Bund unterlegt; die COVID Notlage hat der Bund nicht passiv hinnehmen müssen, sondern ein Aufholprogramm von 2 Milliarden Euro für die betroffenen Kinder und Jugendlichen starten dürfen; und darüber hinaus ist im aktuellen Koalitionsvertrag ein Sonderprogramm zur personellen Unterstützung für 4.000 Schulen in besonderer sozialer Lage mit neuen „Startchancen“ und eine Ausstattung von weiteren 4.000 Schulen mit einer verstärkten Schulsozialarbeit geplant. Wenn das kein Richtungswechsel in der Bund-Länder-Bildungspolitik ist, weg vom Kooperationsverbot hin zu einem Kooperationsgebot?

Das macht Mut für die Zukunft. Es ist dabei gewiss keine Einseitigkeit, wenn die inhaltlichen Weichenstellungen auch auf die Empfehlungen in den Nationalen Bildungsberichten der letzten Jahre zurückgeführt werden und deren Rezeption und Weiterentwicklung auf dem linken Teil des Parteienspektrums in Deutschland. Die SPD im Bund und in den Ländern war hieran wesentlich beteiligt, was zugleich Verpflichtung ist, auch für die Zukunft ein klares Profil und Beharrlichkeit in weiteren Initiativen zu zeigen. Immerhin stellen die SPD-Bildungsministerinnen und Bildungsminister fast die Hälfte aller Schulminister in der KMK, mit sieben deutlich vor der CDU mit vier und den jeweiligen Einzelkämpfern der anderen Parteien. Und bei der Wissenschaft und Forschung sieht es im Übrigen auch nicht ganz anders aus. Das ist ein starkes Fundament, auf dem sozialdemokratische Bildungs- und Wissenschaftspolitik aus den Ländern und in enger Abstimmung zusammen mit der Bundespolitik mit gesamtstaatlichem Anspruch weiter entwickelt werden kann.

Wohlgermerkt, die anderen Parteien schlafen nicht. In der CDU-Führung profiliert sich mit Macht eine stellvertretende Parteivorsitzende und Kultusministerin für den Bereich Bildung

und Wissenschaft. Die FDP kompensiert die Tatsache, dass sie in keinem einzigen Bundesland mehr Verantwortung für Bildung und Wissenschaft trägt, durch ihren strategischen Zugriff auf die Führung des Bundesbildungsministeriums. Und Bündnis 90/Die Grünen sind frei von Skrupeln, wenn es um überaus selbstbewusst vorgetragene Forderungen für Bildung und Wissenschaft geht, egal ob sie in der Regierung stehen oder in der Opposition. Das darf die SPD, eine Bildungs- und Wissenschaftspartei aus ihrer Geschichte und aus ihrem Selbstverständnis von Humanismus, Aufklärung und Chancengleichheit heraus, nicht einfach an sich vorbei geschehen lassen!

Die SPD muss jetzt vielmehr einen konsequenten und wahrnehmbaren Prozess über alle politischen Ebenen von Europa bis zur Kommune starten, um über eine stringente Verknüpfung von Ideen und Fachprogrammen, von Kommunikation und Köpfen wieder nach, sprich in die Leadership in Bildung und Wissenschaft in Deutschland zu kommen. Immerhin handelt es sich bei Bildung, Wissenschaft und Forschung um ein Politikfeld mit über 25 Millionen unmittelbar Teilnehmenden und über 6 Millionen Beschäftigten. Für das Jahr 2025, 20 Jahre nachdem die letzte sozialdemokratische Bundesministerin dieses zentrale Politikfeld nachhaltig prägen konnte, und damit zur nächsten Bundestagswahl muss klar sein, wie die SPD über ihre Dominanz in den Ländern auch wieder Gewicht und Gesicht für die nationale Bildungspolitik gewinnen will und kann.

Fortschrittliche Agenden, wie sie auch im Nationalen Bildungsbericht 2022 aufgemacht werden, bieten dafür mehr als genug sozialdemokratisch gefärbte Anknüpfungspunkte, ja Aufträge für einen substantiellen Beitrag der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zum angekündigten „sozialdemokratischen Jahrzehnt“: Mit einer Aufwertung der frühkindlichen Bildung durch Kostenfreiheit und Qualifizierung; mit einem Rechtsanspruch auf verlässliche gute Ganztagschule mit Bildungs- und Sozialanspruch; mit einer umfassenden Verbesserung von Inklusion und Integration in allen Bildungseinrichtungen; mit einer Ausbildungs-

garantie und einem Ausbildungsgeld für alle; mit einer nachhaltigen sozialen Öffnung der Hochschulen und ihrer baulichen Sanierung und Modernisierung; mit dem Rechtsanspruch auf Zeit für Weiterbildung und einem persönlichen Bildungskonto für die allgemeine und die berufliche Weiterbildung; und mit mehr Europäisierung und Internationalisierung im Bildungswesen insgesamt. Dafür bleiben in

diesem Jahr-zehnt noch acht Jahre, was in den Wahl-Rhythmen der Politik als eine lange Zeit gilt und in den langen Reform-Zyklen der Bildungspolitik in Wirklichkeit sehr kurz bemessen ist. Die Nationalen Bildungsberichte legen hiervon Zeugnis ab. Umso mehr ist die SPD gefordert, aus den Fakten kämpferisch rechtzeitig Perspektiven zu formen und dann gute Praxis werden zu lassen. ■

# spw-Newsletter

aktuell und kompakt – informiert über



Artikel/Dossiers  
linke Debatten  
Bildungsangebote

Jetzt eintragen unter  
[www.spw.de](http://www.spw.de)

# Insgesamt also der Vorschlag: Weniger klassifizieren, mehr nachfragen und zuhören!

Interview mit Andrea Lange-Vester<sup>1</sup>



☞ Dr. Andrea Lange-Vester war bis vor kurzem Mitglied im Vorstand der Sektion Bildung und Erziehung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sowie Sprecherin des Hochschulpolitischen Arbeitskreises des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. Sie ist Mitarbeiterin der Hochschule Hannover und arbeitet daneben zu folgenden Schwerpunkten: Habitus- und Milieuforschung, Bildungssoziologie, Biographie- und Sozialisationsforschung, Sozialstrukturanalyse.

**Spw: Du bist Milieu- und Habitusforscherin. Kannst du uns erläutern, warum aus deiner Sicht Forschung über Bildungsungleichheit wichtig ist?**

**A**L-V: Die soziale Herkunft ist für die gesellschaftliche Platzierung noch immer entscheidend. Gestiegene Bildungsbeteiligung und Durchlässigkeit im Bildungssystem haben die Verhältnisse bislang nicht auf den Kopf gestellt. Soziale Selektion erfolgt dabei oftmals nicht in erster Linie über harte Kriterien wie Noten und andere formale Zugangsvoraussetzungen. Zahlreichen Menschen auch aus sogenannten „einfachen Verhältnissen“ steht die Tür zum Gymnasium und zur Hochschule prinzipiell offen, letzteres unter Umständen auch ohne Abitur. Es sind vor allem die häufig verdeckten und unsichtbaren Mechanismen sozialer Selektion, die in den Bildungseinrichtungen wirksam sind und die Weichen für soziale Ungleichheit mit stellen. Um sie analysieren zu können, hat Pierre Bourdieu eine Reihe von Begriffen und Konzepten eingebracht, die Bildungserfolg nicht auf individuelle Begabungen und Intelligenz zurückführen, sondern auf einen sozialen Herstellungsprozess, für den u. a. die Kultur des Herkunftsmilieus, die soziokulturelle pädagogische Kommunikation, die symbolische Gewalt und der Selbstausschluss bedeutsam sind. Damit kommt der Habitus ins Spiel, der sich im

Bildungsgeschehen in unterschiedlichen Mustern von Nachkommen aus älteren Bildungstraditionen einerseits und Neulingen im Feld der Bildung andererseits zeigt. Nach unseren Forschungen in Schule und Hochschule neigen Privilegierte beispielsweise zu einer selbstbewussten Haltung ohne Selbstzweifel, während Bildungsaufsteiger\*innen eher dazu tendieren, sich selbst in Frage zu stellen und an sich zu zweifeln. Die Lernenden kommen nicht als unbeschriebene Blätter in die Institution, sondern sind mit Erfahrungen und einer von Kindesbeinen an erworbenen Alltagskultur ausgestattet, die ihre Bildungsauffassungen, -strategien und -praktiken bestimmen und die mehr oder weniger gut auf die Anforderungen des Bildungssystems abgestimmt sind. Diese Alltagskulturen hat die Milieuforschung für die Gesellschaft im Überblick sowie für die verschiedenen Klassen und Milieus differenziert ermittelt und dabei auch ihre Bedeutung für die Position im Bildungssystem untersucht. Die Forschungen bestätigen die Wirksamkeit der verdeckten Mechanismen sozialer Selektion und machen deutlich, dass zur Auslese verschiedene gesellschaftliche Mechanismen beitragen, durch die soziale Unterschiede in Bildungsunterschiede übersetzt werden, die wiederum zur Reproduktion sozialer Ungleichheit beitragen. Dabei lässt sich für diese Prozesse kein eindeutiger „Strippenzieher“ ausmachen; es sind nicht die Bildungsinstitutionen oder das Bildungssystem, die Lehrpersonen oder die Lernenden alleinige Verursacher\*innen ungleicher Bildungschancen, sie wirken vielmehr in einem komplexen System sozialer Auslese zusammen.

Insgesamt: Die Habitus- und Milieuforschung hilft, die unsichtbaren Mechanismen sozialer Selektion aufzuzeigen. Sie ermöglicht damit auch Lernenden, ihre eigene Position, Hürden und Herausforderungen im Bildungsprozess zu reflektieren und zu erkennen, dass mögliche Zweifel und Misserfolge nicht auf ver-

<sup>1</sup> Das Interview führte Max Reinhardt.



meintlich individuelles Versagen zurückzuführen sind. Dazu kann eine Sensibilisierung für den eigenen Habitus und die Konstellationen im Feld der Bildung beitragen. Da soziale Selektion oftmals unbewusst und unbeabsichtigt geschieht, eignet sich der Erwerb von Habitus-sensibilität auch für Lehrpersonen, um eigene Beiträge zur Reproduktion sozialer Ungleichheit im Bildungssystem zu vergegenwärtigen.

**Spw: Was ist unter Habitus-sensibilisierung zu verstehen und wie kann sie zum Abbau von Bildungsungleichheit (und auch sozialer Ungleichheit) beitragen?**

**A**L-V: Vereinfacht gesagt, meint Habitus-sensibilität eine Art ausgeprägtes Gespür für das Gegenüber. Es geht um die Bereitschaft und Fähigkeit, sich gedanklich an den Ort zu versetzen, den der oder die jeweils anderen in der Gesellschaft einnehmen. Das Konzept der Habitus-sensibilität kommt dem „Verstehen“ nahe, für das Pierre Bourdieu sehr anspruchsvolle Ziele formuliert hat. Er spricht davon, ein „generelles und genetisches Verständnis der Existenz des anderen anzustreben“, das mit „der praktischen und theoretischen Einsicht“ in „Existenzbedingungen“, „Mechanismen“ und „soziale Prägungen“ verbunden ist, „die mit der Position und dem biographischen Werdegang dieser Person im Sozialraum einhergehen.“<sup>2</sup> Diese sehr umfangreichen Anforderungen, mit denen Bourdieu vor allem Forscher\*innen adressiert, lassen sich für viele Menschen in ihrem Beruf und im Alltagsleben kaum einlösen. Theorien sozialer Klassen und Milieus und ihre empirische Erforschung sind für eine fundierte Vorstellung von gesellschaftlicher Ordnung als Instrument der Habitus-sensibilität zwar ebenso wünschenswert wie Kenntnisse der Sozialstrukturanalyse – etwa für Lehrpersonen. Entsprechend umfangreiche Kenntnisse bilden gleichwohl eher eine Idealvorstellung ab und sind auch kein Garant für Habitus-sensibilität, die als Resultat vor allem praktischer Einsichten auch auf weniger akademisch-intellektuellen Wegen erreicht werden kann. Ebenso gibt es sicher viele Men-

schen, die sich habitussensibel verhalten, ohne den Begriff je gehört zu haben. Der Begriff fokussiert die mit der sozialen Zugehörigkeit verbundene Kultur und Lebenswelt.

Im Bildungsgeschehen rückt Habitus-sensibilität häufig die Hürden für diejenigen Gruppen und Milieus in den Blick, deren Alltagskultur und Erfahrungen nur unzureichend auf die Konventionen und Erwartungen der Institution abgestimmt sind. Wer ohne akademische Vorbilder im Elternhaus an die Hochschule kommt, muss eventuell eine Reihe von Anpassungsleistungen erbringen. Unter Umständen stehen die bisherige Lebensweise und zentrale Vorstellungen darüber, was im Leben richtig und erstrebenswert ist, auf dem Prüfstand. Reflexion und Anpassungsprozesse können die Betreffenden durchaus längerfristig beschäftigen und erhebliche Zeit und Mühe verursachen, die für die fachliche Auseinandersetzung im Studium nicht zur Verfügung steht. Woher weiß ich, ob ich die Prüfungsordnung richtig verstanden habe? Wie verhalte ich mich im Gespräch mit Lehrenden? Wie bearbeite ich einen wissenschaftlichen Text? Was mache ich, wenn ich den Text nicht verstehe? Wie entwickle ich eine wissenschaftliche Fragestellung und wie bringe ich sie zu Papier? Wie präsentiere ich mein Referat im Seminar, ohne dabei inkompetent und ungeschickt zu wirken? Habitus-sensibilität bedeutet hier zu verstehen, dass Studierende Orientierungen brauchen, die sie eventuell nicht von Haus aus mitbringen. Dabei ist Verstehen nicht mit Gutheißen zu verwechseln. Es geht um den Nachvollzug von Praktiken oder Haltungen, nicht darum, mit ihnen übereinzustimmen. Wer sich am Seminarbetrieb nicht aktiv beteiligt oder auch häufiger fehlt, muss deshalb nicht faul oder hedonistisch sein. Vielleicht fällt es ihm oder ihr schwer, dem Seminalgeschehen zu folgen, oder es fehlt die Übung in der herrschenden Diskussionskultur, das Vertrauen in die Qualität eigener Beiträge und es fällt schwer, mit der akademischen Sprache zurechtzukommen.

Habitus-sensibilität kann mit der Bereitschaft verbunden sein, das Gegenüber auf seinem oder ihrem Weg aktiv zu unterstützen. Von daher gehen die Ziele der Habitus-sensibilität auch über

<sup>2</sup> Pierre Bourdieu 1997: Verstehen, in: ders. u.a., Das Elend der Welt, Konstanz, S. 786.

das Verstehen hinaus. Die Unterstützung kann dabei vielfältig sein: sie kann bedeuten, Probleme im Zusammenhang mit Arbeitsweisen und fachlichen Fragen im Studium gemeinsam zu analysieren und Pläne zu entwickeln, deren Umsetzung nicht zuletzt eventuell auch Disziplin einübt. Ebenso kann es darum gehen, die eigene Position im Feld der Bildung im Kontext der sozialen Ordnung und ihrer Mechanismen, der eigenen Milieukultur und des Habitus zu thematisieren und gemeinsam zu reflektieren. Diese Sensibilisierung der Studierenden für die Reflexion der eigenen Geschichte folgt emanzipatorischen Zielen, indem sie die Erkenntnis befördert, dass Hürden und Passungsprobleme in erster Linie ein Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und Ordnungsmechanismen und nicht selbstverschuldet sind. Die Hochschule ist historisch für Privilegierte vorgesehen, für diejenigen also, deren Habitus auf Anforderungen und Konventionen im Studium abgestimmt ist.

Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Habitus und die genannten Akkulturationsprozesse im Bildungsbetrieb bedeuten Arbeit an sich selbst. Der Erwerb wissenschaftlich-analytischer Denk- und Arbeitsweisen ist kein mechanischer Vorgang der Anpassung an institutionelle Gepflogenheiten. Es geht um die Aneignung kulturellen Kapitals, das personen-gebunden ist. Unterstützung in diesem Prozess, etwa durch Berater\*innen und Lehrpersonen, bedeutet nicht, den Lernenden etwas abzunehmen. Das ist weder möglich noch mit Habitus-sensibilität intendiert. Ich kann mir vorstellen, dass Skeptiker\*innen eines Konzepts von Habitus-sensibilität die Sorge haben, dass Leistungsansprüche – das sogenannte Niveau – in Bildungseinrichtungen gesenkt werden. Dabei geht es keineswegs darum, Leistungserwartungen abzubauen und für weniger Leistung bessere Noten zu verteilen, weil mehr von Bildungsaufsteiger\*innen nicht verlangt werden kann. Es geht vielmehr darum, einen Prozess zu unterstützen, der das Vertrauen in das eigene Leistungsvermögen und die Kompetenzen stärkt. Daneben kann es durchaus sinnvoll sein zu hinterfragen, was eine Leistung ausmacht und was im Bildungsgeschehen bewertet wird.

### **Spw: Welche Strukturen und Ressourcen können unterstützen, um Bildungsungleichheit abzubauen?**

**A**L-V: Da gibt es für unterschiedliche Bildungsinstitutionen (Familien, Kitas, Schulen, Hochschulen usw.) vermutlich jeweils ganze Kataloge, die institutionelle Hürden, materielle Ausstattungen, bestimmte Lernangebote und vieles mehr im Blick haben. Meine Perspektive zielt hier auf die Zugewandtheit und das Interesse, mit dem Bildungsinstitutionen und ihre Angehörigen den Lernenden begegnen. Für die Hochschulen empfiehlt Ulrich Heublein vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Beratungsanlässe zu schaffen, mit den Studierenden in den Austausch zu gehen und auch die Kommunikation der Studierenden untereinander zu forcieren, um die Integration in die Hochschule und die Identifikation mit dem Fach zu befördern und so auch Studienabbrüchen entgegenzuwirken. Die Ergebnisse unserer eigenen empirischen Studien und auch meine persönlichen Erfahrungen im Studienbetrieb gehen in dieselbe Richtung. Wichtig ist, den Studierenden mit offenem Ohr und offener Tür zu begegnen und auch selbst auf sie zuzugehen, um ins Gespräch zu kommen, das sich nicht zwingend auf Studieneinhalte beschränken muss. Das ist gerade bei Studierenden wichtig, die sich in der Bildung auf eher unsicherem Terrain fühlen und deshalb von sich aus oft eher zurückhaltend und wenig sichtbar sind. So wird signalisiert, dass die Studierenden akzeptiert und am richtigen Ort sind, an dem ihre Gedanken und Beiträge ernst genommen und für wichtig erachtet werden. Das kann Motivation, Leistung und Selbstvertrauen fördern und damit die Voraussetzungen, im Bildungsgeschehen zu bestehen.

Eine entsprechend interessierte Haltung gegenüber den Lernenden muss zwar individuell eingelöst werden, sollte aber nicht der Entscheidung und dem Engagement der einzelnen Lehrpersonen und Mitarbeiter\*innen in Bildungseinrichtungen überlassen sein, wie es praktisch doch üblich ist. Habitus-sensibilität kann die Einzelperson stark belasten und auch das Arbeitspensum bis zur Überlastung steigern. Intensiver Austausch der Studierenden

untereinander und mit den Lehrenden lassen sich teilweise strukturell verankern, etwa durch regelmäßige Beratungsgespräche und kleine Lerngruppen, die über längere Zeiträume an gemeinsamen Projekten arbeiten und deren Zusammenarbeit professionell begleitet wird. Dafür sind unter anderem zeitliche Ressourcen erforderlich (damit finanzielle Ressourcen für Personal), die Lehrende für die Begleitung der Studierenden benötigen, aber auch für die eigene Weiterbildung im Bereich der Habitussensibilität und für den Austausch mit anderen Lehrenden darüber und über die Erfahrungen im Studienalltag. Auch diese Freiräume gehörten idealerweise institutionalisiert, um Habitussensibilisierung zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen und eine Kultur der Zugewandtheit und des gegenseitigen Interesses zu prägen.

**Spw: Welche Erfahrungen hast du mit Habitussensibilisierung gemacht? Und welche Konsequenzen würdest du daraus ziehen?**

**A L-V:** Ich habe ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht, wenn es um die Sensibilisierung für die verschiedenartigen Milieus, ihre Habitusmuster und deren jeweilige Aktualisierung in Bildungsprozessen und -institutionen geht. Ich treffe im Rahmen von Weiterbildungen und anderen Veranstaltungen auf Personen und Gruppen, die sich engagiert und erstaunlich problemlos in andere Menschen, ihre Lebensweisen, Handlungsspielräume und Grenzen hineindenken können. In diesen Gruppen, zu denen erfreulicherweise auch häufiger Lehrpersonen gehören, besteht ein großes Interesse, sich mit der Frage nach möglichen eigenen Beiträgen zur Reproduktion von Ungleichheit auseinanderzusetzen. Genauso gibt es Workshops, in denen es den Teilnehmenden schwerfällt, andere Haltungen und Sichtweisen zu verstehen. Dann wird das Anliegen der Habitussensibilisierung, empirisch ermittelte Klassifikationsschemata sozialer Milieus zu reflektieren, unter Umständen als Beförderung von Schubladendenken abgelehnt. An den Hochschulen erlebe ich unter anderem Unterschiede nach Fachkulturen. Hier muss man sicher auch verstehen, wenn Fachkulturen der Thematik teilweise skeptisch begegnen, deren Alltag von

anderen Inhalten dominiert wird, während meine Kolleg\*innen aus der Habitus- und Milieuforschung und ich eine Art Alltagsgeschäft betreiben.

Insgesamt ist festzuhalten: Zum einen gibt es viel Zuspruch für Habitussensibilität; zum anderen lässt sich Habitussensibilität nicht verordnen. Wer dafür nicht aufgeschlossen und nicht dazu bereit ist, Bildungsinstitutionen, die eigene Rolle darin und sich selbst auch in Frage zu stellen, kann nur schwer überzeugt werden. Die Verschiedenartigkeit der Milieus, die wir erforschen, ist eben auch in unseren Arbeitszusammenhängen real. Eine stärkere Institutionalisierung von Anforderungen an Habitussensibilität würde auf lange Sicht vermutlich zu einem selbstverständlicheren Umgang damit führen.

**Spw: Was kann jede/r einzelne tun, um habitussensibler zu werden?**

**A L-V:** Sich beispielsweise für andere Menschen und Begründungen ihres „So-Seins“ interessieren. Oder sich mit der eigenen (Bildungs-)Geschichte auseinandersetzen: Wie und warum bin ich zu dem geworden, was ich heute bin? Gemeint ist keine nur sich selbst bestätigende Reflexion, die die eigene Position einfach dem Vorhandensein oder Fehlen eigenen Engagements und der eigenen Leistung zuschreibt. Es geht um biographisch im Rahmen einer bestimmten Lebensweise erworbene Maxime und Sichtweisen, Handlungsspielräumen und -grenzen. Was war wichtig im Elternhaus? Welche Rolle spielte Bildung? In welcher Form gab es Förderung und Unterstützung? Welche Überzeugungen und Bewertungsschemata habe ich entwickelt? Wovon grenze ich mich ab usw.? Diese Fragen können helfen, sich selbst zu verstehen und sich auch kritisch mit den eigenen unangenehmen Seiten auseinanderzusetzen. Darüber hinaus gilt es, das Feld des Möglichen auch bei anderen Menschen in den Blick zu nehmen, um ihre Sichtweisen als Ergebnis ihrer alltagskulturellen Präferenzen und damit verbundenen Ressourcen einordnen und nachvollziehen zu können. So kann in Bildungszusammenhängen auch das Verständnis dafür wachsen, dass Akkulturationsbemühungen

von Bildungsaufsteiger\*innen nicht mit einem Schlag erledigt werden können, sondern langfristige Lernprozesse erfordern.

Diese Vorschläge klingen banal, aber tatsächlich haben wir im Alltag oft wenig Gelegenheit zu entsprechender Reflexion, sind nicht entlastet vom Handlungsdruck und reagieren deshalb mit bewährten Schemata und Einschätzungen des Gegenübers, ohne uns die Zeit zu nehmen oder nehmen zu können, sie zu überprüfen. Insgesamt also der Vorschlag: Weniger klassifizieren, mehr nachfragen und zuhören!

**Spw: Was wünschst du dir mit Blick auf den Abbau von Bildungsungleichheit für die Zukunft?**

**A**L-V: Dass die Begleitung und Unterstützung von Lernenden als Zeichen der Stärke von Bildungseinrichtungen verstanden wird und sie entsprechend positive Aufmerksamkeit und stärkere strukturelle Verankerung in den Institutionen erfährt. Vor allem den gehobenen Bildungseinrichtungen liegt eine Marketingstrategie mit entsprechender Offensive (von Ausnahmen abgesehen) fern. Dagegen spricht sicher nicht zuletzt die Befürchtung, damit die vermeintlich falschen Zielgruppen anzusprechen. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich Hochschulen auf die Fahne schrieben: „Wir sind die Hochschule, die Euch konsequent begleitet und unterstützt“ und damit auch – und auch im Sinne von Habitussensibilität – ernst machen. Möglichkeiten, dazu Programme zu entwickeln, hat beispielsweise der Qualitätspakt Lehre geboten. Es ist aber nur sehr begrenzt zur Verstetigung kontinuierlich angelegter Lernbegleitung gekommen. Die Angebote sind in der Regel auch so aufgebaut, dass Studierende eine Unterstützung einfordern müssen. Aus der Hochschulforschung und unseren eigenen Untersuchungen wissen wir, dass dies häufig nicht geschieht. Zu präferieren wären Konzepte, in denen Lernbegleitung, Unterstützung und der Austausch mit Lehrpersonen und Lernenden über Lernprozesse und -fortschritte selbstverständlicher Bestandteil des Studiums würde. Das ist sicher auch eine Ressourcenfrage, aber nicht nur, Ressourcen hängen mit Prioritäten zusammen, die in erster Linie mit Blick auf eine

herrschende oder angestrebte Kultur gesetzt werden: Worauf kommt es in der Bildung und auch in der Gesellschaft an?

Lernbegleitung und Leistungsorientierung, Unterstützungsleistung und Fachkompetenz werden tendenziell eher als Gegensätze gehandelt, bilden aber per se keinen Widerspruch und sind vereinbar. Eine habitussensible Begleitung in Lernprozessen ermöglicht auch denjenigen, die sich in der Bildung zuhause fühlen und gut zurecht kommen, Selbstvergewisserung und Reflexion des eigenen Tuns und eigener Überzeugungen und befördert damit Horzontweiterungen und den Blick für die Perspektiven anderer. Nicht nur Bildungsaufsteiger\*innen, die Orientierung und Unterstützung benötigen, die im Feld der Bildung Anpassungsleistungen erbringen müssen und von daher stärker zur Reflexion gefordert sind, kann das Nachdenken über die eigene Geschichte, über gesellschaftliche Mechanismen und Einteilungen helfen, die Gesellschaft und die eigene Position darin besser zu verstehen. ■

# Die aktuelle Zahl **2.839**

von Michael Reschke<sup>1</sup>

**2.839** Menschen starben im Juli 2022 infolge einer Covid-19-Erkrankung. Das Robert Koch-Institut (RKI) ruft in Erinnerung, dass die Pandemie noch nicht vorbei ist. Stimmt, da war ja was. Und der Herbst steht erst noch bevor.

Der Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 gegen die Ukraine als Staat und Nation sowie das westliche Modell der liberalen Demokratie insgesamt beendete vieles, aber nicht die Pandemie und das Ringen um ihre angemessene Bewältigung. Sie bestimmt nicht mehr unsere Alltagswahrnehmung und das tägliche „Doomscrolling“ in den diversen social media-Kanälen. Der Krieg, Energieunsicherheit, Gaskrise und Inflation haben sie verdrängt. Hin und wieder schiebt sich auch der Klimawandel mit Dürren, ausgetrockneten Flussbetten und Waldbränden ins Bild. Die soziale Frage hat es allerdings weiterhin schwer, gewinnt aber Aufmerksamkeit angesichts der explodierenden Versorgungskosten beim Gas.

Die Pandemie aber ist kurz davor, von dem gesellschaftlichen Spaltungsthema zu einer drängenden Problemstellung in einem einzelnen Politikfeld zu schrumpfen. Und das kann man nicht nur an der Verbindlichkeit des scheinbar letzten „Relikts“ der mehr als zweijährigen Ausnahmesituation Pandemie ablesen: der Maskenpflicht im ÖPNV. Normalisierung, das „neue Normal“ heißt die neue Chiffre.

Und ja, einiges an Schrecken hat Covid-19 trotz all seiner Varianten eingeblüht, vor allem Dank erfolgreicher gesellschaftlicher Anstrengungen wie den Massenimpfungen, Solidarität, Rücksichtnahme und Disziplin und - auch aktuell ja wieder in vieler Munde - Aufopferungsbereitschaft unserer Mitmenschen insbesondere im Gesundheitssektor. Und wenn man den Juli 2020 und den Juli 2022 betrachtet, ist das Bild doch beruhigend: Wir verzeichneten zwar

180-mal so viele Neuinfektionen, aber lediglich 20-mal so viele Tote - „lediglich“. Das beschriebene Verhältnis beruhigt, die absoluten Zahlen aufgrund der Masse an Infektionen allerdings nicht. Und ja, hätten wir noch die Quote wie im Juli 2020, würden wir nicht von 2.839 Toten, sondern von unvorstellbaren 24.460 Toten nur im Monat Juli 2022 sprechen. Aber das hilft den 2.839 Menschen und ihren Angehörigen auch nicht.

Es soll an dieser Stelle nicht darum gehen, ein neues Aktionsprogramm zur Bekämpfung der nächsten Welle zu skizzieren, obwohl das auch notwendig wäre. Es soll auch nicht um Medienschelte gehen, nach dem Motto der „Hype-Train“ habe sich eben das nächste Aufregetherema gesucht. Nein, im Gegenteil. Einen aufbauscheidenden medialen Zirkus rund um Pandemie, Krieg und Frieden und Klimawandel würde man sich ja fast wünschen. Es ist das schlimmere Szenario eingetreten: die genannten Krisen haben alle Substanz.

Wir haben verschiedene existenzbedrohende Krisen, die auch noch miteinander verwoben sind. Unsere Aufmerksamkeit giert nicht nach der situativ besseren Unterhaltung und fokussiert sich daher lediglich auf einen Themenkomplex. Unsere kognitiven und zivilisatorischen Möglichkeiten, all diese auf unterschiedliche Art und Weise existenzbedrohenden Gefahren, Dynamiken und Implikationen verstehen, beurteilen, bearbeiten und priorisieren zu können, sind vielmehr bis zum Bersten gespannt. Überforderung, Unruhe und Stress, Zweifel an Selbstwirksamkeit, teils Fatalismus und Ignoranz (teils sicher auch als Selbstschutz) greifen in den Menschen und in den gesellschaftlichen Institutionen um sich.

Zu sagen, das „neue Normal“ sei die ständige Krise, wäre wenig originell. Das „neue Normal“ ist womöglich eher die alltägliche Konfrontation mit dem Scheitern - und zwar nicht nur dem persönlichen, sondern dem existenziellen, zivilisatorischen Scheitern. ■

<sup>1</sup> Michael Reschke ist Politikwissenschaftler, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Berlin.

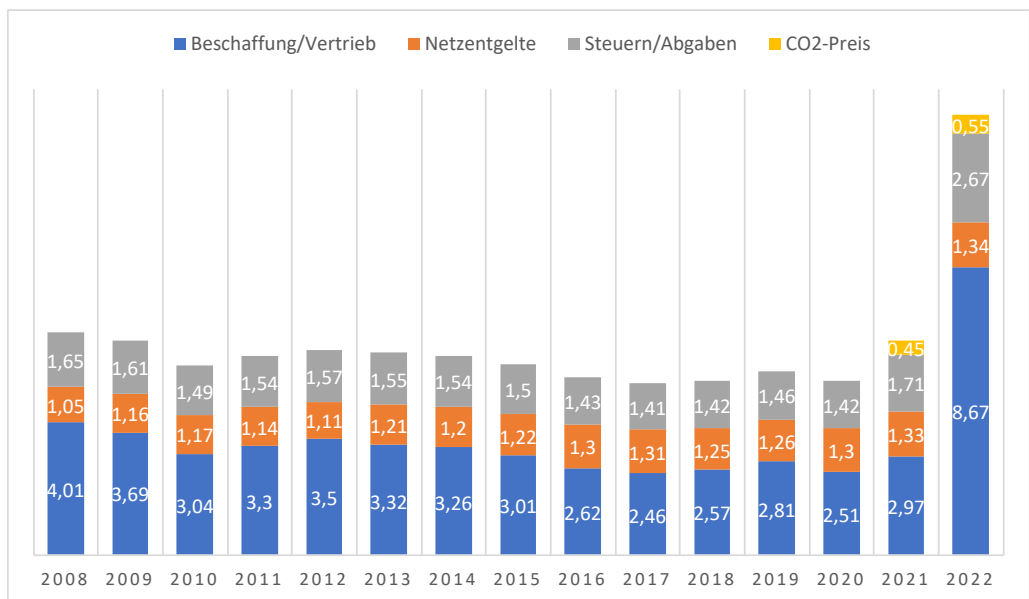
# Die Gasumlage

von Arne Heise<sup>1</sup>

Energiepolitik gleicht der Quadratur des Kreises: Von besonderer Bedeutung sind Versorgungssicherheit und die Umweltbilanz. Zusätzlich spielen aber auch ästhetische und physiologische, vor allem aber natürlich auch ökonomische Aspekte eine Rolle: Nach Möglichkeit also sollte die Energie unbeschränkt und kostengünstig zur Verfügung stehen, die Umwelt nicht belasten, „heimisch“ sein, um Abhängigkeiten zu vermeiden und natürlich auch in ethischer Sicht verträglich sein. Stein- und Braunkohle haben eine inakzeptable Umweltbilanz, sind unter ökonomischen Ge-

zeigen eine unschlagbare Umweltbilanz und tragen sich mit verbesserten Technologien und zunehmender Knappheit der nicht-regenerativen Rohstoffe auch ökonomisch immer besser. Aber die flächendeckende Verfügbarkeit und dauerhafte Versorgungssicherheit bereitet noch Probleme, zumal Stromtrassen und „Windspargel“ zumindest jene stören und vermeintlich krank machen („nicht vor meiner Haustür“), die direkt damit konfrontiert sind. Atomenergie ist das rote Tuch der Umweltbewegung und ihrer politischen Vertretung, weil die Produktion mit zwar geringen, im Zweifel

**Abbildung: Gaspreisentwicklung in Cent/KWh (Zusammensetzung für Haushalte in Mehrfamilienhäusern)**



Quelle: BDEW, Stand: April 2022

sichtspunkten kaum zu rechtfertigen, haben aber in der Vergangenheit hunderttausende Arbeitsplätze geschaffen und waren „heimisch“. Regenerative Sonnen-, Wasser- und Windenergie bauen keine Abhängigkeiten auf,

aber nicht kontrollierbaren Risiken behaftet und, insbesondere, da die Endlagerung keinesfalls geklärt ist – da wiegt dann auch die positive Öko-Bilanz und die relativ geringe Abhängigkeit bei größerer regionaler Verteilung des Ursprungsstoffes Uran wenig.

<sup>1</sup> Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Erdgas erschien da der deutschen Energiepolitik in der Vergangenheit ein gangbarer Mittelweg: geringe Umweltbelastung, hohe Wirtschaftlichkeit, keine weiteren ästhetischen Einschränkungen. Die Produktion heimischen Erdgases krankt allerdings daran, dass das in Deutschland in weiten Teilen notwendige Fracking-Förderverfahren wegen der damit verbundenen Umweltrisiken abgelehnt wird und somit überwiegend auf ausländisches Erdgas zurückgegriffen werden muss. Spätestens mit dem Georgien-Krieg 2008 und der Krim-Annektion 2015 hätte aus Gründen der Versorgungssicherheit die hohe Abhängigkeit Deutschlands von Gas-Importen aus Russland kritisch hinterfragt und sicher auch zurückgeführt werden müssen. Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen: Mit Beginn des Ukraine-Krieges ist der Gasbeschaffungspreis von ca. 2,90 Cent pro Kilowattstunde auf ca. 10 Cent pro Kilowattstunde förmlich explodiert. Da auch die CO<sub>2</sub>-Umlage in 2022 gestiegen ist, hat sich der Verbraucherpreis immerhin verdoppelt (vgl. Abb.). Die weitere Entwicklung ist unmöglich klar zu prognostizieren, denn die gegenwärtigen Preise spiegeln nicht nur tatsächliche – insbesondere durch die russische Staatsführung veranlasste – Knappheiten wider, sondern auch Erwartungen über die künftigen Liefermengen. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Erwartungen den totalen Gaslieferstopp aus Russland bereits eingepreist haben.

Grundsätzlich betrifft diese Preissteigerung allerdings erst einmal nur so genannte Neukunden. Wer also jetzt einen neuen Liefervertrag abschließt, muss die gegenwärtig verlangten, hohen Energiepreise bezahlen. Sogenannte Alt- bzw. Bestandskunden mit langfristigen Lieferverträgen könnten darauf pochen, die alten, viel niedrigeren Preise weiterhin in Rechnung gestellt zu bekommen. Dies würde aber die wirtschaftlichen Risiken stark volatiler Gaspreise allein den Gasversorgern anlasten und Preise für die Endverbraucher fixieren, die nicht den tatsächlichen Knappheiten entsprechen und somit falsche Verhaltenssignale senden. Deshalb hat das Energiesicherungsgesetz geregelt, dass unter bestimmten Umständen die gestiegenen

Produzentenpreise in gewisser Form an die Endverbraucher – auch Bestandskunden – weitergegeben werden dürfen. Dazu muss allerdings die Alarm- und die Notfallstufe des Notfallplans Gas ausgerufen worden sein und die Bundesnetzagentur muss bestätigt haben, dass wir es mit einer erheblichen Reduktion der Gasimportlage nach Deutschland zu tun haben. Dies ist mittlerweile geschehen und die notwendige Gaspreisanpassungsverordnung ist von der Bundesregierung beschlossen worden, sie soll zum 1. Oktober 2022 umgesetzt werden und zunächst bis 1. April 2024 gelten.

Danach können die Gasversorger nun 90 Prozent der Zusatzkosten, die durch die Beschaffung von Gas zu höheren als den vertraglich mit den russischen Lieferanten geregelten Preisen entstehen, an die Kunden in Form einer Gasumlage weitergeben. Damit dies nicht dazu führt, dass Kunden von Gaslieferanten, die ganz oder überwiegend auf Lieferungen aus Russland gesetzt hatten, nun deutlich höher zur Kasse gebeten werden als jene Kunden, deren Gaslieferer stärker diversifiziert hatten und die nun weniger stark von den Lieferreduktionen aus Russland betroffen sind, wird ein von den Gasversorgern gegründetes Unternehmen (THE - Trading Hub Europe) die Gesamtzusatzkosten ermitteln und sie dann auf den Verbrauch pro Kilowattstunde für alle Endverbraucher einmal pro Vierteljahr herunter berechnen. Die THE hat nun am 15. August eine Umlage von 2,419 Cent pro Kilowattstunde berechnet.

Die Mehrbelastungen von 2,419 Cent pro Kilowattstunde treffen die Verbraucher natürlich nach Leistung bzw. Energiebedarf unterschiedlich. Bei einem geschätzten Gasverbrauch von ca. 135 Kilowattstunden pro Quadratmeter Wohnfläche im Jahr bedeutet dies Mehrkosten von ca. 3,27 Euro pro Quadratmeter im Jahr, also für eine 50 Quadratmeter große Wohnung ca. 163,50 Euro pro Jahr oder ca. 13,60 Euro pro Monat. Bei einem 150 Quadratmeter-Einfamilienhaus würde die Zusatzbelastung auf mindestens 490,50 Euro pro Jahr oder 40,90 Euro pro Monat steigen – all dies kommt natürlich zu den eh gestiegenen allgemeinen Kosten hinzu.

Stromversorger sind Unternehmen, die das wirtschaftliche Risiko ihrer Tätigkeit grundsätzlich tragen müssen. In Zeiten unvorhersehbarer Risiken muss den Unternehmen aber auch ermöglicht werden, mittelfristig am Markt tätig bleiben zu können – im Falle der Energieversorgung ist dies nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Verbraucher essentiell. Deshalb erscheint die Gasumlage nach dem Energiesicherungsgesetz unverzichtbar. Andererseits ist gleichermaßen klar, dass die Endverbraucher nicht mit den Mehrkosten alleingelassen werden können, wie sie auch keine vollständige Kompensation erwarten können – schließlich hat sich die Knappheitslage objektiv verändert, was eine preisgesteuerte Konsumentenreaktion erforderlich

macht. Gerade auch mit Blick auf Energieverbrauchsreduktionsziele sind deshalb Überlegungen, die Endverbraucherpreise durch temporären Verzicht auf den CO<sub>2</sub>-Preis oder die Mehrwertsteuer (zumindest für die Gasumlage) etwas zu entlasten, ebenso kontraproduktiv wie Forderungen nach einem Gaspreisdeckel. Statt so alle Verbraucher gleich zu entlasten, wäre es besser, sozial gestaffelte Entlastungspakete zu schnüren (die selbstverständlich aus den CO<sub>2</sub>-Preis- und Mehrwertsteuermehreinnahmen finanziert werden können) – dies wäre nicht nur sozial gerechter, sondern könnte auch den negativen Wachstumseffekt, der von steigenden Energiepreisen ausgeht, zumindest teilweise auffangen. ■




**VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**

Joscha Metzger  
**Genossenschaften und die Wohnungsfrage**  
 Konflikte im Feld der Sozialen Wohnungswirtschaft

(Raumproduktionen: Theorie & gesellschaftliche Praxis 38)  
 2021 – 310 Seiten – 30 € – ISBN 978-3-89691-068-4  
 Für Bibliotheken als Ebook-Campuslizenz:  
 ISBN 978-3-98634-110-7

Elmar Altwater  
**Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen**  
 Eine radikale Kapitalismuskritik

2022 – 240 Seiten – 25 € – ISBN 978-3-89691-627-3  
 „nichts weniger als eine Revolutionstheorie für das 21. Jahrhundert“ Mathias Greffrath in: *Die Zeit*

**9. Auflage**

[WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE](http://WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE)





# Die extreme Rechte bei den Betriebsratswahlen 2022

von Mark Haarfeldt und Tim Ackermann<sup>1</sup>

Zwischen März und Mai 2022 fanden bundesweit die Betriebsratswahlen statt. Ein zentraler Moment für Millionen abhängig Beschäftigter in Betrieben, in denen Betriebsräte als Interessenvertretungen agieren. Immerhin gehören die Betriebsratswahlen in Deutschland zu den Wahlen mit der höchsten Wahlbeteiligung. Auch wenn es die Demokratie hinter den Werkstoren nur noch in ca. zehn Prozent aller Betriebe gibt, werden immerhin etwa 40 Prozent aller Beschäftigten von Betriebsräten vertreten.<sup>2</sup> Seit etwas mehr als einem Jahrzehnt sind die Gewerkschaften des DGB und ihre Betriebsräte jedoch mit einem Angriff von Rechts auf die zentralen gewerkschaftlichen Machtbasen konfrontiert. Der extrem rechte Verein „Zentrum Automobil“ (ZA)<sup>3</sup> – der sich heute nur noch „Zentrum“ nennt – gründete sich 2009 im Daimlerwerk Untertürkheim und schaffte 2010 den Einzug in das Betriebsratsgremium. Bei den Betriebsratswahlen 2018 hatte er im Bündnis mit anderen extrem rechten und neurechten Akteuren – unter anderem der Zeitschrift „Compact“, der „Identitären Bewegung“, Pegida, dem „Institut für Staatspolitik“, dem Verein „Ein Prozent“ und Teilen der AfD – mit relativ hohem organisatorischen und finanziellen Aufwand die Kampagne „Werde

Betriebsrat“ durchgeführt, die von umfangreichem und professionell aufgemachtem Kampagnenmaterial begleitet wurde. In diesem Rahmen gelang ihm auch der Einzug in andere Betriebsratsgremien der Automobilbranche sowie vereinzelt auch bei Zulieferbetrieben und in der Metall- und Elektroindustrie. Insgesamt konnte ZA bei diesen Wahlen 20 Betriebsratsmandate in acht Betrieben gewinnen. Auch wenn das Ergebnis quantitativ äußerst überschaubar geblieben ist, so konnte ZA dennoch die Zahl der extrem rechten Betriebsräte erhöhen und damit „Brückenköpfe“ in den Betrieben bilden.

Damit hat sich ZA ein Terrain erschlossen, das von der Neuen und extremen Rechten bis dahin kaum beachtet wurde. Teile der Neuen Rechten streben eine strategischen „Vorfeldpolitik“ an und wollen über neurechte Organisationen in allen Bereichen der Gesellschaft präsent sein, um so ihre Ideologie alltagsweltlich im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Dieser Ansatz zielt darauf ab, eine hegemoniale Position in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und damit eine machtpolitische Verschiebung der gesellschaftlichen wie politischen Verhältnisse zu erreichen. Geht es nach den Vorstellungen von Jürgen Elsässer oder Björn Höcke kann diese Funktion in den Betrieben und der Arbeitswelt eben nur von ZA eingenommen werden: ZA soll gegen die „linken Gewerkschaften des DGB“ vorgehen und über Betriebsratsmandate eine soziale Basis der Neuen Rechten in Betrieben aufbauen. Auch wenn der Verein nur wenige hundert Mitglieder hat, nimmt er damit eine Schlüsselfunktion im Ensemble der neurechten Organisationen ein.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die seit Jahren zu beobachtende überdurchschnittliche Zustimmung zur AfD von einerseits organisierten Gewerkschafter\*innen und andererseits Arbeiter\*innen sowie Angestellten bei

1 Tim Ackermann, M.A., ist Soziologe, arbeitet als Bildungsreferent für das DGB Bildungswerk NRW e. V. und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). In den letzten Jahren hat er sich insbesondere mit den Themen Wirtschafts- und Sozialpolitik von Rechts, Gewerkschaften und extreme Rechte, Antisemitismus der Neuen Rechten, Sozialpopulismus von Rechts und völkische Kapitalismuskritik sowie der Identitären Bewegung auseinandergesetzt.

Dr. Mark Haarfeldt ist Historiker. Er ist Bildungsreferent beim DGB Bildungswerk e. V. sowie ehrenamtlich wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Seine Schwerpunkte sind neurechte Organisationen und Strukturen, Neonazismus, Fußballkultur.

2 Leider war das Betriebsrätemodernisierungsgesetz von 2021 – die ursprüngliche Bezeichnung Betriebsrätestärkungsgesetz ist im Laufe des Novellierungsprozesses realitätsgerechterweise wieder verschwunden – kein großer Wurf hin zur Demokratisierung der Arbeitswelt oder auch nur zur Förderung der Etablierung von neuen Betriebsratsgremien gewesen. Eine erneute, umfassendere Reform der Betriebsverfassung mit real wirksamen Regelungen zur Stärkung der Mitbestimmung steht nach wie vor aus.

3 „Zentrum Automobil“ bezeichnet sich selbst gerne als „Alternative Gewerkschaft“. Allerdings fehlt dem Verein jegliche Voraussetzung für eine gewerkschaftliche Organisation und von der grundlegenden Anforderung der Tariffähigkeit ist sie mangels Größe weit entfernt.

Wahlen.<sup>4</sup> Die Wahlerfolge in diesen Milieus führten zu einem Bedeutungszuwachs der sozialen Frage innerhalb der AfD. Insbesondere Björn Höcke und die offen völkisch-nationalistischen Teile der AfD forcieren eine sozialpopulistische Demagogie und präsentieren sich verbal als „Anwalt der Arbeiter und Sozial-Schwachen“, um abhängige Beschäftigte sowie Prekarisierte anzusprechen und für die AfD zu gewinnen. Die Agitation erfolgt mit einer rechten sozialpopulistischen Demagogie sowie einem völkischen, antisemitisch codierten „Antikapitalismus“, die sich gegen Gewerkschaften, Kapital und Globalisierung richten. Dabei stellen die Gewerkschaften des DGB den zentralen Gegner dar.

### Anknüpfungspunkte im Bewusstsein der Arbeiter\*innen

Die sozialpopulistische Demagogie der völkisch-nationalistischen Rechten kann durchaus an spezifische Anknüpfungspunkte im Bewusstsein der Arbeiter\*innen andocken. Diesen liegen einerseits umfassende ökonomisch-soziale und kulturelle Veränderungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte zugrunde. Andererseits basiert die gefühlte Plausibilität der extrem rechten Rhetorik und Programmatik auf bereits vorhandenen rassistischen, nationalistischen und anderen menschenverachtenden Einstellungsmustern.

Der globale Siegeszug des Kapitalismus und die damit einhergehenden kapitalistischen Landnahmen nach der gewonnenen Systemauseinandersetzung 1989 haben auch in Deutschland zu umfangreichen neoliberalen Reformen des Sozialstaats und zu einem Abbau von dessen Schutzfunktionen für abhängig Beschäftigte und Arbeitslose geführt. Damit, sowie mit der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes einhergehend, verschob sich die Verteilung der ge-

schaffenen Werte zwischen Arbeit und Kapital: Während die Lohnquote sank, stieg die Profitquote entsprechend (vgl. Bontrup 2000, S. 408 ff., DGB 2018, S. 14 ff.), so dass die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend weiter auseinander ging. Mit diesen sozioökonomischen Umbrüchen waren auch Kulturkämpfe verbunden. Die „fortgesetzte Entfesselung eines auch gesellschaftspolitisch, in Fragen der Herkunft zudem farbenblinden Kapitalismus, der zuvor durch ethnische Schranken blockiert wurde“ (Gebhard 2018, S. 53), trug zu einer gesellschaftspolitischen Liberalisierung bei, in dessen Zuge Frauen und gesellschaftliche Minderheiten eine zunehmende rechtliche Gleichstellung wie gesellschaftliche Sichtbarkeit durchsetzen konnten (vgl. El-Mafaalani 2018). Diese Aufwertungen sowie die mit ihnen einhergehenden Werteverchiebungen haben auch eine gefühlte Abwertung traditioneller Lebensstile, wie sie in den Arbeiter\*innenmilieus verbreitet sind, bedingt (vgl. Urban 2018, S. 105 f.). Diese Entwicklungen vollzogen sich vor dem Hintergrund relativ stabil bleibender menschenverachtender Einstellungen in der Gesamtgesellschaft (vgl. Heitmeyer 2018).

Auch die konkrete Situation in den Betrieben eröffnet spezifische Zugänge abhängig Beschäftigter zu einer sozialpopulistisch agierenden extremen Rechten. So spielt die Sorge um die Gestaltbarkeit der eigenen Erwerbsbiographie in der Zukunft und die damit einhergehenden Kontrollverlustängste eine wichtige Rolle bei der Wahl rechter Parteien (vgl. Hilmer u. a. 2017). Auch die permanente Reorganisation in den Unternehmen, der dadurch steigende Zeit- und Leistungsdruck sowie die damit einhergehenden Anpassungsleistungen der Beschäftigten können über den gefühlten Kontrollverlust über die eigenen Arbeitsbedingungen sowie der schleichenden Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu einem „betrieblichen Nährboden“ für die Hinwendung zu einem völkisch-autoritären Populismus führen (vgl. Sauer u. a. 2018). Insgesamt ist feststellbar, dass „Sichtbare Verschlechterungen in der Arbeitswelt, Zumutung und Ohnmachterfahrungen, die Enteignung von Sozialeigentum (wie stabilisierender wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen) und

<sup>4</sup> So haben bspw. bei der Bundestagswahl 2021 insgesamt 10,3 Prozent der Wahlberechtigten und 12,2 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder – neben Mitgliedern der Gewerkschaften des DGB sind hier auch Mitglieder bspw. des Beamtensbundes enthalten – die AfD gewählt (vgl. DGB 2021). Bei den wählenden Arbeiter\*innen haben sogar 21 Prozent ihre Stimme der AfD gegeben (vgl. Tagesschau 2021a). Allerdings ist hier ein starker Männerübergang zu vermuten: Nur 8 Prozent der Frauen insgesamt hatten eine Präferenz für die AfD (vgl. Tagesschau 2021b).

die mutwillige Zerstörung identitätsstiftender Institutionensysteme wie das Normalarbeitsverhältnis (statt dessen Ausweitung auf alle Beschäftigungsgruppen) [...] unseren Ergebnissen zufolge einen zentralen Rahmen für das Erstarken rechtspopulistischer Organisationen“ (Brinkmann u. a. 2020, S. 166) darstellen.

Die in den verschiedenen Studien festgestellte arbeitsweltliche Gemengelage und die damit einhergehenden Gefühle von Ohnmacht und Wut können Formen exklusiver, ausschließender Solidarität begünstigen. Dies kann von der extremen Rechten über die völkische Besetzung der sozialen Frage und ihrer Umdeutung in einen Verteilungskampf zwischen „Innen“ und „Außen“ aufgegriffen werden. Dabei scheint insbesondere der Repräsentations- und Einflussverlust der Gewerkschaften des DGB eine wichtige Rolle zu spielen. So werden „zumindest Teile der Beherrschten für Interpretationen der sozialen Frage, die Gegensätze von oben und unten in Konflikte zwischen innen und außen, zwischen Migranten und einem als kulturell homogen vorgestellten deutschen Volk umdeuten“ (Dörre 2018, S. 51) umso empfänglicher, je „geringer die Aussichten der von Löhnen abhängigen Klassen sind, in den gesellschaftlichen Verteilungskämpfen eigene Gerechtigkeitsvorstellungen durchzusetzen“ (ebd.). Die Hinwendung nach Rechts sei somit auch „eine Reaktion auf eine gesellschaftliche Konstellation, die hier als Tendenz zu einer demobilisierten Klassengesellschaft bezeichnet wird. Klassenspezifische Ungleichheiten nehmen zu oder treten subjektiv in den Vordergrund, doch Organisationen und Bewegungen, die an der Konfliktachse von Kapital und Arbeit operieren, sind, an Organisations- und Diskursmacht gemessen, so schwach wie selten zuvor“ (Dörre 2020, S. 24).

Eine Betrachtung des spezifischen sozioökonomischen Kontextes der Hinwendung abhängig Beschäftigter zu extrem rechten und autoritären Deutungsmustern bleibt ohne die Hinzuziehung der in der Gesellschaft vorhandenen menschenfeindlichen Einstellungsmuster dennoch unvollständig. Sie bilden die Grundlage für exklusive und

autoritäre Lösungsstrategien sowie den Erfolg der nationalistischen Anrufungen. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Ergebnis, dass „AfD-Unterstützer sich außer in ihren Einstellungen zu Flüchtlingen kaum von anderen Deutschen unterscheiden“ (Schröder 2018, S. 14). Auch bei Personen, die als „Modernisierungsverlierer“ gelten können, sei die Frage der „Ausländerfeindlichkeit“ entscheidend für die Zustimmung oder Ablehnung der AfD (vgl. ebd., S. 16 f.). Rassistische Einstellungsmuster behalten somit als Voraussetzung für die Akzeptanz extrem rechter Deutungen gesellschaftlicher Verhältnisse Relevanz und können nicht von sozial- und arbeitspolitischen Fragen separiert werden.

Im Kontext der ökonomischen Verschlechterungen für abhängig Beschäftigte und der soziokulturellen Veränderungsprozesse kann die Hinwendung von Arbeiter\*innen zur AfD als „Bewegung polanyischen Typs“, als Teil der „Doppelbewegung“ kapitalistischer Landnahmen in einer Gesellschaft sowie der gesellschaftlichen Gegenbewegungen dazu begriffen werden (vgl. Bieling 2017). Polanyi zufolge führt die kapitalistische Entwicklung dazu, dass „die menschliche Gesellschaft zu einem Beiwerk des Wirtschaftssystems“ (Polanyi 2017, S. 111) herabsinkt. Allerdings könnte „keine Gesellschaft [...] die Auswirkungen eines derartigen Systems grober Fiktionen auch nur kurze Zeit ertragen, wenn ihre menschliche und natürliche Substanz sowie ihre Wirtschaftsstruktur gegen das Wüten dieses teuflischen Mechanismus nicht geschützt würden“ (Polanyi 2017, S. 109). Diese Prozesse der kapitalistischen Landnahmen in einer Gesellschaft, also der marktförmigen Organisation quasi aller gesellschaftlichen Bereiche, rufen jedoch auch „Gegenbewegungen“ (ebd., S. 182 f.) hervor. Im Gegensatz zu Bewegungen marxischen Typs bzw. Klassenbewegungen, deren Organisation auf Basis klassenspezifischer Interessen und anhand der Zugehörigkeit zu einer Klasse erfolgt, streben Bewegungen polanyischen Typs danach, „klassenunspezifische Grenzen abzustecken, auf deren Basis sie beanspruchen können, vor dem Mahlstrom [des Marktes, d. V.] geschützt zu werden“ (Sil-

ver 2005, S. 41). Im konkreten Fall werden diese „klassenunspezifischen Grenzen“ eben im Rahmen der als eigen begriffenen Nation gesucht, die auf Basis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk Schutz vor den Auswirkungen einer globalisierten kapitalistischen Ökonomie und migrantischer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bieten soll und die mit Abwertungen sowie Ausgrenzungen einhergehen. Diese Betrachtungsweise „lenkt die Aufmerksamkeit auf die durch die marktliberale Restrukturierung von Ökonomie und Gesellschaft hervorgerufenen sozialen und kulturellen Unsicherheiten und Erfahrungen von Ungerechtigkeit und Missachtung“ (Bieling 2017, S. 564).

Dennoch kann von einer Arbeiter\*innenbewegung von Rechts nicht ansatzweise gesprochen werden. Zum einen bilden Arbeiter\*innen, Angestellte und Arbeitslose eben nur einen nicht zu überschätzenden Teil der Basis der AfD – deren Interessenlagen in Programmatik und politischem Handeln der Partei zudem nicht einmal real aufgegriffen werden – und auch die massenhafte Hinwendung der Arbeiter\*innen zu ZA lässt nach wie vor auf sich warten. Zum anderen erfolgt die Formierung eben gerade nicht über die Kategorie des Arbeiters bzw. der lohnabhängig Beschäftigten und ihrer spezifischen Interessenlagen. Dementsprechend stehen diese Interessen und Forderungen zu ihrer Lösung auch nicht im Mittelpunkt – selbst bei ZA findet sich nur verschwörungstheoretisches Geräu- und Hetze, während man Themen wie die Durchsetzung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen, Begrenzung und Verringerung der Arbeitszeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, soziale Absicherungen und Stärkung des Sozialstaats, Ausweitung der Mitbestimmung u. ä. vergeblich sucht. Im Gegensatz zur historischen Arbeiter\*innenbewegung, die die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse durch Revolution oder Reform anstrebte und sich in ihrer politischen Arbeit erfolgreich um die konkrete Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten bemüht, bewegt sich die völkisch-autoritäre Formierung im Rahmen einer konformen Rebellion, die auf Basis konservativer bis reaktionärer Werte sowie im Rückgriff auf rassis-

tische, nationalistische und antifeministische Einstellungen die Verteidigung bis Radikalisierung der bestehenden Verhältnisse anstrebt.

### Verschwörungserzählungen im Betrieb

Seit den BR-Wahlen 2018 bemüht sich ZA in den Betrieben, in denen eine Verankerung in den Betriebsratsgremien erreicht werden konnte, darum, eine „Kümmerer-Politik“ (vgl. Schäfer u. a. 2020 und Express 2018) nach dem Vorbild ihrer Tätigkeit in dem Daimler-Werk in Untertürkheim zu etablieren. Öffentlich hingegen ist jedoch weiterhin fast ausschließlich Oliver Hilburger<sup>5</sup> und die Betriebsratsarbeit in Daimler-Werk in Untertürkheim ansatzweise wahrnehmbar. Hierbei ist insbesondere das von ZA produzierte, reißerisch aufgemachte Doku-Drama „Der Vertrauensmann“ zu erwähnen. Anlässlich der Kündigung zweier Beschäftigter von Daimler-Untertürkheim aufgrund anhaltender rassistischer Beleidigungen eines Kollegen mit Migrationshintergrund, versuchte ZA die beiden wahrheitswidrig als Opfer einer Verschwörung der IG Metall darzustellen.<sup>6</sup> Des Weiteren wird sich insbesondere über Imagevideos darum bemüht, ihrer Markierung als „extrem rechts“ durch die offensive Darstellung von Diversität entgegenzutreten. Dabei ist zum einen zu beachten, dass in den multikulturell geprägten Belegschaften der Automobilindustrie mit offenem Rassismus kaum Stimmen zu gewinnen sind, zum anderen, dass es durchaus auch rechte sowie extrem rechte migrantisches Milieus gibt, die in das betriebspolitische Projekt von ZA eingebunden werden können.

Daneben richtet sich ihre betriebliche Agitation nach den großen Themen der extremen Rechten außerhalb des Betriebs. So war

5 Oliver Hilburger ist Gründungsmitglied und erstes Betriebsratsmitglied des Vereins „Zentrum Automobil“. Zuvor war das „Urgestein der rechten Szene“ (Stuttgarter Zeitung) Gründungsmitglied und fast 20 Jahre Gitarrist der 2010 aufgelösten neonazistischen Band „Noie Werte“ (zu Hilburger vgl. Almendinger/ Haarfeldt 2020). Seinen Beitrittsantrag hatte die AfD 2015 abgelehnt, da er der Partei zu weit rechts stand. Und damit ist er bei ZA nicht alleine. Das bisherige Betriebsratsgremium des Daimler-Werkes in Untertürkheim hielt in einer Stellungnahme vor den Betriebsratswahlen 2018 fest, dass „fast der komplette Zentrum-Vorstand“ aus Personen besteht, die „sich in der Vergangenheit rechtsextremistisch oder neonazistisch betätigt haben sollen“ (Betriebsrat Daimler-Werk Untertürkheim 2018).

6 Die beiden Kündigungen sind mittlerweile arbeitsgerichtlich bestätigt worden.

in den Jahren 2015 und folgend ihr großes Thema die Hetze gegen die Zuwanderung geflüchteter Menschen. Ab dem Jahr 2019 griff ZA im Kontext des anstehenden klimagerechten Umbaus der deutschen (Automobil-)Industrie die herrschende Klimapolitik sowie die angestrebte Mobilitätswende an. Und seit 2020 hat ZA versucht, die Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie aufzugreifen.

Insbesondere die Leugnung der Gefahren der COVID-19-Pandemie und der Kampf gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sollte ZA die Ausweitung des eigenen Organisationsbereichs in andere Branchen ermöglichen. Mit dem Engagement im „Streikbündnis Deutschland gegen die Impfpflicht“ erhoffte man sich die Gründung von „Zentrums“-Betriebsrats-Listen auch im Gesundheits- und Pflegesektor. Dazu ging man ein Bündnis mit dem Magazin „Compact“, den „Freien Sachsen“, dem Blog „political incorrect“ und der Zeitung „Demokratischer Widerstand“ ein. Mit einem Bummelstreik von fünf Minuten wollte das Bündnis die große Zustimmung der Beschäftigten in medizinischen und Pflegeeinrichtungen demonstrieren. Der Streik floppte: Lediglich einige Dutzend Menschen beteiligten sich bundesweit am Rosenmontag. Und auch der betriebliche Zuspruch in diesem Bereich blieb überschaubar.

Perspektivisch ist davon auszugehen, dass der Kampf gegen den klimagerechten Umbau der Automobilindustrie nach dem Abflachen der COVID-19-Pandemie und nach dem Rückgang der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung eben dieser erneut Konjunktur haben wird. Bereits im November 2019 konnte Hilburger bei der „Konferenz gegen den Klimawahn“ des extrem rechten Monatsmagazins „Compact“ von Jürgen Elsässer in Magdeburg seine klima- und industriepolitischen Positionen ausbreiten (vgl. Hilburger 2020). Dabei begreift er die Klimapolitik sowie die angestrebte Mobilitätswende als eine gezielte Verschwörung zur Deindustrialisierung Deutschlands ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage. Diese verschwörungstheoretische Sichtweise ermöglicht es,

die industriellen Umbrüche des anstehenden Wechsels zu klimaschonenderen Antriebsarten als ideologische Irrwege zu markieren und „maschinenstürmerisch“ anzugreifen. Die in diesem Kontext von ZA ins Leben gerufene Kampagne „Alternativer Dieselpolizei“ verlief sich allerdings bereits nach wenigen Aktionen.

Bei all diesen Themen sind verschwörungstheoretische Denkmuster für die (betriebliche) Propaganda von ZA charakteristisch. Während Gewerkschaften, Kapital und Globalisierung die Hauptgegner von ZA darstellen, spielen die Gewerkschaften des DGB und insbesondere die IG Metall eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung der Ziele der Verschwörung (Aderholz 2021, S. 332). So lösen sich die komplexen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge einer zunehmend globalisierten Welt und die Widersprüche eines weltweiten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in einer einfachen, antisemitisch codierten Verschwörung auf: Gemeinsam streben die Politik bzw. das „Merkel-Regime“ (Elsässer 2020, S. 50), die Gewerkschaften des DGB und die Konzerne im Auftrag der „Wall-Street“ a. a. O., S. 51) und der „City of London“ (ebd.) eine Deindustrialisierung Deutschlands und den Abbau von industriellen Arbeitsplätzen an.

Hierbei wird auch deutlich, dass ZA in seiner Betriebspolitik das macht, was extreme Rechte bei der Behandlung der sozialen Frage immer gemacht haben: Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit oder auch die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen oben und unten wird zur Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen innen und außen umgedeutet. Mit dieser Herangehensweise lassen sich harmonische materielle Verhältnisse unter (völkisch) „Deutschen“ propagieren und der zentrale Verteilungskonflikt wird nach „Außen“ verschoben. Dieses argumentative Muster fand sich auch schon in den Debatten um den Zugang Geflüchteter und um die Schuldenkrise südeuropäischer Staaten der EU. Hier führte diese Verschiebung des Konfliktfeldes zu der Frage Sozialstaat versus Transferleistungen an die EU bzw. Kosten für Geflüchtete. In al-

len Fällen führt dieses Vorgehen dazu, dass ZA schlicht von der Notwendigkeit entbunden ist, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in ihrer Betriebspolitik auszutragen und real Verbesserungen für die Beschäftigten durchzusetzen. Darüber hinaus verweist sie auf den Kern extrem rechter Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen, die in der Formierung einer homogenen, autoritären Volksgemeinschaft und der Konstruktion einer harmonischen Betriebsgemeinschaft zum „Wohle Deutschlands“ liegt.

Diese verschwörungstheoretische Sichtweise ermöglicht es, jegliche Auseinandersetzung mit den real existierenden Problemen der Automobilindustrie zu verweigern: Da die Probleme der Beschäftigten auf einer Verschwörung basieren, muss man sich weder mit den Herausforderungen des menschengemachten Klimawandels sowie dessen Eindämmung noch mit den technologischen Veränderungen der Automobilindustrie sowie den sich verändernden weltweiten Konkurrenzbedingungen beschäftigen. Aus dieser Perspektive reicht es aus, die industriellen Umbrüche des anstehenden Wechsels zu klimaschonenderen Antriebsarten als ideologische Irrwege zu markieren und „maschinenstürmerisch“ anzugreifen. Auf dieser Basis wird die Abwehr der bevorstehenden industriellen Transformationen mit dem Ziel des Schutzes der „eigenen“ Lebensweise propagiert. Letztendlich fehlt bei ZA jenseits dieses rückwärts-gewandten Beharrens auf dem Bestehenden jegliche zukunftsorientierte Positionierung, wie die Interessen der Beschäftigten in der Automobilindustrie mit den Herausforderungen der Bewältigung des menschengemachten Klimawandels zu vermitteln sein könnten. Unternehmenstrategien, die auch unabhängig von klimapolitischen Entscheidungen die Beschäftigten unter Druck setzen, wie Produktivitätssteigerung durch Digitalisierung und Kostensenkung durch Standortverlagerungen, hat diese angebliche Gewerkschaft ebenfalls nichts entgegensetzen.

## Die Betriebsratswahlen 2022

ZA hat für die Betriebsratswahlen 2022 einen hohen Zuspruch in den Betrieben erwartet. So sollte die Zahl der Betriebsratsmandate in den Betrieben, in denen ZA bereits vertreten war erhöht, neue Betriebsratsmandate in weiteren Betrieben ihrer Kernbranche gewonnen und über Betriebsratsmandate in Betrieben anderer Branchen diese für ZA erschlossen werden. Auch diese Wahlen wurden von umfangreichen, professionell gemachten Videos begleitet, die über die sozialen Medien verbreitet wurden. Hierbei hat ZA insbesondere die IG Metall und die Gewerkschaften des DGB als Hauptfeinde massiv angegriffen. Insgesamt war das Ergebnis für ZA bei den diesjährigen Betriebsratswahlen dennoch ernüchternd. Es konnten insgesamt – Stand Ende Juni 2022 – nur 18 Betriebsratsmandate in acht Betrieben gewonnen werden. Bemerkenswert ist, dass ZA sein bestes Ergebnis erneut in seinem „Stammwerk“ in Untertürkheim einfahren konnte: Hier wurde ein Mandat hinzugewonnen, so dass ZA nun 7 Sitze in dem 47er Gremium besetzt. Offensichtlich hat die Präsenz der extrem rechten Betriebsräte seit nunmehr zwölf Jahren zu einer gewissen Verankerung in der Belegschaft geführt. Jenseits ihrer bisherigen Betriebe und Branchen konnte ZA nach derzeitigem Wissensstand nicht punkten. So sind beispielsweise aus dem mit der Kampagne „Deutschland gegen die Impfpflicht“ anvisierten Gesundheitssektor keine ZA-Listen bei den Betriebsratswahlen bekannt.

Insgesamt konnte die IG Metall in den Betrieben, in denen ZA angetreten ist, ihre Position in den Betriebsratsgremien stabilisieren bzw. in einigen Gremien auch Betriebsratsmandate hinzugewinnen. Bereits 2018 war feststellbar, dass die Mandate von ZA nicht auf Kosten der IG Metall-Listen gingen und die IG Metall die Zahl ihrer Betriebsratsmandate mindestens halten, wenn nicht gar ausbauen konnte. Die Zugewinne der rechten Listen gingen damals auf Kosten „christlicher“ (bspw. CGM) oder unabhängiger Betriebsratslisten. Dabei lagen alle Betriebe, in denen „Zentrum Automobil“ angetreten war, in Bundesländern, in denen die AfD zuvor große parlamentari-

sche Erfolge insbesondere bei Arbeiter\*innen erzielen konnte. Offenbar fiel die Entscheidung für eine extrem rechte Partei bei parlamentarischen Wahlen erheblich leichter, als die Entscheidung für die Wahl einer extrem rechten Liste bei Betriebsratswahlen. Dies lässt zum einen den Schluss zu, dass die Entscheidungen von Betriebsräten unmittelbar die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Wähler\*innen berühren und man dementsprechend nicht zu schwer kalkulierbaren Experimenten bereit ist. Zum anderen verweist es darauf, dass die Betriebspolitik von IG Metall und den lokalen Betriebsräten durchaus Zustimmung bei den Beschäftigten findet und diese als legitime sowie wirkmächtige Organe der eigenen Interessenvertretung angesehen werden.

Auch die Ergebnisse der diesjährigen Betriebsratswahlen sind maßgeblich ein Erfolg der IG Metall und ihrer Betriebsräte wie Vertrauensleute. Diese haben in den betrieblichen Wahlkämpfen zum einen eine strikte Positionierung gegen „Zentrum“ vertreten und zum anderen die betriebspolitischen Erfolge der gewerkschaftlichen Interessenvertretungen betont. Eine offensive Strategie aus Aufklärung über den extrem rechten Charakter von ZA kombiniert mit einem selbstbewussten Vertreten der eigenen Positionen ist also durchaus geeignet, ZA einzudämmen und zurückzudrängen. Dennoch konnte ZA im Wesentlichen seine bisherigen „Brückenköpfe“ halten und hat so auch weiterhin Gelegenheit, betriebspolitische Erfahrung in der Praxis zu sammeln. ■

#### Literatur

- Aderholz, David (2021): Extrem rechte Zugriffe auf die Arbeitswelt: eine kritisch-hermeneutische Untersuchung von Propagandamaterial von Zentrum Automobil und der Kampagne Werde Betriebsrat. In: ZRex. Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung Jg. 1, Heft 2 (2021). Verlag Barbara Budrich. S.322-343.
- Allmendinger, Björn / Howind, Sascha (Hrsg.) 2020: Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Hintergründe – Erscheinungsformen – Handlungsoptionen, Hannover.

- Allmendinger, Björn / Haarfeldt, Mark 2020: Oliver Hilburger – rechter Netzwerker und Betriebsrat. In: Allmendinger / Howind 2020, S.88-97.
- Betriebsrat Daimler-Werk Untertürkheim (2018): Erklärung des Betriebsrates Werk Untertürkheim und Entwicklung Pkw.
- Bieling, Hans-Jürgen 2017: Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa – Umrisse einer gesellschaftstheoretischen Erklärung. In: WSI-Mitteilungen 8/2017, S. 557–565.
- Brinkmann, Ulrich / Hassan-Beik, Maren / Zappino, Lukas 2020: Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung, Hamburg.
- DGB 2018: DGB Verteilungsbericht 2018. Löhne, Mieten, Steuern – Schiefelage beseitigen! Berlin.
- DGB 2021: Bundestagswahl 2021: So haben Gewerkschafter\*innen gewählt. Online unter: <https://www.dgb.de/themen/++co++79fb7b60-1f79-11ec-88c8-001a4a160123> (zuletzt abgerufen am 04.01.2021).
- Dörre, Klaus 2018: Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage, in: Becker/Dörre/Reif-Spirek (Hg.), 49-80.
- Dörre, Klaus 2020: In der Warteschlange. Arbeiter\*innen und die radikale Rechte, Münster.
- El-Mafaalani, Aladin 2018: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt, Köln.
- Gebhard, Richard 2018: Der Kulturkampf des autoritären Populismus gegen die (Neo-)Liberalisierung der Bundesrepublik oder: Was ist der Rechtsruck? In: Häusler, Alexander/Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung. Münster. S. 38-56.
- Hilmer, Richard / Kohlrausch, Bettina / Müller-Hilmer, Rita / Gagné, Jérémie 2017: Einstellung und soziale Lebenslage. Working Paper Forschungsförderung 44 der Hans-Böckler-Stiftung.
- Polanyi, Karl 2017: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursachen von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main.
- Sauer, Dieter / Stöger, Ursula / Bischoff, Joachim / Detje, Richard / Müller, Bernhard 2018: Rechtspopulismus und Gewerkschaften – Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.
- Schäfer, Roland / Jahn, Andreas / Potenza, Antonio 2020: Strategien rechter Betriebsräte – das Beispiel »Zentrum Automobil«. In: Allmendinger / Howind 2020, S. 79-87.

- Schröder, Martin 2018: AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 975, Online unter: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.595120.de/diw\\_sp0975.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf) (zuletzt abgerufen am 21.08.2018).
- Tagesschau 2021a: Bundestagswahl 2021. Wen wählten Angestellte und Arbeiter? Online unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-job.shtml> (zuletzt abgerufen am 04.01.2021).
- Tagesschau 2021b: Bundestagswahl 2021. Wahlverhalten nach Geschlecht. Online unter: [https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/charts/umfrage-werwas/chart\\_876484.shtml](https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/charts/umfrage-werwas/chart_876484.shtml) (zuletzt abgerufen am 04.01.2021).
- Urban, Hans-Jürgen 2018: Kampf um die Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik H. 3, 103-112.

#### Quellen

- Elsässer, Jürgen (2020): Alle Räder stehen still. In: Compact-Magazin 01/2020, S. 50-52.
- Hilburger Oliver (2020): »Man muss 1 und 1 zusammenzählen«. In: Compact-Magazin 01/2020, S. 48-49.

## PapyRossa Verlag



Frank Deppe  
Georg Fülberth  
André Leisewitz (Hg.)

**Fortschritt in neuen Farben?**  
Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen

259 Seiten | € 16,90  
978-3-89438-787-7

Sozialökologische Erneuerung, digitale Infrastruktur? Wie weit blamieren sich die Schlagworte der Ampel als einer »Fortschrittskoalition« an sozialen Verwerfungen, am Wettrüsten oder an Großkonflikten? Mit Beiträgen der Herausgeber sowie von Dieter Boris, Jörg Goldberg, Thomas Kuczynski, Gisela Notz, Werner Ruf u. a.



Andreas Pittler

**Geschichte Irlands**  
Basiswissen  
Politik/  
Geschichte/  
Ökonomie

124 Seiten | € 9,90  
978-3-89438-799-0

Irland, die grüne Insel, hat eines im Übermaß: Geschichte. Von den Sagen des »keltischen Zwielfichts« bis zur Auflehnung gegen die britische Herrschaft, die in den Osteraufstand 1916 und die Teilung der Insel mündete. Bei den Rebellionen war die unorthodoxe Linke stets eine tragende Kraft. Welche Rolle kann sie heute einnehmen?

Tel.: (02 21) 44 85 45 | [mail@papyrossa.de](mailto:mail@papyrossa.de)  
[www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)



# Rezension: Wenn rechter Republik-Hass mordet – 100. Jahrestag des Rathenau-Mordes

von Robert von Olberg<sup>1</sup>

*Stephan Abarbanell:*

**10 Uhr 50, Grunewald.**

*Roman. Blessing Verlag 2022.*

**256 Seiten, 22 Euro. ISBN: 978-3-89667-729-7**

*Thomas Hüetlin:*

**Berlin, 24. Juni 1922. Der Rathenauord  
und der Beginn des rechten Terrors in  
Deutschland.**

*Kiepenheuer & Witsch 2022.*

**304 Seiten, 24 Euro. ISBN: 978-3-462-05438-5**

*Martin Sabrow:*

**Der Rathenauord und die deutsche  
Gegenrevolution.**

*Wallstein Verlag 2022.*

**334 Seiten, 30 Euro. ISBN 978-3-8353-5174-5**

Eine besonders schillernde Gestalt einer an schillernden Persönlichkeiten reichen Zeit war Walther Rathenau. Industrieller, Künstler, Politiker - Opfer rechtsradikaler Republik-Feinde. In der Charakterisierung durch seine Biografin Shulamit Volkov tauchen in einem Atemzug Zuschreibungen wie Liberaler, Preuße, Patriot und Kosmopolit auf (DIE ZEIT 26/2022). Dass man mehr als eins sein kann, ein rastloses, facettenreiches Leben in Extremen führen kann und damit ständig auf der Suche ist, was man am allermeisten von alledem ist, zeigt das Beispiel Rathenau ganz besonders.

Anlässlich des 100. Jahrestages seiner Ermordung am 24. Juni 1922 erinnern zahlreiche Neuerscheinungen an den Ausnahmehenschen. Seine vielschichtige Persönlichkeit, seine Ideen und Politik und eben jenes in seiner Ermordung sich zeigende Netzwerk rechter Gewalt begründen die Relevanz der Erinnerung an die Person und das Ereignis ihrer Ermordung, wenngleich dieser Mord kein Einzelfall war, sondern in einer Reihe mit der Ermordung des Zentrumspolitiker Mat-

thias Erzberger im Vorjahr und des gescheiterten Attentats auf den SPD-Mann Philipp Scheidemann nur wenige Tage zuvor steht. Zu nennen wäre ebenfalls die Ermordung Kurt Eisners 1919.

Walther war der Sohn des AEG-Gründers Emil Rathenau. Er studierte Physik und Maschinenbau, schrieb, malte und musizierte aber bereits früh und verstand dieses künstlerische Tun auch als Opposition zum ganz auf naturwissenschaftliche und technische Innovationen und geschäftlichen Erfolg fokussierten Vater. Dies blieb nicht das einzige Spannungsverhältnis, in dem Rathenau zeitlebens seine eigene Position suchte. Auch in seiner Herkunft aus jüdischem Elternhaus einerseits und seinem großen Wunsch andererseits, als in jeglicher Hinsicht gleichberechtigter preußischer Bürger wahrgenommen zu werden, fand er Konfliktpotenzial, das ihn dauerhaft beschäftigen sollte. Sein Jahr als Freiwilliger in einem preußischen Regiment, in dem ihm die angestrebten Karriereerfolge verwehrt blieben, ist hierfür nur ein Beispiel. Größere publizistische Aufmerksamkeit erzielte er als junger Mann mit einem Aufsatz in Maximilian Hardens Zeitschrift „Die Zukunft“. Darin empfahl er in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden den Weg größtmöglicher Assimilation, auch als Antwort auf den wachsenden Antisemitismus. Er verstand sich als „Deutscher jüdischen Stammes“. Als solchem waren ihm zionistische Ideen für einen Staat Israel fremd. Zu konvertieren, kam für ihn jedoch nicht in Frage.

Rathenau suchte neben der Tätigkeit im Familien-Unternehmen den Kontakt zur Politik, nicht zuletzt mit seinen publizistischen Arbeiten. Er übte beratende Tätigkeiten im Umfeld der Regierung aus und befasste sich in diesem Zusammenhang u. a. mit der Kolonialpolitik. Er verteidigte das Recht Deutschlands auf Kolonien in Afrika, kritisierte aber zugleich die Gewalt deutscher Militärs gegen die Nama und Herero. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurde Rathenau mit dem Aufbau einer Kriegsrohstoff-

<sup>1</sup> Robert von Olberg ist Politikwissenschaftler und lebt in Münster.

abteilung im preußischen Kriegsministerium betraut. Eine Aufgabe, in der er ebenfalls oft haderte und die er nach nur wenigen Monaten wieder aufgab. Als im Oktober 1918 das Militär angesichts der eigenen aussichtslosen Lage auf einen Waffenstillstand drängte, ereiferte er sich gegen einen „Frieden der Unterwerfung“, wie er es nannte. Nach Kriegsende war sein ökonomischer Rat vom damaligen Reichskanzler Wirth auch mit Blick auf die Verhandlungen über deutsche Reparationsverpflichtungen gefragt. Rathenau trat nach Kriegsende der liberalen DDP bei und wurde zunächst Wiederaufbauminister und am 31. Januar 1922 schließlich Außenminister. Für seine Rolle in den internationalen Wiederaufbauverhandlungen u. a. bei der Konferenz von Genua wurde er von rechter Seite als „Erfüllungspolitiker“ alliierter Forderungen beschimpft.

Als Jude, Industrieller, Intellektueller und als Politiker, der nach dem verheerenden Weltkrieg um eine Reintegration Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft bemüht war, bot Rathenau rechten Kreisen zeitlebens Angriffsfläche. Ermordet wurde er von Mitgliedern der rechtsradikalen „Organisation Consul“. Dieser aus Freikorps hervorgegangenen Terrorgruppe ging es darum, mit Anschlägen wie dem Mord an Rathenau die Stabilität der jungen Demokratie und Republik ins Wanken zu bringen, um anschließend eine militärische Staatsführung zu installieren und die Ergebnisse des Versailler Vertrags umzukehren. Rathenau wurde von den Sicherheitsbehörden immer wieder vor der Gefahr für sein Leben gewarnt. Es gab konkrete Hinweise auf einen geplanten Mordanschlag. Er wollte sich hiervon jedoch nicht einschüchtern lassen und fuhr auch am Tag seiner Ermordung ohne größeren Polizeischutz im offenen Wagen in sein Ministerium, wo er nicht mehr ankam.

Hergang und Vorgeschichte des Rathenau-Mords rekonstruieren Martin Sabrow und Thomas Hüetlin und auch Stephan Abarbanells Roman. Sowohl Hüetlin als auch Abarbanell danken in ihren Nachworten dem Historiker Sabrow für Anregungen und Rat beim Verfassen ihrer Bücher. Allein deshalb kann man Sabrows erstmals 1994 erschienenen Buch wohl als Standardwerk zum Rathenau-Mord

bezeichnen, auf das sich wesentliche Darstellungen und Deutungen bis heute stützen.

Sabrow legt zum 100. Jahrestag eine Wiederauflage seiner Dissertationsschrift vor. Darin schildert er akribisch Struktur und Motive der „Organisation Consul“ und bezieht die Ermordung Erzbergers sowie das Attentat auf den Publizisten Harden nur wenige Tage nach der Ermordung Rathenaus in seine Darstellung mit ein. So entsteht eindrucksvoll das Bild einer Attentatsserie der Republik-Feinde. Sabrow beleuchtet ebenso die juristische Aufarbeitung der Attentate sowie die Verdrängung dieser rechtsradikalen „Verschwörung gegen Weimar“. Der Neuausgabe angefügt hat er ein Nachwort, in dem er die bisherige Leerstelle der historischen Forschung zu füllen versucht: ein Portrait des „Kopfes des Komplotts“, Hermann Ehrhardt. Besonders anschaulich wird die Darstellung durch zahlreiche Abbildungen.

Hüetlins Darstellung beginnt mit dem Mord an Erzberger. In seiner Schilderung stehen die Täter im Mittelpunkt. Rathenau selbst kommt als Opfer des geplanten Mordes eher so etwas wie die Rolle des ersten Nebendarstellers zu. Weitere Kapitel widmen sich dem Netzwerk der Verschwörer und den Planungen des Mordes. Es geht um das Innere der Terrororganisation. Die Schilderung greift historisch aus und erinnert an die Rolle der Freikorps bei der Niederschlagung der Revolution 1919, setzt sich dabei kritisch mit der Rolle der regierenden Sozialdemokratie auseinander und schildert auch die Ermordung Eisners und den Kapp-Putsch. Im Schlusskapitel wird wie im Übrigen auch bei Sabrow der Bogen zur Gegenwart gespannt und an die Ermordung Walter Lübckes erinnert. Hüetlins reportagehafter Stil macht das Geschilderte zum Pageturner, in dem alles auf ein zentrales Ereignis, den Mord, hinausläuft.

Abarbanells Roman ist ein intimes Bildnis Rathenaus. Alle paar Seiten wird ein neues Thema angerissen, dem gegenüber Rathenau sein so charakteristisch ambivalentes Verhältnis hatte: Identität als Jude, Beziehung zum Vater, Liebesverhältnisse usw.. Auch auf die oft vorgebrachte Vermutung, Rathenau sei homosexuell gewesen, trifft man. Der Mord ist Ge-

rüst, um das sich ein psychologisches Portrait Rathenaus rankt und entfaltet. Wie in der Vorstellung, dass im Moment des Todes das eigene Leben noch einmal im Schnelldurchlauf an einem vorbeizieht, erlebt man hier im Augenblick des Attentats in ständigen Rückblenden die Lebens-rückschau des Protagonisten

Die Neuerscheinungen rufen in Erinnerung, wohin Republik-Hass führt. Sie sind daher Mahnung für ein nicht nachlassendes Eintreten für die Republik und Demokratie und für die Unterstützung und den Schutz allerer, die sie verteidigen. Sabrows und Hüt-

lins Bücher zeichnen sich besonders dadurch aus, die Darstellung nicht auf den Mord an Rathenau allein zu konzentrieren, sondern längere Linien zu ziehen, Zusammenhänge und Folgen zu verdeutlichen. Sie markieren den Rathenau-Mord damit als ein herausragendes Ereignis in einer langen Geschichte des rechten Republik-Hasses und Terrorismus in Deutschland. Abarbanell bietet einen niedrigschwelligen Zugang zur Person Rathenau, ihren Widersprüchen und Antrieben. Der Roman weckt das Interesse an wissenschaftlicheren und biografischen Darstellungen wie denen Sabrows und Volkovs (C.H. Beck 2012). ■

## GESCHICHTE ERKENNEN

Mit Beiträgen von:

*Ernst Engelberg, Raimund Ernst, Domenico Losurdo, Ulrich Schneider, Hans-Peter Brenner, Werner Ruf, Florian Grams*

Weitere Themen:

Aufklärung statt Propaganda, *Bernhard Trautvetter*; Die Linksfraktion, der Frieden und die Kommunalpolitik, *Artur Pech*; BlackRock's Aktienrente, *Werner Rügemer*; China, die Systemfrage und die Linke in der politischen Falle, *Beat Schneider*; Marxistisches Menschenbild, *Wolfgang Trunk*; Lob des Realismus – Über Strugalla, *Peter Michel*; Rezensionen

BEILAGE: Die Matrix des Ukraine-Krieges (Tony Wood)

Einzelheft (inkl. Porto)	12,50 €
Jahresabo	54,00 €
ermäßigtes Abo	38,00 €
Jahresabo+PDF	64,00 €
ermäß. Abo+PDF	48,00 €

[www.marxistische-blaetter.de](http://www.marxistische-blaetter.de)



132 Seiten

## Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18

45127 Essen

Tel. 0201 | 23 67 57

[info@neue-impulse-verlag.de](mailto:info@neue-impulse-verlag.de)

# Eine neue Etappe im Klassenkampf ist eröffnet – Christian Lindner und die neoliberale Zeitenwende

von Werner Kindsmüller<sup>1</sup>

Bis weit in linke Kreise hält sich die Auffassung, Klassenkampf sei eine historische Form der sozialen Auseinandersetzung aus dem 19. Jahrhundert, die in Zeiten von Sozialpartnerschaft und sozialer Marktwirtschaft keine Rolle mehr spiele. Welch ein Irrtum! Zwar wurden die Verteilungskämpfe um das Sozialprodukt zwischen Arbeit und Kapital in Form regelmäßiger Tarifverhandlungen entdramatisiert und der Staat hat durch seine wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen ausgleichend und stabilisierend gewirkt.

Klassenkompromisse sind Momentaufnahmen der aktuellen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Sie spiegeln den Stand der antagonistischen Machtausgleichs wider. Verändern sich die Bedingungen und scheint es vorteilhaft, den Kompromiss aufzukündigen, so geschieht dies. Wer sich darüber Illusionen macht, fällt auf die Ideologie einer Gesellschaft herein, die ihren Klassencharakter hinter dem Schleier der bürgerlichen Öffentlichkeit und einer durch die Konsumgesellschaft geformten Subjektivität verbirgt. Es mehren sich in den vergangenen Monaten die Zeichen, dass der bisherige Klassenkompromiss von Seiten des Kapitals aufgekündigt wird und die Klassenausgleichs in eine neue, eine heiße Phase eintritt.

Die Situation ist günstig für das Kapital. Zum einen befindet sich das wirtschaftliche System in einer Phase der Transformation vom fossilen zum „grünen Kapitalismus“.<sup>2</sup> Zum anderen bringen die Folgen des Krieges in der Ukraine die Reproduktionsbedingungen von Kapital und Arbeit in Bewegung. In solchen Phasen der Entwicklung wird deutlich, welche Rolle dem Staat im demokratischen Kapitalismus zufällt: Seine zentrale Rolle liegt darin, die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsbe-

dingungen sicherzustellen. Dies verlangt unter Bedingungen von Krisen die Rettung von Unternehmen, manchmal sogar von ganzen Branchen, die Übernahme von Unternehmensanteilen (Commerzbank, Lufthansa, Uniper) und die Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse (Kurzarbeitergeld).

Alex Demirovic hat kürzlich daran erinnert, dass der Staat das Feld ist, „auf dem staatliche Akteure Kompromisse unter der Führung mächtiger Kapitale oder Kapitalgruppen organisieren.“ *Der Staat ist der „organisierte Kompromiss“*; er verdichtet die Interessen der Klassen (Demirovic, Alex, März 2022). Es ist ein historischer Erfolg, dass sich die Interessen der Arbeiterklasse in diesen Kompromissen wiederfindet. Das ist das Verdienst der SPD und der Gewerkschaften. Wie alle Klassenkompromisse ist auch dieses Ergebnis prekär, d. h. es wird immer wieder von Neuem angefochten.

Diese einleitenden Bemerkungen scheinen mir notwendig, um das Strategiepapier politisch einzuordnen, das der FDP-Vorsitzende Christian Lindner in seiner Eigenschaft als Bundesfinanzminister im Mai dieses Jahres vorgelegt hat. Es trägt den Titel „Finanzpolitik in der Zeitenwende – Wachstum stärken und inflationäre Impulse vermeiden“ (Bundesministerium der Finanzen, Mai 2022).

## Linders „Zeitenwende“ - Ein neuer Aufguss angebotsorientierter Wirtschaftspolitik

Finanzminister Christian Lindner hat in dem 22-seitigen Papier, das er gemeinsam mit seinem wirtschaftspolitischen Berater, Professor Lars Feld der Hauptstadtpräsentation präsentiert hat, eine Neuauflage einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik „im Sinne eines ordoliberalen marktwirtschaftlichen Politikansatzes“ vorgelegt. Die Notwendigkeit einer „Zeitenwende“ begründet er mit der ausbleibenden Wachstumsdynamik und den steigenden Prei-

1 Werner Kindsmüller ist Sozialwissenschaftler und ehemaliger Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein.

2 Dazu kritisch (Kindsmüller, Werner, 2021).

sen. Es gelte die Produktivität der Unternehmen zu stärken und dadurch Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu fördern. Zugleich müsse die Preisstabilität wieder hergestellt werden. Vor allem aber gelte es auf den „*Pfad der finanzpolitischen Stabilität*“ zurückzukehren. Dazu müsse die Schuldenbremse ab 2023 wieder eingehalten werden. „*Breit angelegte Ausgabenprogramme und andere nachfrage-seitigen Impulse über die gezielte und befristete Stabilisierung in Krisenzeiten hinaus sind hingegen kontraproduktiv*“, so Lindner.

So weit, so bekannt. Konzeptionell bietet Lindner nichts, was nicht schon immer die Priesterschaft der neoliberalen Ökonomie gefordert hat: Unternehmenssteuern senken, die Staatsausgaben zurückführen, die Schwarze Null wieder durchsetzen, privatwirtschaftliche Kräfte „entfesseln“, die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt steigern, eine Lohn-Preisspirale verhindern. Während die breite Öffentlichkeit kaum Notiz von dem Strategiepapier nahm,<sup>3</sup> wurde es von der Börsenzeitung als ein „*Befreiungsschlag in der Finanzpolitik*“ gefeiert (Börsenzeitung vom 12. Mai 2022).

### Warum sollten wir das Lindner-Papier ernst nehmen?

Der FDP-Finanzminister hat keinen Zweifel gelassen, dass das Papier „Richtschnur der Finanz- und Haushaltspolitik in der nächsten Zeit“ sein soll. Seine kompromisslose Haltung zur Schuldenbremse, die Ablehnung der Erhöhung sozialer Leistungen im Rahmen des für 2023 angekündigten Bürgergelds, durch das das Hartz-IV-System abgelöst werden soll, die Verweigerung, das 9-Euro-Ticket für den Nahverkehr in der einen oder anderen Form fortzusetzen, die Kürzungen im Wissenschaftsetat und viele andere Aussagen der letzten Zeit machen deutlich, dass er auch so handeln will, wie in dem Papier angekündigt. In den nach der Sommerpause beginnenden Haushaltsberatungen des Bundestages sind deshalb harte Konflikte zwischen den drei Regierungsfractionen zu erwarten.

Die bevorstehenden politischen Kämpfe, deren Ergebnisse sich in den künftigen Haushaltsplänen abbilden wird, finden unter besonderen Bedingungen statt. Der durch den Koalitionsvertrag vereinbarte, beschleunigte Transformationsprozess zur Überwindung des fossilen Zeitalters birgt an sich bereits das Risiko von ökonomischen und sozialen Friktionen, in dessen Folge sich die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, aber auch innerhalb der Einzelkapitale verschieben werden. Strukturelle Veränderungen kennen Verlierer und Gewinner auf der Seite der Arbeiter und des Kapitals. Hier kommt dem Staat die wichtige Rolle zu, den Wandel zu organisieren sowie die verschiedenen Interessensdivergenzen und Konflikte in einem neuen Kompromiss zusammenzuführen und Verlierer zu entschädigen. In einem solchen Prozess stehen bisherige Machtpositionen auf dem Spiel und es liegt an der staatlichen Politik, in welche Richtung sich die Waage neigt. Die Folgen des Krieges in der Ukraine verschärfen den Transformationsprozess, aber auch die Bedingungen, unter denen der Staat einen neuen Klassenkompromiss formuliert.

### Das Ende des fossilen Klassenkompromisses

Mit dem Abschied von russischer Kohle, Öl und bald auch dem Gas wird das Ende der fossilen Wachstumsökonomie beschleunigt. Damit aber verliert der bisherige Klassenkompromiss seine stoffliche Grundlage. Die fossilen Energien, billige Rohstoffe und Boden bilden die „*historische Natur*“ (J. Moore) des industriellen Kapitalismus. Der nun bevorstehende Abschied von der fossilen Konstellation, so sehr er auch verzögert werden mag, wird die Architektur des gesamten politisch-ökonomischen Systems grundlegend verändern. Zwischen dem fossilen Energieregime, dem Produktivismus des Kapitalismus, den technologischen Systemen und der Massendemokratie, einschließlich der Formen, die soziale Wohlfahrt zu organisieren sowie den Denksystemen besteht ein strukturelles Bedingungsverhältnis (Mitchell, Timothy, 2013). Im demokratischen Kapitalismus der zweiten Hälfte 20. Jahrhunderts wurden die Konflikte um die Verteilung des gesellschaftlich pro-

<sup>3</sup> Eine Ausnahme bildet der Beitrag von Pepe Egger „Neoliberalismus oder Umverteilung“ im FREITAG v. 9. Juni 2022.

duzierten Reichtums im Wesentlichen durch (politische oder gewerkschaftlich ausgehandelte) Klassenkompromisse entschärft und die soziale Frage auf Kosten der Natur und der Aneignung billiger Arbeit „gelöst“.<sup>4</sup> Was oftmals aus dem Blick gerät: Das politisch-ökonomische System des demokratischen Kapitalismus *„funktioniert durch gleichzeitige Prozesse der Ausbeutung (bezahlter Arbeit) und Aneignung (unbezahlter Arbeit/Energie).“* Die Inwertsetzung der billigen Natur ist für den Kapitalismus nicht weniger wichtig als die Ausbeutung der Arbeit. Dieser doppelte Prozess *„muss gleichzeitig stattfinden [...] Dass einem Großteil der Arbeit kein Wert zugesprochen wird, ist Bedingung dafür, dass bestimmter Arbeit Wert zugeschrieben werden kann“* (Moore, Jason W., 2020, S. 298).<sup>5</sup>

Die Aneignung billiger Natur und billiger Arbeit bilden die materiellen Grundlagen für den ökonomischen Erfolg des Kapitals und zugleich die Grundlage für den Klassenkompromiss, mit dem die Arbeitnehmer am Wohlstand durch Löhne und Sozialleistungen beteiligt werden. Für das Kapital bot die Stärkung der Konsumkraft der Massen eine ideale Konstellation, da neben der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ein kaufkräftiger Binnenmarkt den Absatz von Autos, Konsumprodukten und Lebensmitteln sicherte.

Die OECD-Staaten haben in den vergangenen Jahrzehnten aus einer Position der ökonomischen, politischen und militärischen Stärke, abgesichert durch die internationalen Institutionen – IWF, WTO, Weltbank, etc. – ihre ökonomischen Interessen gegenüber anderen Ländern durchsetzen können und konnten so an günstige Rohstoffe und durch billige Arbeit hergestellte Vorprodukte gelangen. In den zurückliegenden Monaten ist die Insolvenz dieses Modells sichtbar geworden.

Durch diesen ökonomisch-politischen Imperialismus und die Aneignungspraktiken von billiger Natur und billiger Arbeit konnte die „Imperiale Lebensweise“ (Brand, Ulrich; Wissen, Markus, 2017) ermöglicht werden, auf der die Massenloyalität im demokratischen Kapitalismus beruht. Zwar galt das Wohlstandsversprechen schon lange nicht mehr für alle Teile der Gesellschaft; die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen hat seit den 1990er Jahren stark zugenommen. Aber das politische System konnte eine sich verfestigende Unterklasse hinnehmen, zumal deren Angehörige politisch – weder als Protestierende noch als Wähler\*innen – in Erscheinung treten und sich anscheinend in ihr Schicksal gefügt haben.<sup>6</sup>

In den vergangenen Jahrzehnten wurden die ökologischen Kosten dieses Modells immer deutlicher sichtbar und es regte sich Widerstand. Die imperiale Lebensweise, die den Identitätskern der Mittelklasse ausmacht, wurde durch die Corona-Pandemie jäh unterbrochen. Zugleich aber kehrten die Menschen inzwischen wieder zu ihren alten Konsum- und Reisegewohnheiten zurück. Gerade in diese Phase fällt der Überfall Putins auf die Ukraine und die wirtschaftlichen Sanktionen der NATO - und der EU-Staaten gegen das russische Regime, mit der Folge, dass die imperiale Lebensweise deutlich teurer wurde.

Dadurch wurde auch der Zeitplan für den versprochenen smarten Umstieg auf eine post-fossile Energieversorgung, ohne soziale und ökonomische Verwerfungen und ohne Konsumeinbußen zur Makulatur. Und somit droht der prekäre Klassenkompromiss, dessen Grundlage die Verfügbarkeit billiger Natur ist, zu scheitern, denn schneller Ersatz für billiges Öl und Gas ist nicht verfügbar. Es zeigt sich nun, dass die Energieversorgung die Achillesverse unseres politisch-ökonomischen Systems ist. Das gilt gleichermaßen für die Produktionsbedingungen des Kapitals wie für die Reproduktionskosten der Arbeiter.

4 (Kindsmüller, Werner, 2020).

5 Karl Marx hat die gleichzeitigen Prozesse von Ausbeutung und Aneignung im Blick (Kapital Bd. I, 8. Kapitel). Der Grad der Ausbeutung der Arbeit kann umso höher sein, je geringer die Kosten der Reproduktion der Arbeit sind. Kostensenkend wirkt neben billigen Lebensmitteln und billiger Energie auch unbezahlte Care-Arbeit.

6 Zur Unterklasse: (Dörre, Klaus, 2015); Zur Wahlabstinz: (Schäfer, Armin; Zürn, Michael, 2021).

## Die Inflation als Trigger für eine neue Phase des Klassenkampfes

Die seit mehreren Quartalen stark steigenden Preise, vor allem für Energie und Lebensmittel sind weder die Folge einer „falschen“ Geldpolitik der EZB noch des Krieges in der Ukraine. Die Inflation ist vielmehr eine „Signalkrise“ für das Ende des bisherigen kapitalistischen Akkumulationsregimes und des darauf beruhenden Klassenkompromisses. Während der Anstieg der Mieten in dem zurückliegenden Jahrzehnt auf die Vermögensinflation als Folge der Vermögensakkumulation zurückzuführen ist, gelten für die aktuelle Entwicklung andere Gründe. Es lohnt daran zu erinnern, dass der neoliberale Boom Ende der 1980er Jahre durch einen Rückgang der Nahrungsmittel-, Energie- und Rohstoffpreise befeuert wurde.<sup>7</sup> Billige Energie und Nahrungsmittel waren die Folge der durch neoliberale Politik geschaffenen Überkapazitäten im Landwirtschafts- und Rohstoffsektor vor allem in Lateinamerika und Asien. Der dadurch ausgelöste Rohstoffboom ließ die Aufwendungen für Lebensmittel als Teil des Haushaltseinkommens weltweit sinken.<sup>8</sup>

Dieser Zyklus war bereits 2021 vorbei. Der FAO Food Price Index (2014 = 100) weist einen Anstieg der Nahrungsmittelpreise von 93 (2015) auf 124,9 (2021) auf. Noch extremer ist die Entwicklung bei Getreide (von 95,9 auf 130,3). Der Preis für Mais stieg von 2018 bis November 2021 von 164,4 US-Dollar pro Tonne auf 248,7 US-Dollar pro Tonne. Bei Sojabohnen kostete die Tonne im Oktober 2021 552 US-Dollar, verglichen mit 367 US-Dollar im Oktober 2015.<sup>9</sup> Eine ähnliche Entwicklung zeigt der Ölpreis. Der FAO- Preisindex stieg 2021 auf 163,6 (2015: 89,9) und Gas aus den USA verteuerte sich von 3,16 US-Dollar pro Million BTU<sup>10</sup> auf 5,02 US-Dollar. Der Index

für Naturgas (2010=100) lag im November 2021 bei 200,9. Ein ähnliches Bild zeigt auch auf die Preisentwicklung bei Industrierohstoffen wie Aluminium, Kupfer, Nickel oder Zinn.

Der Anstieg der Kosten für die Förderung von Öl, Gas und Mineralien ist ein Indikator für das Auslaufen des fossilen Regimes. Die Förderkosten von Öl haben sich weltweit zwischen 2005 und 2010 im Jahresdurchschnitt um 14 Prozent erhöht, in den USA sind Förderkosten für ein Barrel Öl (Ölschiefer) in der vergangenen Dekade um ca. 10 Prozent p. a. gestiegen.<sup>11</sup> Der Grund: Die Ausbeutung der vorhandenen Lager ist kostenintensiver geworden. Eine ähnliche, wenngleich aufgrund der Marktstrukturen uneinheitliche Lage ergibt sich bei der Betrachtung der Kostenentwicklung für die Förderung und den Transport von Gas. So sind für Fracking-Gas höhere Investitionen notwendig als für Naturgas in Russland.

Die Auslaugung der Böden,<sup>12</sup> die Abholzung von Wäldern und die steigenden Kosten der Externalisierung der Umweltfolgen kapitalistischer Produktion (z. B. Anstieg der Preise für Emissionszertifikate) wirken ebenfalls preistreibend. Dazu kommen die wachsenden Schäden durch den Klimawandel<sup>13</sup>. Die billige Natur ist nicht mehr billig – und sie wird es nie mehr werden!

### Was hat Herr Lindner damit zu tun?

Das Ergebnis der politischen Auseinandersetzungen der nächsten Monate wird entscheiden, zu wessen Lasten ein künftiger Klassenkompromiss gehen wird. Die Regierungsparteien SPD und Grüne sind Gefangene eines Partners, der entschlossen scheint, seinen Kurs auch um den Preis eines Scheiterns

7 Quellennachweise in (Moore, Jason W., 2020, S. 359).

8 Dazu: (Moore, Jason W., 2020, S. 388 ff.). Die neoliberale Rohstoff- und Landwirtschaftsrevolution wurde angetrieben vom anlagensuchenden Finanzkapital. Die Kehrseite des Booms war die Überflutung des Südens mit billigem Geld mit dem Ergebnis eines Anstiegs der Schuldenlast der Farmer und der Staaten.

9 Quelle: World Bank Commodities Price Date; DESTATIS.

10 BTU = British Thermal Unit

11 (Karl, Heinz-Dieter, ifo Schnelldienst 02/20210); Die Investitionskosten pro Barrel Öl sind zwischen 1999 und 2013 um jahresdurchschnittlich 10,9 Prozent gestiegen (Zum Vergleich: 1985-1999: +0,9 Prozent). Quelle: (Moore, Jason W., 2020, S. 171).

12 Mehr als 24 Milliarden Tonnen Boden gehen weltweit jedes Jahr durch Erosion verloren – das sind jährlich mehr als 3 Tonnen Boden je Erdbewohner! Quelle: Weltagrarbericht 2016.

13 Auf jährlich 6,6 Milliarden € belaufen sich laut einer Studie des Prognos-Instituts im Auftrag des Bundeswirtschafts- und Klimaministeriums die Kosten, die seit 2020 alleine Extremwetterereignisse in Deutschland verursacht haben.

der Regierung – und seiner Partei - beizubehalten. Würde sich Lindner innerhalb der Koalition mit seiner Linie durchsetzen, so würde er damit ein ökonomisches und sozialpolitisches Desaster anrichten, das politisch natürlich in erster Linie der Kanzlerpartei angelastet werden würde. Warum das Konzept von Lindner gerade in einer Lage, die schon bald zu einer Stagnation der Weltwirtschaft führen kann, Gift für die wirtschaftliche Entwicklung ist, soll kurz am Beispiel seiner Problemdiagnose diskutiert werden.

Fehlende Investitionen der Wirtschaft und eine zu geringe Produktivität sind nach Lindner, neben Corona und den kriegsbedingten Einbußen der eigentliche Grund für die Wachstumsschwäche und die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Um diese Mängel zu beheben, schlägt der Minister vor, „attraktive Rahmenbedingungen“ für Unternehmen zu schaffen. Anreize für mehr Investitionen sollen nach Lindner durch eine Senkung der Steuerbelastung, durch „Entfesselung“ der Wirtschaft von staatlichen Auflagen und durch eine Lockerung der Genehmigungsverfahren erreicht werden.

- Investitionen: Deutschland braucht ein Jahrzehnt erhöhter öffentlicher Investitionen, um die Transformationsaufgaben in allen wesentlichen Bereichen der öffentlichen Aufgaben – Energiesysteme, Digitalisierung, Umbau auf Klimaneutralität, Mobilität, Bildung, Gesundheit, Wohnen – bewältigen zu können. Allein um das Ziel der Klimaneutralität 2045 zu erreichen, sind nach Angaben der KfW fünf Billionen Euro Investitionen erforderlich, sowohl aus öffentlichen Haushalten wie von den Unternehmen. Der Tritt auf die Schuldenbremse würde die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur abwürgen und auch das Ziel der Klimaneutralität 2045 gefährden. Eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik würde hingegen vor allem die Gewinne der Unternehmen steigern, während staatliche Investitionsprogramme, insbesondere in die Verbesserung der Infrastruktur auch zusätzliche private Investitionen auslösen würden.

- Produktivität: Tatsächlich ist die Produktivität in allen OECD-Staaten seit Langem rückläufig. Über die Gründe wird in Fachkreisen kontrovers diskutiert. Einen wesentlichen Grund für die langsame Diffusion der digitalen Technologie, die auch Lindner anspricht, sieht Kurt Hübner in den Monopolstrukturen der digitalen Wirtschaft und ihrer „winner-takes-all“-Marktstrukturen. So wird das upstream Innovationstempo von technologischen Innovationen gebremst (Hübner, Kurt, 2018).

Die Globalisierung und die globalen Wertschöpfungsketten liefern eine weitere Erklärung dafür, warum die Produktivitätsentwicklung stagniert. Das produzierende Gewerbe in Deutschland nutzt in erheblichem Maße die Produktivitätsentwicklungen in den Ländern, aus denen sie Vorprodukte bezieht. Am Ende der globalen Produktionskette profitieren die globalen (deutschen) Leitunternehmen, da sie in der Lage sind, diese Vorleistungen in hochwertigen Produkten zu verbauen und auf den globalen Märkten zu verkaufen. Insofern ist die abnehmende Produktivität in Deutschland auch das Ergebnis des Wertschöpfungsmodells Deutschlands und anderer OECD-Staaten. Mit dem Ende der billigen Natur und der billigen (importierten) Arbeit in Form von Vorprodukten und Konsumgütern steht allerdings das Modell der „gekauften Produktivität“ auf der Kippe.

- Inflation: Preisstabilität ist seit jeher ein zentrales Anliegen des Neoliberalismus. Die Geldpolitik soll für eine gemäßigte Preisentwicklung sorgen, um die Interessen der Geldvermögen zu sichern. Lindner gibt vor, über die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Vermeidung von Reallohnsteigerungen die Preisentwicklung zu beruhigen. Da die Reproduktionskosten der Arbeit aufgrund der strukturellen Veränderungen, die ich dargestellt habe, in den nächsten Jahren weiter steigen werden, will Lindner den Transformationsprozess und die inflationäre Entwicklung nutzen, um die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit grundlegend zu verschieben. Die Löhne und Reproduktionskosten der Arbeit sollen von der allgemeinen Preisentwicklung abgekoppelt werden. Zugleich soll das Kapital



die Vorteile durch höhere Lohnstückkosten aufgrund der erhofften Produktivitätszuwächsen einstreichen. Das ist Klassenpolitik pur.

Dem Kapital ist ein Dorn im Auge, dass der aktuelle Fachkräftemangel die Durchsetzungsbedingungen höherer Lohnabschlüsse durch Gewerkschaften verbessert. Lindner will dagegen die Macht des Kapitals für die Lohnfindung stärken. Wenn dem Arbeitsmarkt ein höheres Arbeitskräftepotential zur Verfügung steht, erhöht dies den Konkurrenzdruck in Tarifverhandlungen. In den Worten von Lindner: Dem „*angebotsseitigen Engpass*“ kann „*mit verbesserten Anreizen im Steuer- und Transfersystem, Maßnahmen zur Ausweitung der Arbeitsmarktteilhabe, der Weiterbildung und Umschuldung von Arbeitskräften sowie der verstärkten Öffnung des Arbeitsmarktes für die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland entgegengewirkt werden*“ (S. 14).

### **Austeritätspolitik: Der Angriff auf den Sozialstaat**

Der Konsolidierungsbeitrag liegt laut Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2023 vom März 2022 für das nächste Jahr bei über 90 Milliarden Euro.<sup>14</sup> Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, wie sie Christian Lindner in seinem programmatischen Text entwirft, setzt auf die „*Entfesselung der privaten Investitionen*“. „*Umfangreiche Transferprogramme wie aktuell in den USA*“, lehnt Lindner ab. Gleiches gilt für „*höhere konsumtive Ausgaben der öffentlichen Hand*“, die der Finanzminister für „*kontraproduktiv*“ hält. Die öffentliche Verschuldung soll rasch zurückgeführt, die staatlichen Ausgaben auf die „*gesamtwirtschaftliche Rendite*“ ausgerichtet sowie Sondervermögen wieder in den regulären Haushalt eingegliedert oder komplett getilgt werden.

Lindner verfolgt also das neoklassische Konzept der Konsolidierung durch Kürzung von Ausgaben. Dies trifft in erster Linie die

sog. „*konsumtiven Ausgaben*“. Gerade angesichts der enormen Belastungen, die durch die hohen Energiekosten auf die Haushalte der Lohnabhängigen und der Sozialleistungsempfänger\*innen sowie der Rentner\*innen zukommen, ist eine Ausweitung der konsumtiven Leistungen ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Man könnte diese Ausgaben, nebenbei bemerkt, leicht durch eine höhere Belastung hoher und sehr hoher Einkommen gegenfinanzieren. Es ist aber durchaus im Sinne des FDP-Vorsitzenden, wenn die soziale Not zunimmt, weil auf diese Weise der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt gesteigert werden kann und dadurch die Verhandlungsposition des Kapitals gestärkt wird.

Zwar spricht Lindner nicht von weiteren Privatisierungen; sie sind aber die automatische Folge, wenn die öffentlichen Haushalte noch stärker ausgezehrt werden. Die bereits unter früheren Bundesregierungen eingeleitete Ökonomisierung des Sozialen würde vorangetrieben. In der Folge würden immer mehr Menschen Beschränkungen beim Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erfahren, wie wir es am Beispiel der verschiedenen „*Reformen*“ des Gesundheitswesens bereits kennen.<sup>15</sup> Insofern würde die Austeritätspolitik Lindners auch auf diesem Wege zu einer Vertiefung der sozialen Spaltung und zu einer Erhöhung der Armut führen.

Lindners Konzept folgt einem klaren Klassenstandpunkt: Mit seiner angebotspolitischen Agenda will er die Politik der Bundesregierung auf die Interessen des Kapitals ausrichten. Insofern stellt das Konzept Lindners eine politische Kampfansage an die Sozialdemokratie und Gewerkschaften, aber auch an den grünen Koalitionspartner dar. Der Hebel ist die Fiskalpolitik – oder wie das neue Kunstwort aus dem Bundesfinanzministerium lautet – die „*Fiskalische Resilienz*“. Damit sind die Umrisslinien für einen neuen Klassenkompromiss vorgegeben, der zu Lasten der Lohnabhängigen, der Rentner\*innen und der Sozialleistungsempfänger\*innen gehen würde. Die ansteigenden

<sup>14</sup> [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Oeffentliche\\_Finanzen/Bundeshaushalt/kabinetttvorlage-eckwerte-2023.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshaushalt/kabinetttvorlage-eckwerte-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=5).

<sup>15</sup> Zur Kritik des neoliberalen Umbaus des Gesundheitssystems in den 1980er und 1990er Jahren: (Simon, Michael, Dez. 2021).

Preise für Energie sowie von Erzeugnissen und Dienstleistungen, die unter Einsatz von fossiler Energie hergestellt werden (Lebensmittel, Mobilität, etc.), werden in den nächsten Monaten viele Menschen in Armut stürzen und die materielle Sicherheit von Teilen der Mittelklasse in Frage stellen. Vom Staat erwarten die Menschen, dass er die enormen Belastungen durch die steigenden Energiekosten zumindest teilweise kompensiert. Sollten SPD und Grüne Lindners Linie folgen und die Schuldenbremse 2023 und in den folgenden Jahren für sakrosankt erklären, würde die Regierung in Kauf nehmen, dass die Loyalität der Bürger\*innen zum politischen System zerbricht und die regressiven und demokratiefeindlichen Tendenzen gestärkt werden. Der „Extremismus der Mitte“ stellt heute bereits eine ernsthafte Gefährdung der Demokratie dar.<sup>16</sup> Christian Lindner könnte zum Vollstrecker eines anti-demokratischen Neoliberalismus werden, als dessen Vordenker sich Friedrich von Hayek in der Umbruchszeit der Zwischenkriegsjahre hervorgetan hat. Das Ziel: die Freiheit des Marktes vor der Demokratie schützen und den Staat auf den Markt verpflichten.<sup>17</sup>

### Ein Déjà-vu - Ist Christian Lindner ein Graf Lambsdorff 2.o?

Schon einmal begann die Aufkündigung eines Klassenkompromisses mit einem Strategiepapier eines FDP-Ministers. Das Strategiepapier, das der damalige FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff im September 1982 der Öffentlichkeit vorgestellt hat, gilt als das Scheidungspapier für die damalige Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt.<sup>18</sup> Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum zu dessen Nachfolger gewählt. Das „Lambsdorff-

Papier“ des „Marktgrafen“, wie er von seinen Jüngern genannt wurde, bildete die Skizze für die neue angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und der Kohl-Regierung. Die Koalition aus CDU und FDP zögerte nicht lange, die Kosten der Sozialsysteme auf die unteren und mittleren Einkommensschichten abzuwälzen, während sie zugleich die Unternehmen und die großen Vermögen steuerlich entlastet hat. Die Sozialhilfe und die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit wurden gekürzt, die Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalten und Kuren verdoppelt, das Bafög auf Darlehensbasis umgestellt und die Rentenanpassung verschoben. Gleichzeitig senkte die Kohl-Regierung die Vermögens- und Gewerbesteuer und lockerte die Arbeitszeitvorschriften. Die Steuergeschenke an die Unternehmer wurden durch Erhöhung der Mehrwertsteuer gegenfinanziert. Die sozialpolitische Bilanz der sechzehn Jahre Helmut Kohl für die Lohnabhängigen und Sozialleistungsempfänger war verheerend: Steigende Arbeitslosigkeit und Armut, Einkommensverluste der Arbeitnehmer. Wir sollten achtgeben, dass sich die Ereignisse heute nicht wiederholen!

Der Leiter des Ressorts Politik der Süddeutschen Zeitung, Stefan Kornelius, hat nach der Bundestagswahl im vergangenen Herbst von einem unmöglichen Harmonisierungsauftrag geschrieben, den die Wähler\*innen den Parteien mitgegeben hätten. Das stimmt wohl. Die Folgen des Krieges in der Ukraine für Wirtschaft und Gesellschaft waren damals noch nicht absehbar. Dazu kommt das Gespür von Christian Lindner für den richtigen Augenblick. Er spürt wohl, dass die Situation günstig ist, um das Werk des Neoliberalismus fortzusetzen und zu einer grundlegenden Neuausrichtung des Klassenkompromisses in Deutschland zu gelangen.

Stefan Kornelius hat drei Wochen nach der Bundestagswahl und nach den harmonischen Gesprächen der späteren Ampel-Partner, die folgende kluge Prophezeiung in das Blatt gesetzt: *„Aber bei aller Freundlichkeit und Harmonie: Eines Tages werden sich die Beteiligten in die Augen schauen und ein paar Unversöhnlichkeiten eingestehen müssen, die wehtun“*. Die-

<sup>16</sup> Siehe die Beiträge in spw, Heft 250 (Ausgabe 3, 2022).

<sup>17</sup> Quinn Slobodian führt in seiner gelehrten Studie „Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus“ neben Friedrich von Hayek mit Wilhelm Röpke und Ludwig von Mises an, die nach der Logik des „geringeren Übels“ die Diktatur einer Demokratie vorgezogen haben, da dadurch die Wirtschaft vor dem Zugriff der Politik geschützt und eine Umverteilung verhindert werden kann (Slobodian, Quinn, 2019, S. 389 ff.). Zum Verhältnis des Neoliberalismus zur Massendemokratie auch: (Davies, Catherine, Dezember 2018).

<sup>18</sup> Das „Lambsdorff-Papier“ trägt den Titel „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“.

ser Zeitpunkt scheint gekommen. Offen bleibt vorerst (Anfang August 2022), wie sich ein sozialdemokratischer Kanzler und seine Partei zur Radikalisierung der politischen Debatte durch den FDP-Vorsitzenden verhalten werden. Einer politischen Richtungsentscheidung können weder Scholz noch die SPD im Herbst ausweichen. Es riecht nach Showdown. ■

### Literatur

- Anderson, Elizabeth. (2020). Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden). Frankfurt a. Main.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus. (2017). Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.
- Bundesministerium der Finanzen. (Mai 2022). Finanzpolitik in der Zeitenwende - Wachstum stärken und inflationäre Impulse vermeiden. Von [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Oeffentliche-Finanzen/finanzpolitik-in-der-zeitenwende.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Oeffentliche-Finanzen/finanzpolitik-in-der-zeitenwende.pdf?__blob=publicationFile&v=2) abgerufen
- Davies, Catherine. (Dezember 2018). Neoliberalismus, Demokratie und supranationale Föderation. Merkur 835.
- Demircovic, Alex. (März 2022). Kapitalistischer Staat und Pandemie. PROKLA 206, S. 11-32.
- Dörre, Klaus. (2015). Unterklasse. Plädoyer für die analytische Verwendung eines zwiespätigen Begriffs. In B. f. Bildung, Oben - Mitte - Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft (S. 218-231). Bonn.
- Hübner, Kurt. (2 2018). Produktivitätsrätsel - Einige Hypothesen. spw, S. 17-22.
- Kindsmüller, Werner. (2020). Roastbeef und Apple Pie. Herrschaft im Spätkapitalismus am Beispiel von Tönnies. spw 239, S. 88-92.
- Kindsmüller, Werner. (2021). Abschied vom falschen Leben. Kritik der politischen Ökologie des Kapitalismus. Hamburg.
- Kornelius, Stefan. (8. Okt. 2021). Die Behutsamkeit der Ängstlichen. Süddeutsche Zeitung.
- Mitchell, Timothy. (2013). Carbon Democracy. Political Power in the age of oil. London.
- Moore, Jason W. (2020). Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulaton des Kapitals. Berlin.
- Schäfer, Armin; Zürn, Michael. (2021). Die demokratische Regression. Berlin.
- Slobodian, Quinn. (2019). Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus. Berlin.



## Decolonize Nature!

Marius Thomay

### Dekolonisation der Natur-Mensch-Beziehungen Eine Kritik am Nachhaltigkeits- und Naturverständnis des globalen Nordens

2021, 190 S., brosch., 38,- €

ISBN 978-3-8288-4692-0

E-Book 978-3-8288-7777-1

(Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag:  
Nachhaltigkeitswissenschaft, Bd. 2)

Bestellen Sie im Buchhandel oder  
versandkostenfrei online unter [tectum-shop.de](https://www.tectum-shop.de)

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

**Tectum  
Verlag**

# Rezension: Sozialdemokratische Positionen zu Revolution, Demokratie und Diktatur

von Thilo Scholle<sup>1</sup>

*Richard Saage*

*Otto Bauer*

## **Ein Grenzgänger zwischen Reform und Revolution**

*LIT Verlag, Münster 2021*

**288 Seiten, 34,90 €**

*Uli Schöler*

## **„Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 – 1929)**

*Karl Dietz Verlag, Berlin 2021*

**2 Bände, 983 Seiten, 49,90 €**

Otto Bauer (1881 – 1938) gehört zu den bedeutendsten marxistischen Denkern des 20. Jahrhunderts. Wie wenige andere Führungspersönlichkeiten der Sozialdemokratie verband er dabei praktisch-politisches Engagement als Parteiführer und Parlamentarier mit tiefgreifender theoretisch-analytischer Arbeit als politischer Wissenschaftler und Publizist. Dennoch dient Bauer nur selten als Referenz aktueller Erneuerungsversuche marxistischer Theorie – anders als etwa Rosa Luxemburg oder Antonio Gramsci, die sich jährlich neuer Erörterungen ihrer Werke erfreuen können. Auch die Zahl biografischer Darstellungen ist sehr überschaubar.

Vor diesem Hintergrund schließt das vorliegende Werk von Richard Saage eine wichtige Lücke. Enthalten sind vierzehn Beiträge, die zwar sämtlich bereits an anderer Stelle veröffentlicht wurden, aber dennoch einen überzeugenden Gesamtzusammenhang zu Denken und Werk Bauers darstellen. Vorangestellt ist ein Geleitwort des österreichischen Historikers Wolfgang Madertjaner, der mit Verweis auf Bauers Bücher, Broschüren und Artikel festhält, dieser gehöre „zweifelsfrei zu den Klassikern der politischen Literatur des 20. Jahrhunderts“. Anderen Intellektuellen sei

Bauer gegenüber durchaus arrogant aufgetreten, den „in seiner Partei organisierten Maßen zollte er hingegen jeden Respekt, und als hinreißender Redner konnte er über sich hinaus wachsen.“ Wichtig ist auch die Anmerkung Maderthaners zur 2011 erschienen, letzten umfangreichen Bauer-Biografie von Ernst Haenisch, dessen Buch „Der große Illusionist“ den Mangel vieler Bauer-Darstellungen teile, „sich aus ihrer Weigerung, ihr Erkenntnisobjekt im Rahmen des diesem ureigenen (theoretischen, sozio-kulturellen) Paradigmas zu verorten. Im Falle Otto Bauers wäre dies eben der Marxismus oder vielmehr dessen spezifisch ‚austromarxistische‘ Variante.“ Die Einleitung Richard Saages gibt sodann einen grundlegenden Überblick über Leben und Werk Bauers. Auch Saage spielt hier auf Haenisch an, wenn er mit der Feststellung endet, Bauers Werk stehe nicht für eine große Illusion, sondern für die Hoffnung auf eine bessere Welt.

Der erste Beitrag skizziert Bauers Thema „Nation als sozialdemokratisches Projekt“ mit Blick vor allem auf seine berühmte erste große Veröffentlichung zu Sozialdemokratie und Nationalitätenfrage. Der zweite Text untersucht „utopische und kontraktualistische Elemente im Austromarxismus“ und geht dabei neben Bauer auch auf die Schriften von Max Adler ein. Ziel Bauers sei gewesen, die individuellen Freiheitsrechte hinüberzuretten in die sozialistische Gesellschaft der Zukunft. Spannend ist auch der dritte Text zu Otto Bauers während der russischen Kriegsgefangenschaft zwischen 1914 und 1917 weitgehend ohne Zugang zur entsprechenden Literatur niedergeschriebenem Werk „Das Weltbild des Kapitalismus“: „Die bürgerliche Gesellschaft verwirklicht zwar nicht, was das bürgerliche Denken als Idee formulierte; dessen Wahrheit liegt darin, dass es ein Reich der Freiheit und Gleichheit geben kann.“ Das vierte Kapitel widmet sich Otto Bauer und der Oktoberrevolution, und hält u. a. fest, dass Bauer bei aller Verteidigung der Sowjetunion letztlich nie als schlichter Apologet gelesen werden kann. Ausgesprochen spannend ist auch

<sup>1</sup> Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

das unter dem zunächst etwas kryptischen Titel „Restriktionsanalysen Otto Bauers am Beispiel der Ersten österreichischen Republik. Thesen“. Hier führt Saage entlang der Analysen Bauers zur ersten Republik aus, wie dieser sehr feinfühlig Machtverhältnisse und das politisch Mögliche in seine Analyse integriert und in diesem Sinne eine Analyse der zu erwartenden Restriktionen für eine sozialistische Politik erarbeitet habe. Anschließendes Kapitel widmet sich dem Sozialismusbegriff Otto Bauers, der Darstellung der Österreichischen Revolution 1918/19 sowie dessen berühmtem Theorem vom „Gleichgewicht der Klassenkräfte“. Interessant ist hier insbesondere der Vergleich der praktischen politischen Konsequenzen, die die Beachtung des Theorems in Deutschland und Österreich bedeutete. Das neunte Kapitel widmet sich dem Verhältnis von Otto Bauer und Karl Renner und wendet sich insbesondere gegen Norbert Lesers Lesart Bauers als quasi bolschewistischen Denker. Das zehnte Kapitel stellt Bauers wenig beachtete Überlegungen zu Landwirtschaft und politischer Agrarfrage vor, während das elfte sich Bauers brillanter Studie über das fordistisch-tayloristische Produktionsmodell „Technische Rationalisierung und gesellschaftliche Fehlrationalisierung“ als Beitrag zur Rationalisierungsdebatte der 1920er Jahre widmet. Der zwölfte Text widmet sich Bauers Texten zum Thema Faschismus, während das dreizehnte Kapitel Bauers während des Exils entstandene Werk „Zwischen zwei Weltkriegen?“ mit dem Konzept des „integralen Sozialismus“ widmet. Das abschließende vierzehnte Kapitel widmet sich der Exilschrift „Die illegale Partei“ und unterstreicht u. a. Bauers hier zum Ausdruck kommende Fähigkeit auch zu Selbstkritik.

Bescheiden merkt der Autor im Epilog an, Ziel sei eine Darstellung Bauers jenseits von Verriss oder Hagiografie gewesen. Diesem Anspruch wird er mit der zwar dem Menschen und Denker Bauer sichtbar zugewandten, aber dennoch präzise analysierenden Arbeit mehr als gerecht.

### **Sozialdemokratische Debatten über die Sowjetunion**

Otto Bauer zählt auch zu den wichtigsten Protagonisten der nun 30 Jahre nach der Erstveröffentlichung neu aufgelegten politikwissenschaftlichen Dissertation von Uli Schöler. Das für den Band

verarbeitete Quellenmaterial ist kaum fassbar – so hat Schöler vermutlich wirklich alles, was sich im sozialdemokratischen Umfeld in den Jahren 1917 bis 1929 in etwas vertiefenderer Weise mit Fragen rund um die politische Einordnung der Entwicklungen in der Sowjetunion befasst hat, gesichtet und um thematische Debatten und Fragestellungen herum geordnet. Die Darstellung endet etwas abrupt im Jahr 1929 – zum einen, wie Schöler selbst andeutet, mit dem Ende der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) (und möglicherweise auch mit der weitgehenden Gleichschaltung des politischen Systems der Sowjetunion auf Stalin) durchaus inhaltlich begründbar, zum anderen aber wohl auch, weil die Materialfülle bis in die 1930er Jahre schlicht nicht mehr im Rahmen einer Dissertation behandelbar gewesen wäre. Ausgewertet hat der Autor die theoretisch-inhaltlichen Debatten in Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und Broschüren im deutschen Sprachraum. Dies betrifft die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), die Unabhängige Sozialdemokratie (USPD), den Spartakusbund bzw. die frühe KPD sowie die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAP). Innerhalb der USPD differenziert Schöler dabei zwischen einer USPD-Rechten, einem mehrfach gegliederten Zentrum sowie einer USPD-Linken. Referenzquellen sowohl für die Debatten in der MSPD wie auch der USPD sind dabei die Diskussionen innerhalb der russischen Menschewiki, von denen eine Reihe von Führungspersonlichkeiten im engen Kontakt mit Sozialdemokraten im deutschen Sprachraum standen, in Zeitschriften publizierten und teils auch im Exil lebten.

Innerhalb der verschiedenen Strömungen der westdeutschen Linken sei in den 1970er und 1980er Jahren die Frage, wie man es denn mit der Sowjetunion halte, zum reinen Glaubensbekenntnis - dafür oder dagegen - degeneriert. Eine ernsthafte Auseinandersetzung nahm der Autor demgegenüber kaum wahr, so dass wichtige Ereignisse wie etwa die Niederschlagung des Prager Frühlings oder der sowjetische Einmarsch in Afghanistan nur selten „historisch-analytisch oder vertieft wertebezogen“ diskutiert worden seien.

Die Rezeptionsgeschichte der Bände verlief eher unglücklich. Hatte die Entwicklung in der Sowjetunion durch die Wahl Michail Gorbatschows

zum Generalsekretär der KPdSU und die einsetzenden Debatten über Reformen im real-existierenden Kommunismus zunächst noch das Thema durchaus in das öffentliche Interesse gerückt, so rückten die Ereignisse rund um die Fertigstellung der Arbeit das Thema in den Hintergrund: Beim Promotionsausschuss der Uni Bremen am 13. Oktober 1989 und damit wenige Tage vor dem Fall der Berliner Mauer eingereicht, wurde die Arbeit in kleiner Auflage im Frühjahr 1991 veröffentlicht. Mit dem Ende der Sowjetunion und der deutschen Wiedervereinigung fielen damit nahezu alle aktuellen inhaltlichen Bezugsmöglichkeiten der Arbeit weg. So wurde der Text zwar innerhalb der historisch-wissenschaftlichen Community zwischen Sozialdemokratie und PDS durchaus intensiv besprochen und eingeordnet. Eine breitere Rezeption innerhalb der intellektuell-politischen Kreise der Parteien fand aber nicht statt. Als Hinweis, warum eine Wiederveröffentlichung nach nun dreißig Jahren immer noch lohnenswert erscheint, zitiert Schöler aus einer Rezension von Helga Grebing, die darauf verweist, dass es sich immer noch lohne, „Marxsches Denken aus der Umklammerung durch apologetische Ansprüche wie zuletzt des gefrorenen Marxismus-Leninismus wieder zu befreien.“ Der Text der Dissertation erscheint inhaltlich unverändert. Hinweise zu einigen seit der Erstveröffentlichung weiter geführten Debatten finden sich in einem neuen Vorwort sowie einem wieder abgedruckten Text aus dem Jahr 2008.

Gegliedert ist die Darstellung in die umfassenden Kapitel „Die erste Phase unmittelbar nach der Oktoberrevolution“ (I), „Sowjetrußland in der Phase des ‚Kriegskommunismus‘“ (II), „Sowjets und/ oder Nationalversammlung: das Problem von Demokratie und Diktatur“ (III), „Bolschewismus und Internationale“ (IV), „Die Periode der neuen ökonomischen Politik (NEP)“ (V), „Internationale Probleme – Einheitsfront, Bolschewismus und Faschismus“ (VI), „Die Stellungnahmen zur beginnenden ideologischen Differenzierung im Bolschewismus der 20er Jahre“ (VII) sowie „Auswirkungen der Rezeption der sowjetrussischen Entwicklung auf die Programmatik der Sozialdemokratie“ (VIII).

Wichtig ist bei allen Debatten, dass es oft nicht nur um eine bloße Einordnung und Analyse der

Entwicklungen in Russland selbst ging. Im Bereich der grundsätzlichen theoretischen Auseinandersetzungen wurde auch um allgemeingültige Feststellungen – oder Differenzierungsnotwendigkeiten – der Ausarbeitung und Anwendung von politischer Gestaltung im Anschluss an Marx und Engels diskutiert. Zudem hatten alle Akteure immer auch die politische Situation in Deutschland mit vor Augen – samt gewünschter oder eben nicht gewünschter politisch-gesellschaftlicher Entwicklungen. In diesem Sinne handelt es sich bei den im Band nachvollzogenen Debatten denn auch nicht (nur) um Diskussionen, die sich offen für Falsifizierungen und ein gemeinsames Interesse an einer noch besseren Erkenntnis orientieren, sondern eben oft auch zugleich um Stellungnahmen zu aktuellen politischen Debatten. Deutlich wird dies etwa im Schlusskapitel (VII), in dem es um die Verarbeitungen der russischen Erfahrungen in der Programmatik der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich der 1920er Jahre geht. Schöler stellt hier heraus, dass sich zwar auch die deutsche Sozialdemokratie weiterhin bemühte, ihre Programmatik im Anschluss an Marx zu begründen – zugleich aber beispielsweise Auseinandersetzungen um die Frage, wie in einer demokratischen Republik bei gleichzeitig vorherrschendem kapitalistischen Entwicklungsmodell und die öffentlichen Debatten mittels ihrer finanziellen Macht beeinflussenden Kapitalisten denn eine Entwicklung hin zu einer post-kapitalistischen Wirtschaftsordnung eigentlich möglich sein soll. Diskussionen, was hier das Theorem der „Diktatur des Proletariats“ bedeuten könnte, wurden vermieden. Die Frage, ob die Revolution bereits mit Eroberung der demokratischen Republik beendet werden könne, oder ob nicht eine umfassende Umwälzung der Wirtschaftsordnung gleichzeitig stattfinden müsse, ist immer wieder kehrender Topos der Debatten. Im Hintergrund steht dabei auch die Frage, wann denn eine Wirtschaftsordnung „reif“ für eine sozialistische Umwälzung ist. Während hier in Debattenbeiträgen aus den Reihen der Mehrheitssozialdemokratie vor allem die Wahrnehmung dominierte, die ökonomische Situation Russland sei schlicht noch nicht reif für eine Umwälzung gewesen, und habe sich durch die von den Bolschewiki getroffenen ökonomischen Maßnahmen noch dramatisch verschlechtert, stand in den Beiträgen auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung insbesondere

die Frage nach dem Verhältnis von Arbeitern und Bauern und dem Umgang mit der Landwirtschaft im Zentrum der Auseinandersetzung.

Neben Otto Bauer spielt insbesondere Karl Kautsky eine zentrale Rolle in den Diskussionen – sowohl mit eigenen Beiträgen wie auch in Abgrenzung zu ihm. Schöler sieht Kautsky dabei zunehmend die analytische Ebene verlassen, und vor allem aus grundsätzlicher Ablehnung der Entwicklungen in der Sowjetunion argumentieren. Kautsky und Bauer hätten in der Sozialdemokratie gewissermaßen die Pole gebildet, um die sich die anderen orientiert hätten. „Während Kautsky abstrakte, von Marx und Engels hergeleitete Lehrsätze über die Voraussetzungen des Übergangs zum Sozialismus, Demokratie und Diktatur als Meßlatte an die russische Revolution anlegt, lässt sich Otto Bauer auf eine Bewertung und Erklärung der realhistorischen Entwicklung unter Zugrundelegung einer Einschätzung der Klassenkonstellationen ein. Das Ergebnis ist [...] ein offenes: Der jungen Sowjetunion steht die Perspektive zu einer sozialistischen Entwicklung und einer nachgeholtten Demokratisierung als eine Möglichkeit offen.“ Während Kautsky hier in die Nähe geschichtsdeterministischer Ansätze gerate, seien andere Akteure wie etwa Clara Zetkin nahe an rein voluntaristischen Auffassungen. Beide Ansätze hätten mit der von Marx und Engels entwickelten dialektischen Geschichtsauffassung wenig gemeinsam. Insbesondere die MSPD habe keine ernsthafte und sachliche Auseinandersetzung mit den wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten des revolutionären Russland geführt. Positives Gegenbeispiel ist auch hier gewissermaßen Otto Bauer, der in Auseinandersetzung auch mit den Entwicklungen in Russland zu einem eigenen Sozialisierungsmodell kam, dass er in die Entwicklung auch des realen demokratischen Verfassungsstaates Österreichs versuchte einzupassen. Als – auch im Vergleich zum Spartakusbund – wenig differenziert werden die Auffassungen auf dem linken Flügel der USPD wahrgenommen. Hier dominierte eher unkritische pauschale Unterstützung der Entwicklungen in Russland. Deutlich wird dies u. a. in Abgrenzung zu den durchaus differenzierten Urteilen des Kreises etwa um Paul Levi, die Schöler auch nach deren Ausscheiden aus der KPD immer wieder als eigene Gruppe mit heranzieht. Allerdings sieht Schöler auch bei Levi

zunehmend polemische und weniger analytische Züge. In Bewertungen wie diesen wird zugleich ein wichtiger zu ergänzender Aspekt für die entsprechende inhaltliche Einordnung vieler Texte deutlich: Die Protagonisten der Debatten bezogen sich zwar auch aufeinander. Zugleich standen aber auch die – in der vorliegenden Arbeit kaum behandelten – Selbstdarstellungen sowjetischer Akteure sowie das reale Handeln der Sowjetunion auch in Deutschland mit im Raum. Nicht uninteressant wird dies beispielsweise bei der Frage, ob die Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung in Russland durch die Mehrheitssozialdemokratie differenzierter hätte sein müssen – wenn die Selbstdarstellung der SU selbst nur wenig Anknüpfungspunkte für differenzierte Debatten bot. Hinzu trat eine bereits früh einsetzende auch persönliche Diffamierung wichtiger Akteure – etwa von Karl Kautsky durch seine politischen Gegner von Links.

Vor diesem Hintergrund ist es dennoch beeindruckend, wie viele der von Schöler vorgestellten Beiträge sich durchaus um eine ernsthafte theoretisch-analytische Verarbeitung bemühten. Die Materialfülle ist geradezu überwältigend, ihre Ordnung und Aufbereitung eine außerordentliche Leistung. Die Arbeit ist eine Fundgrube zur (Wieder-) Entdeckung äußerst anregender Denker und (der Zeit entsprechend leider nur weniger) Denkerinnen. Allein vor diesem Hintergrund lohnt die Neuauflage unbedingt. Die vorgestellten Diskussionsstränge sind zudem auch ein Beispiel dafür, dass sich politische Debatten sehr wohl auch mit Bezug zu allgemeineren theoretischen und weltanschaulichen Rahmensetzungen führen lassen. Mit Blick auf die heutige Situation bleibt die Aufgabe, Strategien einer demokratischen Transformation der Ökonomie sowohl im solidarischen wie auch ökologischen Sinn zu entwickeln. Wurden die Diskussionen um gesellschaftliche Mehrheiten am Beispiel der Sowjetunion insbesondere entlang der Pole Bürgertum, Arbeiterschaft und Bauern sowie zunehmend dann neues Beamten-tum geführt, so wäre das Feld der heute zu beachtenden gesellschaftlichen Gruppen sowie die Ausdifferenzierung der Akteure und Interessen auf Kapitaleseite mit zu beachten – auch vor dem Hintergrund eines wesentlich stärker verschränkten internationalen Regierungs- und Regulierungsrahmens. ■

## Leser\*in werden – Prämie wählen!



### Prämienpaket 1

**Andreas Fisahn**

**Repressive Toleranz und marktconforme Demokratie**

Zur Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie in der Bundesrepublik  
709 Seiten | € 39 | 2021  
ISBN 978-3-89438-771-6 | PapyRossa Verlag



**Micha Brumlik**

**Postkolonialer Antisemitismus?**

Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger  
160 Seiten | € 14,80 | 2021  
ISBN 978-3-96488-112-0 | VSA-Verlag



### Prämienpaket 2

**Frank Werneke / Claus Zanker (Hrsg.)**

**Renaissance des Gemeinwohls?**

Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus der Pandemie  
168 Seiten | € 14,80 | 2022  
ISBN 978-3-96488-120-5 | VSA-Verlag



**Slave Cubela**

**Engineering der Freiheit**

Eine kleine Geschichte der bürgerlichen Propaganda in den USA des 20. Jahrhunderts  
177 Seiten | € 20 | 2018  
ISBN: 978-3-89691-281-7  
Westfälisches Dampfboot



### Prämienpaket 3

**Martin Döring, Susanne Kost**

**Garzweiler - Eine Spurensuche**

274 Seiten | € 30 | 2020  
ISBN: 978-3-89691-272-5 |  
Westfälisches Dampfboot



**Klaus Müller**

**Die Rente**

Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie  
134 Seiten | € 9,90 | 2021  
ISBN 978-3-89438-760-0  
PapyRossa Verlag

## Neue Abonnent\*innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

Ich möchte ein **spw**-Probeabo!  
Zwei Hefte für 13 Euro auf Rechnung (inkl. Versand). Wenn keine Kündigung drei Wochen nach Lieferung des 2. Heftes erfolgt, wird das Probeabo umgestellt zum Normalabo. Dann besteht auch die Möglichkeit einer Buchprämie.

Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: \_\_\_\_\_

Inlands-Abo: 37,- € bei Bankeinzug bzw. 39,- € per Rechnung:

- Normal-Abo per Post
- Online-Abo als PDF zum Download

Auslandsabonnement Europa: 49,- €

Mein Prämienpaket:  1  2  3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon (freiwillige Angabe)

E-Mail (freiwillige Angabe)

Datum, Unterschrift

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich bin mit der Verwendung meiner persönlichen Daten und der Speicherung einverstanden. Siehe Datenschutzerklärung auf [www.spw.de](http://www.spw.de)

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Umfang von 64 Seiten pro Ausgabe. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.